

JAHRESBERICHT

2017

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist

DIE WELTWEIT GRÖSSTE REGIONALE SICHERHEITSORGANISATION.

Sie setzt sich dafür ein, dass über eine Milliarde Menschen zwischen Vancouver und Wladiwostok in Frieden, Demokratie und Stabilität leben können.

Anmerkung:

Alle Funktionsbezeichnungen in diesem Dokument gelten gleichermaßen für männliche und weibliche Amtsinhaber.

Titelfoto:


Ein Mitglied der OSZE-Mission in Skopje bespricht mit den Teilnehmern eines Workshops zur Gemeinwesenarbeit das Tagesprogramm, Ohrid, 2. September 2017. (OSZE/Mihajlo Lahtov)

FOLGEN SIE UNS AUF

 facebook.com/osce.org

 twitter.com/OSCE

 youtube.com/user/osce

 linkedin.com/company/osce

 instagram.com/osceorg

Herausgegeben von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)
Abteilung Kommunikation und Medienbeziehungen

Büro des Generalsekretärs

OSZE-Sekretariat

Wallnerstraße 6

1010 Wien

Österreich

www.osce.org

©OSCE 2018

Alle Rechte vorbehalten. Der Inhalt dieser Publikation kann für Ausbildungs- und andere nichtkommerzielle Zwecke frei verwendet und kopiert werden, sofern in jeder Reproduktion die OSZE als Quelle genannt wird.

ISBN 978-3-903128-11-8

Redaktion: **Maria Diveeva**

Graphische Gestaltung und Layout: **comma I communications design**

Titelbild: **Mihajlo Lahtov**

In Österreich gedruckt von: **Ueberreuter**

INHALT

BOTSCHAFT DES GENERALESEKRETÄRS

DER AMTIERENDE VORSITZ

DER STÄNDIGE RAT

DAS FORUM FÜR SICHERHEITSKOOPERATION

DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DER OSZE

DAS SEKRETARIAT

- Konfliktverhütung
- Grenzüberschreitende Bedrohungen
- Aktivitäten im Wirtschafts- und Umweltbereich
- Bekämpfung des Menschenhandels
- Geschlechtergleichstellung

DAS BÜRO FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE

DER HOHE KOMMISSAR FÜR NATIONALE MINDERHEITEN

DER BEAUFTRAGTE FÜR MEDIENFREIHEIT

FELDOPERATIONEN

SÜDOSTEUROPA

- Die Präsenz in Albanien
- Die Mission in Bosnien und Herzegowina
- Die Mission im Kosovo
- Die Mission in Montenegro
- Die Mission in Serbien
- Die Mission in Skopje

OSTEUROPA

- Die Mission in Moldau
- Die Sonderbeobachtermission in der Ukraine
- Der Projektkoordinator in der Ukraine
- Die Beobachtermission an den russischen Kontrollposten Gukowo und Donezk

SÜDKAUKASUS

- Das Büro in Eriwan

ZENTRALASIEN

- Das Zentrum in Aschgabat
- Das Programmbüro in Astana

- Das Programmbüro in Bischkek
- Das Programmbüro in Duschanbe
- Der Projektkoordinator in Usbekistan

FÖRDERUNG VON SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT DURCH PARTNERSCHAFTEN

- Die Partner in Asien und im Mittelmeerraum
- Zusammenarbeit mit internationalen und regionalen Organisationen

ANHÄNGE

- Liste der Abkürzungen
- Gesamthaushalt
- Beiträge der Teilnehmerstaaten
- Außerbudgetäre Mittelzusagen und Ausgaben
- Personal

BOTSCHAFT DES GENERALSEKRETÄRS

Ich habe den Posten des Generalsekretärs zu einer Zeit übernommen, in der das Sicherheitsumfeld zunehmend kompliziert und unberechenbar ist und das Vertrauen unter den Teilnehmerstaaten einen historischen Tiefstand erreicht hat. In dieser kritischen Phase zeigt sich so deutlich wie nie zuvor, dass es eine regionale Sicherheitsorganisation wie die OSZE braucht, um zu verhindern, dass Krisen sich zu Konflikten auswachsen, den grenzüberschreitenden Herausforderungen entgegenzutreten und Chancen zur Zusammenarbeit zu ergreifen.

Die OSZE als maßgeblichstes Forum für einen inklusiven, ergebnisorientierten Sicherheitsdialog in Europa mit neuem Leben zu erfüllen, ist eine meiner strategischen Prioritäten, neben der Stärkung und Nutzung von Partnerschaften und der Sorge dafür, dass die Organisation über die entsprechenden Voraussetzungen verfügt, um diese Aufgaben auch erfüllen zu können. Ich habe die Absicht, eine verbindende Rolle zu spielen, und möchte der Organisation bei der Entwicklung einer positiven Agenda behilflich sein. Ich werde die Teilnehmerstaaten bei der Einhaltung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen unterstützen und mich mit ihnen um eine gemeinsame Grundlage bemühen, wo sich Interessen decken.

Diese arbeiten bereits jetzt bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen wie Terrorismus, gewalttätigem Extremismus und Drogen-, Waffen- und Menschenhandel erfolgreich zusammen. Die gemeinsamen Bemühungen um die Entwicklung vertrauensbildender Maßnahmen zur Verhütung von durch Bedrohungen der Cyber/IKT-Sicherheit verursachten Krisen – die vom Ministerrat in Hamburg erneut Unterstützung erhielten – zeigen, wie wichtig ein schrittweises Vorgehen für den Aufbau von gegenseitigem Vertrauen ist.

Der vom Ministerratstreffen in Hamburg 2016 angestoßene Strukturierte Dialog entwickelte sich im Laufe des Jahres 2017 zu einer nützlichen Plattform für eine konstruktive Auseinandersetzung in der politisch-militärischen Dimension. Dieser informelle Prozess sollte letztendlich Ergebnisse zeitigen, unter anderem auch in Bezug auf Maßnahmen zur Verringerung militärischer Risiken und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen. Ich hoffe, das wird in weiterer Folge zu einer erneuten Hinwendung zur konventionellen Rüstungskontrolle führen.

Wirtschaftliche Konnektivität und Zusammenarbeit in Umweltbelangen sind ebenfalls potenziell einigende Bereiche, in denen die OSZE Vertrauen aufbaut und im Einklang mit der Agenda für nachhaltige Entwicklung einen Mehrwert schafft. Ich habe die Hoffnung, dass unsere Teilnehmerstaaten, wenn sie durch Zusammenarbeit in der ersten und zweiten Dimension vorankommen, sich auch zusammenfinden, um unsere gemeinsamen Verpflichtungen in Bezug auf Menschenrechte, Grundfreiheiten und Rechtstaatlichkeit zu bekräftigen und zu stärken.

Das Bemühen um eine dauerhafte Lösung der Krise in der und um die Ukraine ist nach wie vor die höchste Priorität der Organisation. 2017 hat die OSZE unerschütterlich ihre Bemühungen fortgesetzt, die Spannungen vor Ort abzubauen und politische Gespräche zur Herbeiführung einer friedlichen Regelung zu erleichtern. Das Jahr stand unter dem Zeichen der Fortsetzung der zeitweise intensiven militärischen Aktivitäten und einer Verschlechterung der humanitären Lage in der Ostukraine; nach wie vor ist die Gefahr einer

Eskalation groß. Die internationale Gemeinschaft muss sich mehr anstrengen, um den politischen Stillstand zu überwinden und die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen durch alle Seiten zu erreichen. Seit bald vier Jahren dauern die Kämpfe an, und die Menschen in der Konfliktzone haben Anrecht darauf, dass wieder Frieden und Stabilität einkehren und sie die Chance erhalten, zu einem normalen Leben zurückzukehren. Der tragische Tod, der einen unserer Kollegen aus der Sonderbeobachtermission in der Ukraine im April 2017 während seines Einsatzes ereilte, zeigte, welchen Gefahren die Mitglieder der OSZE-Mission ausgesetzt sind. Wir adaptieren laufend unser Sicherheitsdispositiv, um die Gefahren für unsere Beobachter möglichst gering zu halten, sind aber dabei von einem Umfeld abhängig, das uns unsere Arbeit tun lässt. Die Konfliktseiten müssen ihrer Verpflichtung nachkommen, die Sicherheit der OSZE-Beobachter zu gewährleisten und ihnen vollständigen und ungehinderten Zugang zur gesamten Konfliktzone zu gewähren.

Die OSZE hat ihren Kovorsitz bei den internationalen Genfer Gesprächen und ihre Komoderation bei den Treffen des Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen in Ergneti fortgesetzt, deren Ziel die Bewältigung der Sicherheits- und humanitären Herausforderungen vor Ort ist.

Eine friedliche, dauerhafte Lösung für die Krise in und um die Ukraine und für die Langzeitkonflikte in der OSZE-Region ist aber letzten Endes vom politischen Willen der Konfliktparteien abhängig. Im Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage zeigt die jüngste Vereinbarung über konkrete Schritte zwischen Chişinău und Tiraspol, dass selbst nach so langen Jahren des Stillstands Fortschritte möglich sind. Ich hoffe, dass diese positive Dynamik auch dem Beilegungsprozess selbst einen neuen Impuls verleiht und den Willen der Parteien anfeuert, andere Konflikte in der OSZE-Region zu lösen.

Die OSZE ist gut für die Reaktion auf Krisen gerüstet, doch sollten wir auch bereit sein, die Fenster, die sich für eine Zusammenarbeit auftun, möglichst gut zu nutzen. 2017 gab es nicht nur Fortschritte im Transnistrien-Prozess, sondern auch einen neuen Geist der Kooperation in Zentralasien, Veränderungen in Südosteuropa und breite Anerkennung der Notwendigkeit, im Mittelmeerraum kooperativ an gemeinsame Sicherheitsbesorgnisse heranzugehen. Die OSZE kann und sollte auf diese positiven Entwicklungen gebührend reagieren, unter anderem indem sie sich die Kooperationspartnerschaften und unsere Beziehungen zu anderen internationalen und regionalen Organisationen, allen voran den Vereinten Nationen, zunutze macht. Einige Länder mit OSZE-Feldoperationen streben eine engere Zusammenarbeit mit der Organisation an, andere sehen sich nach neuen Formen der Zusammenarbeit vor Ort um. Bei meiner Veranstaltung am Rande des Ministerrats von Wien über Feldoperationen als Werkzeug für die Zusammenarbeit wurde deutlich, dass wir flexibel sein und unsere Arbeit nach den Prioritäten der Gastländer richten müssen; sie ebnete auch den Weg für eingehendere Überlegungen, wie sich der Mehrwert der OSZE vor Ort steigern lässt.

Um den vielen komplexen Herausforderungen in unserer Region gerecht werden zu können, müssen wir sicherstellen, dass unser Organisation der Aufgabe gewachsen ist. Ich habe mich diesem Ziel verschrieben und bin bereit, mit den Teilnehmerstaaten zusammenzuarbeiten, um die Rolle der OSZE als wertvolle Plattform für inklusiven Dialog und gemeinsames Handeln zu intensivieren. Ich bin davon überzeugt, dass die OSZE ein Raum ist, in dem wir gemeinsam tatsächlich vorankommen können, um Gegensätze zu überbrücken und Herausforderungen an unsere gemeinsame Sicherheit in unserer Region und darüber hinaus anzugehen.

Der österreichische OSZE-Vorsitz 2017 hat die OSZE durch schwierige Zeiten gesteuert, und ich bin Österreich dankbar für die starke Unterstützung, die es der Organisation seit jeher zukommen lässt.

Ich möchte auch allen Frauen und Männern, die im Sekretariat, in den Institutionen und Feldoperationen tätig sind, aufrichtig für ihre Professionalität, ihren Einsatz und ihre harte Arbeit danken. Und – *last but not least* – lassen Sie mich den ungeheuren Beitrag meines Vorgängers und nunmehrigen Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten, Lamberto Zannier, honorieren, dessen engagierter Einsatz aus jeder Zeile dieses Berichts spricht.

Thomas Greminger
Generalsekretär der OSZE
Wien, 2017

DER AMTIERENDE VORSITZ

Der Vorsitz wird vom Ministerrat bestimmt; der Außenminister des ausgewählten Teilnehmerstaats übt ein Jahr lang die Funktion des Amtierenden Vorsitzenden aus.

Österreichs Prioritäten: Entschärfung bestehender Konflikte, Auseinandersetzung mit Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus und Wiederherstellung des Vertrauens

Amtierender Vorsitzender: Sebastian Kurz (1. Januar bis 17. Dezember 2017), Karin Kneissl (18. bis 31. Dezember 2017)

www.osce.org/chairmanship

Österreich übernahm den OSZE-Vorsitz in einer kritischen Phase, in der die Teilnehmerstaaten mit zahlreichen großen Herausforderungen für Frieden und Sicherheit konfrontiert waren, darunter bewaffnete Konflikte und Krisen, gewalttätiger Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, und ein zunehmender Mangel an Vertrauen zwischen den Staaten.

Von der wichtigen Rolle der OSZE für die Bewältigung dieser komplexen Herausforderungen und die Wiederherstellung des Vertrauens überzeugt, konzentrierte der österreichische OSZE-Vorsitz seine Bemühungen darauf, einen offenen und konstruktiven Dialog zu führen und praktische und wirksame gemeinsame Lösungen zu finden.

„In Anbetracht der Herausforderungen, vor denen die OSZE-Teilnehmerstaaten stehen, brauchen wir mehr denn je eine starke OSZE als echte Plattform für Dialog und Zusammenarbeit. Dies erfordert jedoch einen entsprechenden politischen Willen. Nur mit der vollen Beteiligung und Eigenverantwortlichkeit der 57 Teilnehmerstaaten wird es möglich sein, nachhaltige Fortschritte zu erzielen und die Erwartungen ihrer Bevölkerung zu erfüllen.“

Sebastian Kurz

Amtierender Vorsitzender der OSZE und Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres von Österreich

ENTSCHÄRFUNG VON KONFLIKTEN

Auch 2017 verursachten Konflikte in Teilen der OSZE-Region viel Leid, Vertreibungen und Zerstörung; die Folgen für die betroffenen Gemeinschaften waren gravierend.

Die Krise in und um die Ukraine war weiterhin der wichtigste Instabilitätsfaktor in der OSZE-Region und führte zu einer alarmierenden humanitären Lage vor Ort, weshalb sie stets ganz oben auf der Prioritätenliste des Vorsitzes stand.

Der Vorsitz moderierte die Vereinbarung über eine rechtzeitige Verlängerung des Mandats der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) und der Beobachtermission an den russischen Kontrollposten Gukowo und Donezk, ebenso wie den wichtigen Beschluss zur Stärkung der SMM durch eine deutliche Erhöhung des Budgets als Voraussetzung für mehr Beobachter, eine ausgeweitete Beobachtertätigkeit und verbesserte technische Ausstattung.

Der Vorsitz konzentrierte sich darauf, politische Lösungen für bestehende Krisen und Konflikte zu ermöglichen, und betonte, dass mehr Hilfe für die örtliche Bevölkerung, die am meisten betroffen ist, notwendig ist. Die Beobachtung entlang der Kontaktlinie in der Ukraine rund um die Uhr durch die SMM unter Einsatz neuester Technologie, die bedeutenden Fortschritte bei den „5+2“-Verhandlungen über Transnistrien und die konkrete Arbeit im Rahmen der Internationalen Genfer Gespräche über die Folgen des Kriegs in Georgien von 2008, mit dem Ziel, unmittelbare Umweltbedrohungen abzuwenden und die ungehinderte Zusammenarbeit über die administrativen Grenzlinien hinweg zu fördern, bewirkten deutliche Verbesserungen für die von den Konflikten betroffenen Gemeinschaften.

Die Antwort der OSZE auf die politische Krise in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien im April unter der Leitung und aktiven Beteiligung des Vorsitzes stellte die Fähigkeit der Organisation unter Beweis, rasch und wirksam auf kritische Situationen zu reagieren, auf umfassende und koordinierte Weise zur Entschärfung von Spannungen beizutragen und eine Lösung für die ihnen zugrunde liegenden Herausforderungen zu finden.

BEKÄMPFUNG VON RADIKALISIERUNG UND GEWALTTÄTIGEM EXTREMISMUS

Im Wissen um die große Bedrohung, die gewalttätiger Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen (VERLT), für alle Teilnehmerstaaten darstellen, veranstaltete der Vorsitz gemeinsam mit jungen Experten 2016 und 2017 fünf regionale Workshops in Südosteuropa, Zentralasien, im Mittelmeerraum, in der Schwarzmeerregion und in Westeuropa, organisierte eine große Konferenz zum Thema Terrorismusbekämpfung im Mai, an der über 500 Experten teilnahmen, und befasste Außenminister aus dem gesamten OSZE-Raum mit diesem Thema.

Der Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden zur Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus arbeitete Empfehlungen und eine Sammlung von Modellen bewährter Verfahren aus, um den Staaten im Bedarfsfall dabei zu helfen, dieses Phänomen wirksam zu bekämpfen und die OSZE besser als Netzwerknodenpunkt zu nützen. Österreich stellte 250 000 EUR für die Unterstützung der fortlaufenden Arbeit der OSZE und die Entwicklung eines Handbuchs über die Bekämpfung gewaltbereiter Radikalisierung zur Verfügung.

WIEDERHERSTELLUNG DES VERTRAUENS

Der Vorsitz konzentrierte sich auf die Förderung eines offenen und konstruktiven Dialogs, ging auf Meinungsverschiedenheiten und unterschiedliche Wahrnehmungen ein und bemühte sich, Kompromisslösungen zu finden und das Vertrauen zwischen den Teilnehmerstaaten zu stärken.

Auf der Grundlage des mit der Hamburger Erklärung erteilten Mandats nahm der österreichische Vorsitz einen Strukturierten Dialog über die aktuellen und künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen im OSZE-Raum mit dem Ziel auf, das Klima der Konfrontation zu überwinden. Der Vorsitz organisierte eine Reihe interaktiver Treffen mit Teilnehmerstaaten, um das gegenseitige Verständnis zu verbessern und eine gemeinsame Basis für die Umkehr der negativen Entwicklungen in der Rüstungskontrollarchitektur und eine Neubelebung der kooperativen Sicherheitsordnung in Europa zu finden. Die Treffen

galten Themen wie Bedrohungswahrnehmungen, Sicherheitsbesorgnissen, Herausforderungen an die regelbasierte Sicherheitsordnung in Europa und der Rolle der militärischen Kommunikation für Deeskalation und Risikominderung. Ferner gab der Vorsitz den Anstoß zu einer eingehenden Analyse der Streitkräftedispositive und militärischen Übungen; dieser Prozess wird 2018 fortgeführt.

Weitere Schlüsselthemen des österreichischen Vorsitzes waren Cyber-/IKT-Sicherheit, wirtschaftliche Konnektivität und grüne Wirtschaft. Die Fortschritte in diesen Bereichen sollen das Vertrauen stärken und als Katalysator für die weitere gemeinsame Arbeit wirken. Bei den Veranstaltungen des Vorsitzes im Lauf des Jahres kamen hochrangige Amtsträger aus den Teilnehmerstaaten, der Wirtschaft und den Volksgruppen zusammen, um Wege für die Stärkung verantwortungsvoller Regierungsführung, mehr wirtschaftliche Teilhabe und eine Verbesserung der Zusammenarbeit im Umweltbereich und der Risikominderung zu erörtern.

Die menschliche Dimension der Sicherheit stand auch 2017 im Zentrum der Arbeit der OSZE. Trotz divergierender Wahrnehmungen und Prioritäten gelang es dem Vorsitz, Teilnehmerstaaten und die Zivilgesellschaft zur Erörterung wichtiger Themen wie Medienfreiheit, Religions- oder Weltanschauungsfreiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung, Gleichstellung der Geschlechter und Zugang zum Recht an einen Tisch zu bringen. Der Vorsitz sprach sich dafür aus, die Menschenrechte zu einem durchgängigen Querschnittsthema in der gesamten OSZE zu machen – in allen Tätigkeitsbereichen und den drei Dimensionen der Organisation, insbesondere in der Bekämpfung von Terrorismus und VERLT.

Der Vorsitz bemühte sich intensiv um die Wiederherstellung des Vertrauens in der OSZE, in dem Bestreben, ihre Funktionsweise und Glaubwürdigkeit im Hinblick auf die Bewältigung der Herausforderungen und Sicherheitsrisiken, mit denen die Teilnehmerstaaten konfrontiert sind, zu optimieren. Der Vorsitz förderte die Nutzung der OSZE und ihrer Instrumente, insbesondere der Institutionen und Feldoperationen, und überwand zahlreiche politische Hindernisse, um dafür zu sorgen, dass die Organisation über die für die Erfüllung ihres Mandats notwendigen Mittel verfügt. Er vermittelte bei der Verabschiedung des Haushalts 2017 und bei der Konsensfindung zur Bestellung der neuen Führung der OSZE und ihrer Institutionen. Darüber hinaus nahm Österreich mit den OSZE-Feldoperationen und ihren jeweiligen Gastländern Kontakt auf, mit dem Ziel, die Eigenverantwortung für die Arbeit der Missionen sicherzustellen – stets wirkungs- und ergebnisorientiert und in Unterstützung der vereinbarten Reformprioritäten.

24. TREFFEN DES MINISTERRATS

8. – 9. DEZEMBER 2017, WIEN (ÖSTERREICH)

Das Treffen des Ministerrats in Wien bildete den Höhepunkt der Bemühungen Österreichs, Anstoß zur Erneuerung des gemeinsamen Bekenntnisses der OSZE zur Zusammenarbeit bei der Bewältigung gemeinsamer Bedrohungen und Herausforderungen zu geben und die Bedeutung einer regelbasierten Sicherheitsordnung in Europa zu bekräftigen. Der Ministerrat führte den aufrichtigen Dialog fort, der seit dem informellen Treffen des Ministerrats in Mauerbach im Juli 2017 einen Schwerpunkt bildete.

Während dieser beiden Tage führten die Außenminister in vielfältigen – formellen wie informellen – Formaten und auf verschiedenen Ebenen Gespräche. Viele Minister nutzten die Gelegenheit für bilaterale Treffen, so zum Beispiel der Außenminister der Russischen Föderation, Sergej Lawrow, und der Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, Rex Tillerson. 16 verschiedene Parallelveranstaltungen ermöglichten den Ministern, sich über eine Reihe von Schlüsselthemen auszutauschen, etwa die humanitäre Lage in der Ostukraine, den Strukturierten Dialog oder VERLT. Die meisten dieser Veranstaltungen standen auch Vertretern der Zivilgesellschaft, den Medien oder der Jugend offen. Andere wiederum konzentrierten sich auf die Beziehungen mit den OSZE-Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien und auf einen möglichen friedenssichernden Einsatz der VN in der Ostukraine.

Die Außenminister verabschiedeten in Wien elf Beschlüsse und Erklärungen. Sie kamen überein, die Bemühungen der OSZE zur Verminderung der Konfliktrisiken, die sich aus dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien ergeben, zu verstärken und die Bemühungen zur Verringerung der Risiken im Zusammenhang mit Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition zu verstärken und auszuweiten. Es wurden Beschlüsse zur Verstärkung der Bemühungen zur Verhütung des Menschenhandels und zur Bekämpfung jeder Form von Kinderhandel, auch zum Zweck der sexuellen Ausbeutung, verabschiedet. Mit der Verabschiedung eines Beschlusses über die Förderung der wirtschaftlichen Teilhabe im OSZE-Raum einigten sich die Minister auf umfangreiche Maßnahmen zur Intensivierung der Zusammenarbeit in der Wirtschaft, zur Förderung von guter Regierungsführung und zu verstärkten Bemühungen zur Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen und Jugendliche als ein Mittel zur Minderung des Radikalisierungsrisikos. Mit dem Hinweis auf die positiven Entwicklungen im Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage verabschiedeten die Teilnehmerstaaten eine Erklärung, in der sie die konkreten, von den Konfliktseiten vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen begrüßten und sie dazu aufforderten, ihre Arbeit fortzusetzen, um greifbare Fortschritte zu erzielen. Ferner bestätigten sie die für das gute Funktionieren der OSZE unerlässliche Nachbesetzung der Führungspositionen in der Organisation.

Darüber hinaus äußerte die OSZE-Vorsitztroika 2017 (Deutschland, Österreich, Italien) gemeinsam mit dem designierten Troika-Mitglied Slowakei ihre Besorgnis über das vertiefte Misstrauen, die verschärften Spannungen sowie die Konflikte und instabilen Verhältnisse im Innern von und zwischen Staaten.

Die OSZE-Troika forderte die Umsetzung eines dauerhaften und verifizierbaren Waffenstillstands und einen neuen Impuls zur Intensivierung der Bemühungen um eine Lösung der Krise in der und um die Ukraine.

Schließlich gab Österreich Erklärungen des Vorsitzes ab: eine gemeinsam mit dem kasachischen Vorsitz des Wirtschafts- und Umweltausschusses über eine grünere Ausrichtung der Volkswirtschaften und die Förderung der Zusammenarbeit im Umweltbereich sowie eine weitere über die Verhütung und Bekämpfung von Terrorismus und VERLT.

„Die Herausforderungen unserer Zeit können nicht von jedem Staat allein angegangen werden. Multilaterale Foren wie die OSZE geben uns die Möglichkeit, gemeinsam – und erfolgreich – darauf zu reagieren.“

Karin Kneissl, Amtierende Vorsitzende der OSZE und Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres von Österreich
--

BESCHLÜSSE UND ERKLÄRUNGEN, DIE AUF DEM OSZE-MINISTERRAT 2017 VERABSCHIEDET WURDEN

1. Beschluss über die Bestellung des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten
2. Beschluss über die Bestellung des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit
3. Beschluss über die Bestellung der Direktorin des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte
4. Beschluss über die Bestellung des Generalsekretärs der OSZE
5. Beschluss über die Verstärkung der Bemühungen der OSZE zur Verminderung der Konfliktrisiken, die sich aus dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien ergeben
6. Beschluss über die Verstärkung der Bemühungen zur Verhütung des Menschenhandels
7. Beschluss über die Verstärkung der Bemühungen zur Bekämpfung jeder Form von Kinderhandel, auch zum Zweck der sexuellen Ausbeutung, sowie anderer Formen sexueller Ausbeutung von Kindern
8. Beschluss über die Förderung der wirtschaftlichen Teilhabe im OSZE Raum
9. Beschluss über Zeit und Ort des nächsten Treffens des OSZE-Ministerrats
10. Beschluss über Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition
11. Ministererklärung zu den Verhandlungen über den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage im „5+2“-Format

WEITERE ERKLÄRUNGEN

1. Quadriga-Erklärung der Außenminister von Deutschland, Österreich, Italien und der Slowakei
2. Troika-Erklärung zur Krise in und um die Ukraine der Außenminister von Deutschland, Österreich und Italien
3. Erklärung des österreichischen OSZE-Vorsitzes 2017 und des Vorsitzes des Wirtschafts- und Umweltausschusses (Kasachstan) über eine grünere Ausrichtung der Volkswirtschaften und die Förderung der Zusammenarbeit im Umweltbereich
4. Erklärung des Vorsitzes zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus sowie von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen

TRILATERALE KONTAKTGRUPPE

BOTSCHAFTER MARTIN SAJDIK

Sonderbeauftragter des Amtierenden Vorsitzenden in der Ukraine und in der Trilateralen Kontaktgruppe

Die Trilaterale Kontaktgruppe (TKG), die die OSZE, die Ukraine und Russland sowie akzeptierte Teilnehmer aus bestimmten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk umfasst und das einzige Forum ist, in dem sich die Konfliktseiten über Fragen von gemeinsamem Interesse austauschen können, setzte ihre Treffen das ganze Jahr hindurch aktiv fort. Sie erörterte Themen, die für die Zivilbevölkerung im Donbass von wesentlicher Bedeutung sind und von der Waffenruhe über die Wasserversorgung bis zur Verbesserung der Bedingungen für den Übertritt über die Kontaktlinie reichen. Im Zusammenhang mit humanitären Fragen verfolgte die TKG konsequent die Vorbereitungen für die Freilassung und den Austausch von im Zusammenhang mit dem Konflikt inhaftierten Personen. Sie richtete einen Verifikationsmechanismus ein, mit dem bestätigt wird, ob ein Gefangener bereit ist, an einem derartigen Austausch teilzunehmen. Die ukrainische Ombudsperson und Vertreter der Zivilgesellschaft aus bestimmten Gebieten der ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk wurden eingebunden, und alle Seiten anerkannten den Erfolg dieser Initiative. Durch die Einigung auf einen Adhoc-Zahlungsmechanismus gelang der TKG auch die Wiederherstellung und Stabilisierung der Wasserversorgung für die gesamte Bevölkerung, die in dem nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Teil der Region Luhansk lebt. Dank des erheblichen Rückgangs der militärischen Aktivitäten infolge der erneuten Zusage der Konfliktseiten zu einer „erntebedingten Waffenruhe“ im Juni 2017 und zu einer „Waffenruhe zu Schulbeginn“ im August 2017 nahm die Zahl der zivilen Opfer kontinuierlich ab, vom August bis Oktober sogar um das Vierfache im Vergleich zur Periode Mai bis Juli. Trotz der Zunahme der Gewalt entlang der Kontaktlinie im November und Dezember kam es zu weniger Verletzungen der Waffenruhe, nachdem die Konfliktseiten beim Treffen der TKG am 20. Dezember erneut einer dauerhaften und umfassenden Waffenruhe zugestimmt hatten.

BOTSCHAFTER ANDRZEJ KASPRZYK

Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst

www.osce.org/prcio

Im Jahr 2017 führte Botschafter Kasprzyk mit seinem Team Beobachtereinsätze durch und berichtete laufend über die Lage vor Ort rund um den Bergkarabach-Konflikt. Das Büro leistete dem Amtierenden Vorsitzenden und den Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe (MG) aktive Hilfestellung bei der Förderung des Friedensprozesses, der raschen Reaktion auf Gewaltausbrüche und der Information über die Entwicklungen vor Ort.

Botschafter Kasprzyk suchte weiterhin nach Möglichkeiten, die vertrauensbildenden Maßnahmen mit der Zustimmung der Konfliktseiten weiter auszubauen. Auf deren Ersuchen unterstützte das Büro im Lauf des Jahres eine Reihe humanitärer Adhoc-Einsätze, wie etwa Verhandlungen über die Rückgabe sterblicher Überreste von Gefallenen, die Unterstützung bei der Suche und Bergung der Leichen von Soldaten aus Minenfeldern im Niemandsland und Besuche in Dörfern, in denen es zivile Opfer gab.

Mit Unterstützung der Seiten führten Botschafter Kasprzyk und sein Team 24 Beobachtungseinsätze durch, sechs davon an der Grenze zwischen Armenien und Aserbaidschan und 18 an der Kontaktlinie. Diese Aktivitäten waren auch Anlass für vier Besuche von Vertretern der Hochrangigen Planungsgruppe die Region.

Das Büro informierte den Vorsitz und die Kovorsitzenden der MG laufend über alle Aspekte der Lage vor Ort sowie über Aktivitäten und wichtige Ereignisse, die sich auf die Verhandlungen auswirken. Es sorgte für logistische Unterstützung anlässlich der drei Besuche der Kovorsitzenden der MG in der Region. Im Lauf des Jahres unterstützte Botschafter Kasprzyk die Kovorsitzenden bei der Organisation eines Gipfeltreffens auf Präsidentenebene und von fünf Außenministertreffen.

Auch in diesem Jahr arbeitete Botschafter Kasprzyk wieder mit Vertretern internationaler Organisationen wie des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz zusammen.

DER „VERNETZTE ANSATZ“ FÜR DIE FRIEDENSSICHERUNG IM OSZE-VERBUND HAT SICH BEWÄHRT

DIE HOCHRANGIGE PLANUNGSGRUPPE

www.osce.org/hlpg

„Bei der Aufnahme der Genderperspektive in die Planung hat sich der ‚vernetzte Ansatz‘ als äußerst wertvoll erwiesen hat – hier haben wir ein hervorragendes Beispiel für wirksames Mentoring und gegenseitige Unterstützung zwischen den OSZE-Strukturen“, so Oberst Hans Lampalzer, Leiter der Hochrangigen Planungsgruppe, in seinem Bericht an den Ständigen Rat vom 9. November 2017.

Eine engere Zusammenarbeit mit dem OSZE-Sekretariat (darunter das Konfliktverhütungszentrum, die Abteilung Genderfragen, der Rechtsdienst und das Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels) sowie mit der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine und dem *United Nations Global Service Centre* kam den Bemühungen der Hochrangigen Planungsgruppe zugute, ihre Planungsoptionen für einen möglichen friedenssichernden Einsatz im Gebiet des Konflikts, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, zu überarbeiten und zu aktualisieren.

„Bei der Aufnahme der Genderperspektive in die Planung hat sich der ‚vernetzte Ansatz‘ als äußerst wertvoll erwiesen hat – hier haben wir ein hervorragendes Beispiel für wirksames Mentoring und gegenseitige Unterstützung zwischen den OSZE-Strukturen.“

Oberst Hans Lampalzer

Leiter der Hochrangigen Planungsgruppe, in seinem Bericht an den Ständigen Rat vom 9. November 2017

SÜDKAUKAUSUS

BOTSCHAFTER GÜNTHER BÄCHLER

Sonderbeauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Südkaukasus

Die Lage im Hinblick auf die Folgen des Kriegs in Georgien von 2008 war auch 2016 trotz der beobachteten erhöhten militärischen Aktivität in der Region wieder relativ ruhig und stabil. Gemeinsam mit den anderen Kovorsitzenden aus der EU und den VN führte Botschafter Bächler bei vier Runden der Internationalen Genfer Gespräche den Kovorsitz. Die Teilnehmer kamen nahe an die Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung über die Nichtanwendung von Gewalt heran und hielten weiterhin an ihrer Zusage fest, in diesem Format über Sicherheits- und humanitäre Themen zu beraten. Die Internationalen Genfer Gespräche und die damit verbundenen Mechanismen zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen (IPRM) sind nach wie vor die einzige Plattform zur Entschärfung möglicher Spannungen, die von allen Beteiligten akzeptiert wird. Gemeinsam mit dem Leiter der Beobachtermission der EU in Georgien vermittelte Botschafter Bächler elf Treffen im Rahmen des IPRM in Ergneti. Diese Treffen waren weiterhin ein wichtiges Instrument für einen konstruktiven Dialog zwischen den Beteiligten und trugen zur Lösung konkreter Fragen im Zusammenhang mit der administrativen Grenzlinie bei.

Um sich ein Bild von den Auswirkungen der Situation auf die einheimische Bevölkerung zu machen, besuchte der Amtierende Vorsitzende ein Lager für Binnenvertriebene und sprach zu den Teilnehmern eines IPRM-Treffens in Ergneti. Er betonte die generelle Zusage des Vorsitzes, die Konfliktlösung und die Stärkung des Dialogs und der vertrauensbildenden Maßnahmen zur Priorität seiner Bemühungen zu machen.

TRANSNISTRIEN-KONFLIKT

BOTSCHAFTER WOLF DIETRICH HEIM

Sonderbeauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage

Wie anlässlich des Besuchs des Amtierenden Vorsitzenden in Chişinău und Tiraspol Anfang 2017 betont wurde, fühlte sich der Vorsitz weiterhin dem ergebnisorientierten „5+2“-Prozess verpflichtet, wie er in der vom OSZE-Ministerrat 2016 in Hamburg verabschiedeten Erklärung gefordert worden war. Botschafter Wolf Dietrich Heim ermutigte die Seiten, sich auf die Kernthemen zu konzentrieren und die Expertenarbeitsgruppen für technische Lösungen zu nutzen. Dieser Ansatz führte zur bahnbrechenden Entscheidung der Konfliktseiten vom 3. November, die Brücke zwischen Gura Bicului und Bychok für den zivilen Verkehr zu öffnen, was einen wesentlichen Fortschritt im Sinne der Freiheit des Personen-, Waren und Dienstleistungsverkehrs bedeutet. Die Wiedereröffnung dieser Brücke am 18. November ermöglichte die Abhaltung eines formellen Treffens im „5+2“-Verhandlungsformat am 27. und 28.

November in Wien. Mit zusätzlichen Vereinbarungen zu anderen Fragen, darunter auch Teile des Berliner Protokolls, gelang es dem österreichischen Vorsitz, neue Aktivität in den Verhandlungsprozess zu bringen.

BEKÄMPFUNG VON GEWALTTÄTIGEM EXTREMISMUS UND RADIKALISIERUNG, DIE ZU TERRORISMUS FÜHREN

PROFESSOR PETER NEUMANN

Sonderbeauftragter des Amtierenden Vorsitzenden zur Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus

Professor Neumann verfolgte das Ziel, die Schwerpunktsetzung in der Arbeit der OSZE zur Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus, die zu Terrorismus führen (VERLT), nachzuschärfen. Neben dem Austausch mit den Durchführungsorganen der OSZE besuchte er auch zahlreiche OSZE-Teilnehmerstaaten in Westeuropa, Südosteuropa und Zentralasien, sowie die Russische Föderation, die Vereinigten Staaten von Amerika und die europäischen Institutionen. Dabei konnte er vorbildliche Verfahrensweisen ermitteln und Empfehlungen einholen, die in seinem Abschlussbericht zusammengefasst wurden. Er brachte seine Expertise auch auf der OSZE-weiten Antiterrorismus-Konferenz, der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz, informellen Außenministertreffen und verschiedenen Workshops im Lauf des Jahres ein.

Der Bericht, den Professor Neumann den Teilnehmerstaaten vorlegte, enthielt einige praktische Empfehlungen, wie zum Beispiel die Einrichtung einer Plattform für den Austausch vorbildlicher Verfahren und die Nutzung der OSZE-Präsenz vor Ort in strategisch wichtigen Regionen wie Südosteuropa und Zentralasien. Die Umsetzung dieser Vorschläge wird die Fähigkeit der OSZE stärken, einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung von VERLT zu leisten.

FÖRDERUNG DER GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER

BOTSCHAFTERIN MELANNE VERVEER

Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Genderfragen

Botschafterin Vermeer setzte verschiedene Initiativen, um die Gleichstellungsfrage in der OSZE als Querschnittsaufgabe voranzutreiben. Auf der Konferenz zur Überprüfung der Gleichstellung der Geschlechter legte sie den Schwerpunkt auf Themen, die für den Fortschritt für Frauen in allen drei Dimensionen des OSZE-Mandats von wesentlicher Bedeutung sind. Im Rahmen einer hochrangigen Mediationsklausur im April betonte sie die Notwendigkeit der Teilnahme von Frauen am gesamten Konfliktzyklus. Bei ihrem Besuch in der Ukraine konzentrierte sie sich auf Themen wie u.a. geschlechtsspezifische Gewalt, die Umsetzung des ukrainischen Aktionsplans zu Frauen, Frieden und Sicherheit, und die Rolle von Frauen in der SMM. Sie teilte ihre Erkenntnisse dem Ständigen Rat mit und gab Empfehlungen für eine durchgängige Berücksichtigung von Gender in allen Arbeitsbereichen der OSZE ab. Sie betonte auch, dass die OSZE als größte regionale Sicherheitsorganisation in diesem Punkt eine Vorreiterrolle übernehmen kann und muss. Im September hielt Botschafterin Vermeer ein Impulsreferat bei der ODIHR-Konferenz zur menschlichen Dimension der Sicherheit in der Ukraine.

DIE DREI PERSÖNLICHEN BEAUFTRAGTEN DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER OSZE FÜR TOLERANZ UND NICHTDISKRIMINIERUNG

RABBI ANDREW BAKER

Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für die Bekämpfung des Antisemitismus

PROF. BÜLENT ŞENAY

Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen

PROF. INGEBORG GABRIEL

Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, mit dem weiteren Schwerpunkt Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Christen und Angehörigen anderer Religionen

Der österreichische Vorsitz führte die Gepflogenheit fort, zur Verstärkung der Aktivitäten der OSZE in diesem Bereich Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden für Toleranz und Nichtdiskriminierung zu bestellen. Im Mai führten die Persönlichen Beauftragten Länderbesuche in Bosnien und Herzegowina und in Deutschland durch.

Bei ihren Besuchen trafen sie Vertreter der Regierungen, zivilgesellschaftlicher Organisationen, Religionsgemeinschaften und der internationalen Gemeinschaft. Rabbi Baker stattete außerdem Moldau im Februar und März einen Besuch ab und stellte gemeinsam mit dem Direktor des ODIHR in Berlin den Praxisleitfaden *Understanding Anti-Semitic Hate Crimes and Addressing the Security Needs of Jewish Communities* vor.

Die Persönlichen Beauftragten nahmen einzeln oder gemeinsam an Sitzungen teil, unter anderem am Zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension über Religions- oder Weltanschauungsfreiheit, an einer Konferenz über religiöse Riten und Praktiken sowie an den Konferenzen „Bekämpfung von Intoleranz, Diskriminierung und Hass gegen Muslime“, „Verhütung und Bekämpfung von Hassverbrechen gegen Christen und Angehörige anderer religiöser Gemeinschaften“ und die „Zweite Internationale Konferenz von Athen über religiösen und kulturellen Pluralismus und friedliche Koexistenz im Nahen Osten“.

HILFE BEI BILATERALEN ABKOMMEN

HELMUT NAPIONTEK

Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige

Der Vertreter leistete auch in diesem Jahr Hilfestellung bei der Umsetzung des 1994 zwischen den Regierungen Lettlands und der Russischen Föderation geschlossenen bilateralen Abkommens über soziale Garantien für in Lettland ansässige pensionierte Militärangehörige der Russischen Föderation und deren Angehörige. Aus der letzten verfügbaren Übersicht geht hervor, dass 7 701 Personen unter die Sonderbestimmungen des bilateralen Abkommens fallen. In diesem Jahr gab es keine neuen, die Tätigkeit der Kommission betreffenden grundlegenden Fragen. Seit 2008 ist eine stabile Entwicklung festzustellen, der zufolge auch 2017 keine Individualbeschwerden von pensionierten Militärangehörigen bei der Kommission eingingen. Nachdem derartige Beschwerden in der

Zukunft nicht ausgeschlossen werden können, kam der Ständige Rat in seinem Bericht für 2017 zu dem Schluss, dass die Funktion des Vertreters als eine Art Bereitschaftsfunktion weiterbestehen sollte.

RECHTLICHE GRUNDLAGE

Die Rechtsstellung der OSZE bildete auch 2017 unter dem österreichischen Vorsitz einen Arbeitsschwerpunkt. Im Juni 2017 wurde zwischen Österreich und der OSZE ein Amtssitzabkommen unterzeichnet, durch das Österreich eindeutig die internationale Rechtspersönlichkeit der OSZE nach dem Völkergewohnheitsrecht anerkennt.

Der Sonderberater, Botschafter Helmut Tichy, führte bei drei Treffen der informellen Arbeitsgruppe für die Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE den Vorsitz. Da aus dieser Arbeit keine Lösung für die Gewährung der Völkerrechtspersönlichkeit im Einklang mit einer der vier in der informellen Arbeitsgruppe diskutierten Optionen hervorging, sondierten die Teilnehmerstaaten Möglichkeiten zur Stärkung der Rechtsstellung der OSZE durch nationale Rechtsvorschriften und/oder bilaterale Abkommen mit der OSZE sowie den Abschluss eines Übereinkommens über die Rechtsstellung, Vorrechte und Immunitäten der OSZE zwischen betroffenen Teilnehmerstaaten außerhalb des OSZE-Rahmens. Ein erweitertes Treffen der informellen Arbeitsgruppe im Juli 2017 ermöglichte eingehende Erörterungen unter den Delegationen und mit Rechtsexperten sowie einen Einblick in die praktischen Auswirkungen für die Feldoperationen, insbesondere auch im Hinblick auf die Fürsorgepflicht.

JUGEND UND SICHERHEIT

Die Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Jugend und Sicherheit, Anna-Katharina Deininger, Asif Safdary, Nico Schernbeck, Matteo Pugliese und Mehmed Alajbegović, widmeten sich der Aufgabe, jungen Menschen mehr Gehör zu verschaffen, die sinnvolle Partizipation junger Menschen zu stärken, sowie das Thema Jugend als strukturelle Querschnittsaufgabe innerhalb der OSZE zu fördern. Sie berieten den Vorsitz in Jugendfragen, brachten den Blickwinkel junger Menschen zu Fragen wie der Verhütung und Bekämpfung von Radikalisierung und Terrorismus, Migration, Menschenrechten, politischer Teilhabe und Cybersicherheit in OSZE-Veranstaltungen ein und machten sich mit Nachdruck für die Anliegen der Jugend im OSZE-Raum stark.

ZEITPLAN WICHTIGER VERANSTALTUNGEN

[The following information appears as a timeline across the bottom of some of the chapter pages]

- 3. – 4. Januar**, Besuch des Amtierenden Vorsitzenden in der Ostukraine
- 12. Januar**, Eröffnungsansprache von Bundesminister Kurz, Amtierender Vorsitzender der OSZE, Wien
- 16. – 18. Jan.**, Besuch des Amtierenden Vorsitzenden in Kiew und Moskau
- 23. – 24. Jan.**, Erstes Vorbereitungstreffen für das Wirtschafts- und Umweltforum über gute Regierungsführung, Geschäftspartnerschaften und Prävention der Radikalisierung
- 25. Januar**, Eröffnung der Wirtschaftskonferenz des OSZE-Vorsitzes zum Thema „Partnerschaft und Innovation für nachhaltige Volkswirtschaften“

- 2. – 3. Feb.**, Besuch des Amtierenden Vorsitzenden in Georgien; er spricht zu Teilnehmern eines IPRM-Treffens in Ergneti
- 3. – 4. Feb.**, Besuch des Amtierenden Vorsitzenden in Moldau, Gespräche in Chişinău und Tiraspol
- 12. – 13. Feb.**, Besuch des Amtierenden Vorsitzenden in Belgrad und Skopje
- 15. Feb.**, Eröffnung der Konferenz des OSZE-Vorsitzes über Cybersicherheit für kritische Infrastruktur durch den Amtierenden Vorsitzenden, Wien
- 22. Februar**, Rede des Amtierenden Vorsitzenden vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, New York
- 23. – 24. Feb.**, Rede des Amtierenden Vorsitzenden auf der Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Wien
- 27. Februar**, Eröffnung der Konferenz des OSZE-Vorsitzes über Medienfreiheit in Südosteuropa durch den Amtierenden Vorsitzenden, Wien
- 3. – 4. April**, Konferenz der Allianz gegen den Menschenhandel mit Schwerpunkt Bekämpfung des Kinderhandels, Wien
- 4. – 5. Mai**, Inter-sessioneller Dialog der OSZE zu Militärdoktrinen fördert intensivere Kontakte zwischen Streitkräften, Wien
- 15. – 16. Mai**, Akademische Konferenz des Vorsitzes über einen gemeinsamen Wirtschaftsraum mit dem Ziel, neue Dynamik in die zweite Dimension zu bringen, Linz
- 23. – 24. Mai**, Eröffnung der OSZE-Antiterrorismus-Konferenz „Verhütung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen (VERLT)“, Wien
- 12. – 13. Juni**, Eröffnung der zweiten *OSCE Gender Equality Review Conference* durch die österreichische Ministerin für Familie und Jugend, Wien
- 14. – 16. Juni**, Eine grünere Ausrichtung der Volkswirtschaften und der Aufbau von Partnerschaften sind Hauptthemen des zweiten Vorbereitungstreffens für das 25. Wirtschafts- und Umweltforum in Astana
- 19. – 20. Juni**, OSZE-Asienkonferenz „Gemeinsame Herausforderungen und gemeinsame Chancen“, Berlin
- 22. – 23. Juni**, Erstes Zusätzliches Treffen zur menschlichen Dimension zum Thema Religions- oder Weltanschauungsfreiheit, Wien
- 27. – 29. Juni**, Eröffnung der Jährlichen Konferenz zur Überprüfung der Sicherheit durch den Amtierenden Vorsitzenden, Wien
- 10. – 11. Juli**, OSZE-weite Konferenz über die Bekämpfung der Bedrohung durch illegale Drogen, Wien
- 11. Juli**, Informelles Treffen der OSZE-Außenminister, Mauerbach
- 6. – 8. Sept.**, Eröffnung des Wirtschafts- und Umweltforums durch den österreichischen Finanzminister, Prag
- 11. – 22. Sept.**, Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension, Warschau
- 26. – 27. Sept.**, Jährliches Polizeiexpertentreffen, Wien
- 29. September**, Ansprache des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE und Vortrag seines Sonderbeauftragten zur Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus, Peter Neumann, auf der Sondersitzung des Ständigen Rates zum Thema „Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen (VERLT)“, Wien
- 11. – 12. Okt.**, Seminar zur menschlichen Dimension über die Rechte des Kindes, Warschau
- 13. Oktober**, Konferenz zum Thema „Internet Freedom“, Wien
- 16. – 17. Okt.**, Implementierungstreffen zur Wirtschafts- und Umweltdimension

- 24. – 25. Okt.**, OSZE-Mittelmeerkonferenz, Palermo
- 2. – 3. Nov.**, Zweites Zusätzliches Treffen zur menschlichen Dimension zum Thema „Die Rolle von freien Medien im Konzept der vernetzten Sicherheit“, Wien
- 3. November**, Konferenz des Vorsitzes über Cybersicherheit, Wien
- 16. – 17. Nov.**, Drittes Zusätzliches Treffen zur menschlichen Dimension zum Thema „Zugang zur Justiz als Schlüsselement der Rechtsstaatlichkeit“, Wien
- 22. November**, Konferenz über die Verhütung und Bekämpfung von Hassverbrechen an Christen und Angehörigen anderer Religionen, Eriwan
- 1. Dezember**, Konferenz des Vorsitzes zum Thema „The Gender Dimension of Internal Displacement“, Wien
- 7. – 8. Dez.**, 24. Treffen des Ministerrats der OSZE, Wien

KOOPERATIONSPARTNER

Der österreichische Vorsitz förderte die Einbindung der Kooperationspartner in Asien und im Mittelmeerraum in OSZE-Veranstaltungen und -Aktivitäten und sorgte damit für einen fortgesetzten Dialog zwischen der OSZE und ihren Partnern.

KONTAKTGRUPPE FÜR DIE KOOPERATIONSPARTNER IN ASIEN

Kooperationspartner in Asien: Afghanistan, Australien, Japan, Republik Korea, Thailand
Vorsitz: Deutschland

In enger Absprache mit den fünf OSZE-Partnern in Asien und dem Sekretariat sowie auf Grundlage von Empfehlungen aus den Jahresberichten früherer Vorsitze und den Troika-Treffen des Ministerrats erarbeitete Deutschland einen dimensionenübergreifenden Arbeitsplan für 2017, der auch die Prioritäten des österreichischen OSZE-Vorsitzes widerspiegelte. Durch die Unterstützung eines bedarfsorientierten Ansatzes und sein Eingehen auf die Interessen und Prioritäten der Partner in Asien konzentrierte sich Deutschland auf die Vertiefung und operative Umsetzung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit den Partnern in Asien. Die Kontaktgruppe setzte den Austausch von Erfahrungen und den daraus gewonnen Erkenntnissen zu Fragen von beiderseitigem Interesse fort, insbesondere zu den gemeinsamen Sicherheitsherausforderungen in der OSZE-Region und im asiatisch-pazifischen Raum.

Die Kontaktgruppe trat 2017 fünf Mal zur Erörterung der folgenden Themenkreise zusammen:

- die Auswirkungen der derzeitigen Lage auf der koreanischen Halbinsel auf die globale Sicherheit, darunter die Umsetzung von UNSCR 1540 über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen
- Befähigung der Jugend zur Mitwirkung bei der Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus – Erfahrungsaustausch zwischen den Regionen
- Sicherheitsdynamiken im Indopazifik
- jüngste Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel
- Migration und ihre Auswirkung auf Sicherheit und Entwicklung
- Erfahrungsaustausch in der OSZE-Region und im asiatisch-pazifischen Raum

Hochrangige Vertreter der Partnerländer und der OSZE-Teilnehmerstaaten sowie internationale Organisationen, bekannte Wissenschaftler und Experten aus dem OSZE-Sekretariat gaben den Anstoß zu fruchtbaren Diskussionen und tauschten nachahmenswerte Verfahren aus.

Deutschland förderte auch die praktische Zusammenarbeit und leistete Beiträge zum Partnerschaftsfonds der OSZE, um Vertretern der OSZE-Partner die Teilnahme an OSZE-Aktivitäten und -Veranstaltungen zu ermöglichen und um das außerbudgetäre OSZE-Projekt *Young Diplomats* mitzufinanzieren.

OSZE-ASIENKONFERENZ 2017

Die OSZE-Asienkonferenz 2017 mit dem Schwerpunkt auf gemeinsamen Herausforderungen und gemeinsamen Chancen fand am 19. und 20. Juni 2017 unter Beteiligung mehrerer stellvertretender Außenminister und anderer hochrangiger Vertreter in Berlin (Deutschland) statt. Die drei themenbezogenen Sitzungen der Veranstaltung und die Parallelveranstaltung nahmen die drei Sicherheitsdimensionen der OSZE auf und boten eine passende Gelegenheit für die OSZE-Teilnehmerstaaten und ihre asiatischen Partner, um Meinungen und Erfahrungen zu Themen von besonderem Interesse für die Teilnehmerstaaten und die asiatischen Kooperationspartner auszutauschen, darunter Vertrauensbildung, Konnektivität und regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit, der Beitrag der Region zu den Zielen für die nachhaltige Entwicklung der VN und die Frage, wie man gemeinsam mit Afghanistan und seinen Nachbarn weiter an der Stärkung der Stellung der Frauen arbeiten könnte.

KONTAKTGRUPPE FÜR DIE KOOPERATIONSPARTNER IM MITTELMEERRAUM

Kooperationspartner im Mittelmeerraum: Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Marokko, Tunesien
Vorsitz: Italien

Mit der Entwicklung einer „positiven Agenda“ legte der italienische Vorsitz der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner im Mittelmeerraum 2017 den Schwerpunkt eher auf das, was die OSZE-Region und die Kooperationspartner im Mittelmeerraum verbindet, als was sie möglicherweise trennt. Aufbauend auf den Bemühungen früherer Vorsitze arbeitete Italien daran, über einen inklusiven und konkreten Ansatz Bereiche der Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum zu finden.

2017 waren die Treffen der Mittelmeerkontaktgruppe folgenden Themen gewidmet:

- Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern und seine Auswirkungen auf Sicherheit und Stabilität in der OSZE-Region
- Förderung des Dialogs zwischen der OSZE und ihren Kooperationspartnern im Hinblick auf die Verminderung der Konfliktrisiken, die sich aus dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien ergeben
- Energiesicherheit in Zeiten wirtschaftlicher und politischer Ungewissheit – grüne Zukunftsperspektiven für den Mittelmeerraum
- Frauen, Frieden und Sicherheit – stärkere politische Teilhabe von Frauen und die Rolle der Frauen in Konfliktverhütungs- und Mediationsprozessen als ein Faktor für positive Veränderungen im Mittelmeerraum
- Wirtschaftsentwicklung als möglicher Weg, um an den Wurzeln der Instabilität anzusetzen – die Rolle kleiner und mittlerer Unternehmen

- Gestaltung eines „Mittelmeerraums der Zukunft“ durch Förderung des Dialogs zwischen Denkfabriken und politischen Entscheidungsträgern beiderseits des Mittelmeers

Gemeinsam mit dem OSZE-Sekretariat startete und finanzierte der italienische Vorsitz in Nachbereitung von Diskussionen eine Reihe außerbudgetärer Projekte, wie die Arbeitstagungen zu den Themen „Bekämpfung des illegalen grenzüberschreitenden Handels mit Kulturgütern im Mittelmeerraum“ und *Understanding mediation within the framework of women, peace and security*. Ferner führte er den *OSCE GEMS Award* ein, in dessen Rahmen jungen, umweltbewussten und sozial engagierten Unternehmern aus den sechs Mittelmeerpartnerländern Ausbildungsstipendien verliehen werden.

OSZE-MITTELMEERKONFERENZ 2017

Die jährliche Mittelmeerkonferenz fand am 24. und 25. Oktober in Palermo (Italien) statt und war den Herausforderungen und Chancen aufgrund der großen Migranten- und Flüchtlingsbewegungen im Mittelmeerraum gewidmet. An der Konferenz, die mit 71 teilnehmenden Delegationen und Organisationen gut besucht war, war auch eine Delegation aus Libyen als Gast des italienischen Vorsitzes vertreten. Die Konferenz konzentrierte sich auf Themen, die sich auf die Sicherheit im Mittelmeerraum auswirken, wie Drogenhandel, organisiertes Verbrechen, Menschenmuggel und Menschenhandel. Weitere Schwerpunkte waren das wirtschaftliche und soziale Potenzial der Migration und die Rolle von Integrationsstrategien im Hinblick auf inklusives Wachstum, nachhaltige Entwicklung, Frieden und Stabilität. Die Teilnehmer führten einen offenen Dialog und die Erörterungen zeigten, wie Ausnahmesituationen und Krisen, so man ihnen mit Verantwortungsbewusstsein und Solidarität begegnet, in Chancen für eine erneuerte regionale und internationale Zusammenarbeit verwandelt werden können.

DER STÄNDIGE RAT

Der Ständige Rat ist das ständige Gremium der OSZE für politischen Dialog und Beschlussfassung, bei dem die Vertreter aller Teilnehmerstaaten allwöchentlich in Wien zusammenkommen.

Der Ständige Rat

www.osce.org/permanent-council

Während des österreichischen OSZE-Vorsitzes 2017 fanden die wöchentlichen Treffen des Ständigen Rates unter dem Vorsitz des Ständigen Vertreters Österreichs bei der OSZE, Botschafter Clemens Koja, statt.

Im Laufe des Jahres begrüßte Botschafter Koja namhafte Gastredner im Ständigen Rat, darunter Minister und stellvertretende Minister aus den Teilnehmerstaaten sowie hochrangige Vertreter internationaler Organisationen. Die Gastredner erörterten Themen, die dem Vorsitz besonders am Herzen lagen, wie die humanitäre Lage in der Konfliktzone in der Ostukraine, die Bekämpfung der Radikalisierung, den Schutz von Journalisten und den Kampf gegen die Korruption.

Auf vielen der 39 Sitzungen des Ständigen Rates im Jahr 2017 spielten neben der Arbeit der OSZE-Institutionen und -Feldoperationen in Anbetracht der ungelösten Konflikte und Krisensituationen im OSZE-Raum die verschiedenen Konfliktbeilegungsbemühungen im OSZE-Raum eine wichtige Rolle. Allein zur Krise in und um die Ukraine unterrichteten der Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE in der Trilateralen Kontaktgruppe, Botschafter Martin Sajdik, und der Leitende Beobachter der SMM, Botschafter Ertuğrul Apakan, den Ständigen Rat sechs Mal. Nach der Eskalation der Gewalt im Osten der Ukraine und dem Tod eines Mitglieds der SMM berief der Vorsitzende auch Sondersitzungen ein.

Durch die Teilnahme hochrangiger Vertreter des Europarats, des UNHCR, des IKRK, der Internationalen Anti-Korruptionsakademie, der EU, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der GUAM und der Eurasischen Wirtschaftskommission boten die Sitzungen des Ständigen Rates Gelegenheit zur Pflege einer engen, gegenseitig nutzbringenden Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen, die im OSZE-Raum tätig sind.

Die Vorsitze der drei allgemeinen Ausschüsse, die vom Vorsitzenden des Ständigen Rates ernannt wurden:

- Botschafter Steffen Kongstad (Norwegen) – Sicherheitsausschuss
- Botschafter Kairat Sarybay (Kasachstan) – Wirtschafts- und Umweltausschuss
- Botschafterin Sian Macleod (Vereinigtes Königreich) – Ausschuss zur menschlichen Dimension

Der Vorsitzende des Ständigen Rates ernannte die Vorsitzenden der informellen Arbeitsgruppen, die dem Ständigen Rat über die Ergebnisse ihrer Arbeit Bericht erstatteten:

- Botschafter Helmut Tichy (Österreich) – informelle Arbeitsgruppe zur Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE

- Botschafterin Jutta Stefan-Bastl (Österreich) – informelle Arbeitsgruppe zu den Beitragsschlüsseln der OSZE
- Botschafter Károly Dán (Ungarn) – informelle Arbeitsgruppe nach Beschluss Nr. 1039 des Ständigen Rates
- Botschafter Eberhard Pohl (Deutschland) – informelle Arbeitsgruppe zum strukturierten Dialog über die aktuellen und künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen und Risiken im OSZE-Raum gemäß der Ministerratserklärung 2016

„Die aktuelle Sicherheitslage erfordert dringendes Handeln. Durch die Stärkung des konstruktiven Dialogs zwischen den Teilnehmerstaaten hat der österreichische Vorsitz eine gute Gelegenheit geschaffen, Transparenz und Berechenbarkeit zu stärken und Vertrauen wiederaufzubauen. Ich rufe die Teilnehmerstaaten dazu auf, die OSZE als Instrument zu nutzen, um Wege zur Stärkung der strategischen Stabilität und zur Verbesserung des Sicherheitsumfelds in Europa auszuloten.“

Botschafter Clemens Koja

Ständiger Vertreter Österreichs bei der OSZE und Vorsitzender des Ständigen Rates 2017

HOCHRANGIGE REDNER IM STÄNDIGEN RAT 2017:

- 12/01
Sebastian Kurz
Amtierender Vorsitzender und Bundesminister für Europa, Integration und Auswärtiges der Republik Österreich

- 26/01
Ioannis Kasoulides
Vorsitzender des Ministerkomitees des Europarats und Minister für auswärtige Angelegenheiten der Republik Zypern

- 26/01
Mihnea Constantinescu
Vorsitzender der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken, Botschafter

- 02/03
Volker Türk
Beigeordneter Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen für Schutzfragen

- 09/03
Hanna Herbst
Stellvertretende Chefredakteurin von VICE Austria
Teresa Havlicek
Online-Redakteurin von Wienerin.at

- 16/03
Nikola Poposki
Stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien

- 23/03
Martin Kreutner
Leiter und Exekutivsekretär der Internationalen Anti-Korruptionsakademie

- 05/04
Patrick Vial
Erklärung des Regionaldirektors für Europa und Zentralasien des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz

- 18/05
Maroš Šefčovič
Vizepräsident der Europäischen Kommission

- 01/06
Ivo Šramek
Vertreter des Vorsitzes des Ministerkomitees des Europarats, Stellvertretender Außenminister für Sicherheit und multilaterale Fragen der Tschechischen Republik

- 08/06
Altai Efendiev
Generalsekretär der Organisation für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung – GUAM
- 20/07
Amtierender Vorsitzender 2018, Minister für auswärtige Angelegenheiten von Italien, Angelino Alfano
- 29/09
Professor Peter Neumann
Sonderbeauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE zur Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus
- 12/10
Nikola Dimitrov
Außenminister der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien
- 12/10
Christine Beerli
Vizepräsidentin des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz
- 19/10
Christine Muttonen
Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE
- 19/10
Tigran Sargsyan
Vorsitzender des leitenden Gremiums der Eurasischen Wirtschaftskommission
- 16/11
Nils Muižnieks
Menschenrechtskommissar des Europarats
- 23/11
Filippo Lombardi
Vorsitz des Ad-hoc-Ausschusses für Migration der Parlamentarischen Versammlung der OSZE
- 18/12
Johannes Hahn
Europäischer Kommissar für europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen
- 21/12
Karin Kneissl
Amtierende Vorsitzende und österreichische Bundesministerin für Europa, Integration und Auswärtiges

DAS FORUM FÜR SICHERHEITSKOOPERATION

Das Forum ist das wichtigste Beschlussfassungsorgan der OSZE zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit. Seine Teilnehmer treten wöchentlich in Wien zusammen, um Fragen wie Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) zu erörtern.

Das Forum für Sicherheitskooperation

www.osce.org/forum-for-security-cooperation

FSK-Vorsitze: Rumänien, Russische Föderation und Serbien

Die Erörterungen über die Krise in und um die Ukraine waren auch dieses Jahr das Hauptthema in den wöchentlichen Sitzungen des Forums für Sicherheitskooperation (FSK). Diskutiert wurden außerdem wichtige Fragen und Entwicklungen in der politisch-militärischen Dimension, einschließlich Rüstungskontrolle und VSBM, der Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit, Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) sowie subregionale militärische und verteidigungspolitische Zusammenarbeit. Das FSK verabschiedete sieben Beschlüsse, um die Umsetzung bestehender Verpflichtungen zu unterstützen. Die umfangreiche Arbeit des FSK ermöglichte die Verabschiedung eines Beschlusses über Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition durch den Wiener Ministerrat.

EINE DIALOGPLATTFORM

Das FSK bot wieder zahlreiche Gelegenheiten zum Dialog und zur Aussprache über die dringendsten Sicherheitsfragen im militärischen Bereich in der OSZE-Region sowie über deren politische und militärische Verpflichtungen. Die drei aufeinander folgenden vorsitzführenden Länder des Jahres 2017 – Rumänien, die Russische Föderation und Serbien – bemühten sich, durch die verstärkte Nutzung des FSK als Plattform für Verhandlungen und Konsultationen zur militärischen Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum Fragen der politisch-militärischen Sicherheit verstärkt in den Fokus der OSZE zu rücken. Bei insgesamt 19 sogenannten Sicherheitsdialogen hielten Gastredner Vorträge über aktuelle Fragen der europäischen Sicherheit wie VSBM, den Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Fragen der Sicherheit, SALW und SCA, die Resolutionen 1540 (2004) und 1325 (2000) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen sowie die subregionale militärische und verteidigungspolitische Zusammenarbeit. Es wurden auch neue Themen behandelt, etwa die Rolle der Militärseelsorger in den Streitkräften und die Glaubensfreiheit im Frieden und im Krieg, die Rolle der Parlamente in der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte und bilaterale Übereinkünfte zur Verhinderung von militärischen Zwischenfällen.

In enger Zusammenarbeit mit dem österreichischen OSZE-Vorsitz und dem Ständigen Rat der OSZE befassten sich alle drei FSK-Vorsitze im Sinne des OSZE-Konzepts der umfassenden und unteilbaren Sicherheit mit dimensionenübergreifenden Fragen, die für beide Organe von Bedeutung sind. Dazu wurden vier gemeinsame Sitzungen abgehalten: eine über die militärischen Aspekte von Cybersicherheit, zwei zum Strukturierten Dialog und eine über die Unterstützung der nationalen Behörden in der Migrationskrise durch Sicherheitskräfte. Das 27. Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung im Februar/März bot den OSZE-Teilnehmerstaaten Gelegenheit zum Meinungs austausch über die derzeitige und künftige Umsetzung vereinbarter VSBM. Entsprechend seinem Mandat leistete das FSK Beiträge zur

Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz im Juni, die sich den politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit widmete. Im Juni fand in Wien auch die sechste Jährliche Diskussion über die Umsetzung des OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit statt. Eine weitere Konferenz zum Verhaltenskodex wurde im Oktober erstmals in den USA, in Washington, D.C., abgehalten. Dabei konnte die Umsetzung der Bestimmungen des Kodex diskutiert und die Bekanntheit des Kodex im nordamerikanischen Kontext gefördert und das Bewusstsein dafür geschärft werden. Die Leiter der Verifikationszentren trafen im Dezember zu einem Meinungs- und Informationsaustausch über technische Aspekte des Wiener Dokuments 2011 zusammen.

Wichtige Arbeit wurde im Bereich SALW und SCA geleistet: Im März gab es ein Treffen über die Deaktivierung von SALW, das zu Fortschritten bei der Erarbeitung von Mindeststandards für die Deaktivierung von SALW führte. Darüber hinaus wurde ein Online-Instrument für die Berichterstattung eingeführt, das es den Teilnehmerstaaten ermöglicht, nationale SALW-Berichte gleichzeitig an die OSZE und die VN zu übermitteln, womit Transparenz, Berechenbarkeit und Stabilität gefördert werden, was den Teilnehmerstaaten auch die Berichterstattung erleichtert. Im Oktober organisierte das FSK eine Sondertagung zur Überprüfung der Durchführung von Hilfsprojekten der OSZE betreffend SALW und SCA, bei dem außerdem verschiedene Aspekte des Projektmanagements erörtert wurden. Dank der effizienten Arbeit zu diesem Thema konnten die Teilnehmerstaaten auf dem Wiener Ministerratstreffen im Dezember einen Beschluss zu SALW und SCA verabschieden.

PARTNERORGANISATIONEN UND -INSTITUTIONEN DES FSK 2017

Das FSK arbeitete mit folgenden internationalen Organisationen und Partnern zusammen:

Vereinte Nationen (VN), Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung (UNIDIR), Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA), Black Sea Trust for Regional Cooperation (BSTRC), Zentrum für Sicherheitskooperation (RACVIAC), Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (CSTO), Europäischer Auswärtiger Dienst (EEAS), EUROPOL, Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO), Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO), Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum (BSEC), Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO), Zentralstelle Südost- und Osteuropa für die Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen (SEESAC) und Wassenaar-Arrangement

Ferner unterstützte das FSK folgende OSZE-Teilnehmerstaaten und deren jeweils zuständigen Ministerien:

- die Außenministerien Frankreichs, Kroatiens, Montenegros, Rumäniens, der Russischen Föderation, der Schweiz, Serbiens, Spaniens und der Türkei
- die Verteidigungsministerien Rumäniens, der Russischen Föderation, Serbiens und der Vereinigten Staaten von Amerika
- die Innenministerien Moldaus, Serbiens und Spaniens
- andere nationale Ministerien/Dienststellen: das Ministerium für Industrie und Handel der Russischen Föderation und das serbische Ministerium für Arbeit, Beschäftigung, Veteranen und Soziales sowie die Nationalversammlung Serbiens
- die Streitkräfte von Bosnien und Herzegowina, Deutschland, Kanada, Moldau, Österreich, der Schweiz, der Slowakei und den Vereinigten Staaten von Amerika

DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DER OSZE

In der Parlamentarischen Versammlung sind 323 Parlamentarier aus der 57 Nationen umfassenden OSZE-Region vertreten. Sie bietet den OSZE-Parlamentariern ein Forum für Dialog, die Beobachtung von Wahlen und die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen in politischen, sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen, umweltpolitischen und die Menschenrechte betreffenden Fragen.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE

Generalsekretär: Roberto Montella

Haushalt: 3 161 000 EUR

Personal: 18 Vollzeitbeschäftigte, 8 Forschungsstipendiaten

www.oscepa.org

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE (OSZE/PV) befasste sich 2017 verstärkt mit Fragen wie Migration, Cybersicherheit, Terrorismus und geschlechtsspezifischen Aspekten der Sicherheit. Bei der Jahrestagung in Minsk wurde ein neuer Ad-hoc-Ausschuss für Terrorismusabwehr eingerichtet, und die Versammlung vertiefte weiter ihre Beziehungen zu Partnern. Zu diesem Zweck wurden unter anderem Treffen mit offiziellen Vertretern der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, des Internationalen Strafgerichtshofs und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten abgehalten. Die Wahlbeobachtung bildete wieder eine der Hauptaktivitäten der OSZE/PV, die sie diesmal in fünf Länder führte, darunter zum ersten Mal nach Deutschland und in die Mongolei. Die österreichische Parlamentarierin Christine Muttonen wurde bei der Jahrestagung in Minsk erneut zur Präsidentin der Versammlung gewählt. Im November folgte ihr der georgische Parlamentarier George Zereteli in diesem Amt.

PARLAMENTARISCHE DIPLOMATIE

Die PV betrieb Diplomatie auf hoher Ebene im gesamten OSZE-Raum, darunter in Nordamerika, im Südkaukasus, in Nordafrika und Zentralasien. Präsidentin Muttonen besuchte mehrere OSZE-Teilnehmerstaaten, und zwar Belarus, Kanada, Kasachstan, Usbekistan und die Vereinigten Staaten von Amerika. Ein Besuch führte sie außerdem zum OSZE-Kooperationspartner Marokko zu Gesprächen über das Engagement des Mittelmeerraums und die Terrorismusbekämpfung, und ein weiterer nach China, wo sie mit Vertretern des chinesischen Außenministeriums und der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit zusammentraf. Im März organisierte sie gemeinsam mit dem österreichischen Parlament eine wichtige Konferenz zum Thema „Sicherheitspolitik der OSZE – die weibliche Sicht“ unter reger Beteiligung zahlreicher Parlamentarier aus vielen Teilnehmerstaaten.

Hochrangige Mitglieder der PV der OSZE besuchten im Juni die Türkei, um sich ein Bild von den Entwicklungen seit dem versuchten Staatsstreich vom Juli 2016 zu machen. Die Parlamentarier stellten fest, dass das Land vor großen Herausforderungen steht, etwa durch den Terrorismus und die großen Migrationsströme, und rieten nachdrücklich zu voller Transparenz und zur Einhaltung rechtsstaatlicher Verfahren im Anschluss an den Putschversuch.

Die Sonderbeauftragten der OSZE/PV, Roberto Battelli (Abgeordneter, Slowenien), und Kristian Vigenin (Abgeordneter, Bulgarien), führten regionale Besuche in Südosteuropa und

im Südkaukasus durch, bei denen sie in Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Georgien und Montenegro mit hochrangigen Gesprächspartnern zusammentrafen. Im September wurde der ehemalige Vizepräsident der OSZE/PV und Vorsitzende der Ad-hoc-Arbeitsgruppe zu Belarus, Kent Harstedt (Abgeordneter, Schweden), zum Sonderbeauftragten für Osteuropa bestellt. Seine Aufgabe wird Vertrauensbildung, Versöhnung und Dialogvermittlung in der Region sein.

FÖRDERUNG DER ZUSAMMENARBEIT UND NACHAHMENSWERTER METHODEN IN MIGRATIONSFRAGEN

Die Versammlung widmete sich das ganze Jahr hindurch Migrationsfragen und absolvierte Arbeitsbesuche in Griechenland, Italien und der Türkei. Im Oktober gab der Ad-hoc-Ausschuss für Migration einen wichtigen Bericht zur Migrationsfrage heraus. Es gab Informationsveranstaltungen in Brüssel und Genf mit führenden internationalen Akteuren, die sich mit Migration befassen. Der Ad-hoc-Ausschuss hielt mehrere Sitzungen ab und das Thema Flüchtlinge und Migranten wurde sowohl auf der Herbsttagung als auch auf der Wintertagung und Jahrestagung der Versammlung behandelt. Auf ihrer Jahrestagung verabschiedete die Versammlung offiziell eine Reihe von Empfehlungen an die OSZE-Teilnehmerstaaten, wie sie die Kooperation und Koordination zur Verbesserung ihres Migrationsmanagements verstärken können.

Die Abgeordneten tauschten sich mit hochrangigen OSZE-Regierungsvertretern über Migrationsfragen aus, etwa bei der OSZE-Mittelmeerkonferenz im Oktober in Palermo, und tauschten Erfahrungen mit Partnern aus, darunter die Ostseeparlamentarierkonferenz, die Interparlamentarische Union und die Parlamentarische Versammlung des Mittelmeerraums.

PARLAMENTARIER GEGEN TERRORISMUS

Die Parlamentarier der OSZE erklärten den Kampf gegen den Terrorismus und gewalttätigen Extremismus zu ihrer wichtigsten Priorität im Jahr 2017. Die Mitglieder der PV der OSZE nahmen an mehreren internationalen Konferenzen im OSZE-Raum teil und unterstrichen dabei die dringende Notwendigkeit, wirksame und innovative Strategien gegen den Terrorismus zu entwickeln, um die Bürger in der OSZE-Region zu schützen. Hier ist vor allem die Teilnahme von Präsidentin Muttonen an der Parlamentarischen Konferenz gegen den internationalen Terrorismus zu nennen, die am 28. März 2017 von der OSZE/PV und der Interparlamentarischen Versammlung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten in Sankt Petersburg organisiert wurde. Auf der 26. Jahrestagung der Versammlung in Minsk beschloss der Ständige Ausschuss, einen Ad-hoc-Ausschuss für Terrorismusabwehr einzusetzen, der erstmals am Rande der Herbsttagung in Andorra zusammentrat. Der erste Arbeitsbesuch führte Mitglieder des Ausschusses nach Wien, wo sie am 13. und 14. November mit offiziellen Vertretern der OSZE und der VN zusammentrafen, um koordinierte internationale Strategien gegen gewalttätigen Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, zu erarbeiten.

„Nur durch Zusammenarbeit und Dialog können wir unser aller Sicherheit gewährleisten; Zusammenarbeit mag in manchen Fällen Kompromisse verlangen, doch bei unseren Werten und den Grundprinzipien der OSZE darf es keinen Kompromiss geben.“

George Zereteli
Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

JAHRESTAGUNG, MINSK, 5. – 9. JULI
HERBSTTAGUNG, ANDORRA, 3. – 5. OKTOBER
WINTERTAGUNG, WIEN, 23. – 24. FEBRUAR

Zur 26. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE unter dem Motto „Stärkung von gegenseitigem Vertrauen und Zusammenarbeit für Frieden und Wohlstand im OSZE-Raum“ fanden sich rund 260 Parlamentarier in der belarussischen Hauptstadt ein. Den Höhepunkt der Tagung bildete die Verabschiedung der Minsker Erklärung 2017, in der die Parlamentarier ihre Arbeitsschwerpunkte als Beitrag zum OSZE-Ministerrat aufführten.

Auf der 16. Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, in deren Rahmen auch ein Mittelmeerforum stattfand, diskutierten rund 180 Parlamentarier über Cybersicherheit, den Klimawandel und die Bedeutung der Bildung als Garant für Stabilität. Rund 250 Parlamentsmitglieder versammelten sich im Wiener Kongresszentrum Hofburg zur 16. Wintertagung, bei der eine außerordentliche Debatte zum Schutz der Menschenrechte in Krisenzeiten stattfand.

„Zusammenarbeit ist in unserer eng vernetzten Welt eine Notwendigkeit, und kein Land – so groß es auch sei – kann es sich leisten, allein für seine Sicherheit zu sorgen.“

Christine Muttonen
Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

POLITISCHE ERFAHRUNG ALS BEITRAG ZUR WAHLBEOBACHTUNG

Die Wahlbeobachter der OSZE/PV arbeiteten eng mit Kollegen aus dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE und anderen internationalen Organisationen zusammen. Sie brachten ihre politische Erfahrung, ihr Urteilsvermögen und ihre Bekanntheit in diesen so wichtigen Teil der Arbeit der OSZE ein. Die PV der OSZE entsandte 2017 215 Beobachter in fünf Länder, zum ersten Mal wurden auch Wahlen in der Mongolei und in Deutschland beobachtet. Die anderen Länder waren Albanien, Armenien und Kirgisistan.

DAS SEKRETARIAT

Das OSZE-Sekretariat mit Sitz in Wien steht unter der Leitung des Generalsekretärs und unterstützt den Vorsitz und die OSZE-Feldaktivitäten in ihrer Tätigkeit. Es pflegt Kontakte zu internationalen und Nichtregierungsorganisationen und stellt Konferenz-, Sprach-, Verwaltungs-, Finanz-, Personal- und IT-Dienste bereit.

Das Sekretariat

Generalsekretär: **Thomas Greminger** (seit 18. Juli 2017), **Lamberto Zannier** (bis 30. Juni 2017)

Haushalt: 41 164 000 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 18 738 279 EUR (aus außerbudgetären Mittelzusagen)

Personal: 389 (davon 15 im Rahmen außerbudgetärer Projekte)

www.osce.org/secretariat

2017 widmete sich das Sekretariat wieder der Umsetzung der politischen Entscheidungen der Organisation und unterstützte den Dialog- und Verhandlungsprozess zwischen den 57 Teilnehmerstaaten. In enger Zusammenarbeit mit dem österreichischen OSZE-Vorsitz und zu dessen Unterstützung beobachteten die Mitarbeiter des Sekretariats Trends, lieferten Expertenanalysen und führten Feldprojekte durch. Das Sekretariat stellte den Teilnehmerstaaten operative Unterstützung bei zahlreichen mandatsgemäßen Aktivitäten in den drei Dimensionen der OSZE zur Verfügung.

BESTANDTEILE DES SEKRETARIATS:

- Büro des Generalsekretärs
- Konfliktverhütungszentrum
- Hauptabteilung Personalressourcen
- Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen
- Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE
- Büro für Innenrevision
- Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels
- Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen

Konfliktverhütung

Direktor des Konfliktverhütungszentrums: **Botschafter Marcel Peško**

Haushalt: 5 207 800 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 7 785 949 EUR
(aus außerbudgetären Mittelzusagen)

Personal: 57 (davon 4 im Rahmen außerbudgetärer Projekte)

www.osce.org/secretariat/conflict-prevention

Das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) der OSZE ist die wichtigste Anlaufstelle für alle Angelegenheiten, die die OSZE-Feldoperationen betreffen. Es befasst sich mit allen Phasen des Konfliktzyklus durch politische Vorgaben und operative Handlungsempfehlungen, unter anderem durch Frühwarnung und Unterstützung der OSZE bei der Entschärfung von Krisensituationen, sowie durch Bemühungen um eine dauerhafte politische Lösung bestehender Konflikte. Das KVZ ist ein Eckpfeiler in der politisch-militärischen Dimension der OSZE und leistet der gesamten Organisation Hilfestellung in Fragen des Projektmanagements.

DIE KRISE IN UND UM DIE UKRAINE WEITERHIN IM BRENNPUNKT

Das KVZ spielte wieder eine maßgebliche Rolle bei der Koordinierung der Bemühungen der OSZE im Zusammenhang mit der Krise in und um die Ukraine. Es unterstützte Bemühungen um die Stabilisierung der Lage vor Ort und die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen. Das KVZ arbeitete gemeinsam mit der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM) an der weiteren Festlegung interner Verfahren und Richtlinien der Mission und an der Stärkung ihrer technischen Überwachungsfähigkeiten. Es unterstützte darüber hinaus die Arbeitsgruppe Politik der Trilateralen Kontaktgruppe (TCG) dabei, die Bemühungen um eine Lösung des Konflikts voranzubringen. Das KVZ setzte auch seine Unterstützung für die Arbeit des Projektkoordinators der OSZE in der Ukraine sowie für die Beobachtermission an den russischen Kontrollposten Gukowo und Donezk fort.

KONVENTIONELLE WAFFEN, SPRENGSTOFFE, MUNITION, MINEN-RÄUMUNG SOWIE CHEMIKALIENSICHERHEIT UND -SICHERUNG IN DER UKRAINE

- Das KVZ verstärkte die Fähigkeiten des Staatlichen Notfalldienstes der Ukraine zur Säuberung von mit explosiven Kampfmittelrückständen verseuchten Gebieten durch Erhöhung der Effizienz der Kampfmittelbeseitigungstrupps. Über den Projektkoordinator in der Ukraine unterstützte es die Entwicklung von zwei Projekten zur humanitären Minenräumung. Es evaluierte die Fähigkeit der nationalen Polizei, behelfsmäßige Sprengvorrichtungen zu entschärfen, und beurteilte laufend die Kapazitäten des staatlichen Grenzschutzdienstes zur Eindämmung des illegalen Handels mit Kleinwaffen, Munition und Sprengstoffen.
- Gemeinsam mit dem Projektkoordinator in der Ukraine leitet das KVZ Projekte zur Chemikaliensicherheit und -sicherung in der Ukraine in Durchführung der UNSCR 1540 (2004). Mit diesen Projekten soll die Aufsicht über der Kontrolle unterliegende und giftige Chemikalien verstärkt und der regulatorische Rahmen der Ukraine im Bereich Chemikaliensicherheit und -sicherung verbessert werden.

AKTIVITÄTEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DER KONFLIKTLÖSUNG

In enger Zusammenarbeit mit der OSZE-Mission in Moldau und dem Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage in Moldau setzte das KVZ seine Unterstützung für deren Bemühungen um eine Verhandlungslösung fort. Es unterstützte tatkräftig die Anstrengungen des Vorsitzes und der Mission in Moldau um die Herbeiführung einer Einigung in mehreren sozialen und wirtschaftlichen Fragen. Die Öffnung der Gura-Bîcului-Bytschok-Brücke für den zivilen Verkehr am 18. November 2017 war ein beachtlicher Durchbruch. Nachdem es zwischen Chişinău und Tiraspol zu einer Vereinbarung gekommen war, nahm das KVZ am 27. und 28. November 2017 an einem Treffen im „5+2“-Format in Wien teil. Mit der Umsetzung der Vereinbarung wird das Leben der Bevölkerung auf beiden Seiten des Dnister/Nistru erleichtert werden.

Das KVZ leistete dem Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Südkaukasus Hilfestellung in vier Runden der Internationalen Genfer Gespräche (GID) zu den Folgen des Konflikts in Georgien von 2008 sowie bei elf Treffen im Rahmen des Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen in Ergneti. Das KVZ beteiligte sich an zahlreichen Konsultationen in Tiflis, Suchumi, Zchinwali und Moskau und leitete die Arbeitsgruppe der GID für humanitäre Fragen. Zur Unterstützung der GID veranstaltete das KVZ eine OSZE-Sommerschule in Wien, um Jugendliche von innerhalb und außerhalb der Region mit den OSZE-Werten und -verpflichtungen vertraut zu machen und Beziehungen zwischen den Bevölkerungsgruppen aufzubauen, die durch den Konflikt entzweit wurden. Andere KVZ-Projekte betrafen humanitäre Fragen, etwa die Suche nach Vermissten aus dem Krieg von 2008.

Das KVZ unterstützte auch die Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE und den Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzes für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, in Fragen betreffend den Konflikt um Bergkarabach.

AKTIVITÄTEN IM SÜDKAUKASUS

Das KVZ unterstützte den Vorsitz in dessen Bemühungen um eine Einigung im Hinblick auf die Verlängerung des Mandats des OSZE-Büros in Eriwan. Da eine solche Vereinbarung nicht erreicht wurde, koordinierte das KVZ die für die Schließung des Büros am 31. August 2017 erforderlichen Schritte. Auf Ersuchen der armenischen Behörden koordinierte es außerdem ein Programm von Projekten zur Unterstützung der weiteren Zusammenarbeit.

AKTIVITÄTEN IN ZENTRALASIEN

Das KVZ unterstützte den Persönlichen Gesandten für die Arbeit der Feldoperationen in Kirgisistan und Tadschikistan, Botschafter Markus Müller, bei der Aushandlung neuer Mandate für die Programmbüros in Bischkek und Duschanbe. Der Ständige Rat verabschiedete neue Mandate: am 27. April für das Programmbüro in Bischkek und am 1. Juni für das Programmbüro in Duschanbe. Das KVZ koordinierte die Unterstützung für die Feldoperationen bei der Planung und Anpassung an die neuen Mandate, die in beiden Ländern die Schließung ihrer Außenstellen erforderlich machten, jedoch die Fortsetzung ihrer landesweiten themenspezifischen Tätigkeit in allen drei Dimensionen der OSZE bestätigten, abhängig vom Bedarf und den Prioritäten der Regierung ihres jeweiligen Gastlandes.

Das KVZ war den Feldoperationen und der Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen dabei behilflich, die Finanzierung und Unterstützung für die mittelfristige Zukunft der OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement in Duschanbe sicherzustellen. Darüber hinaus half das KVZ auch der OSZE-Akademie in Bischkek bei der Beschaffung der erforderlichen Geldmittel für deren mittelfristige Zukunft und bei der Entwicklung einer neuen Finanzierungsstrategie.

AKTIVITÄTEN IN SÜDOSTEUROPA

Das KVZ bemühte sich um den Abbau der politischen Spannungen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. Dazu unterstützte es insbesondere den OSZE-Generalsekretär und den Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE bei ihren Besuchen im März beziehungsweise Mai. Gemeinsam mit dem OSZE-Vorsitz, der Mission in Skopje, den OSZE-Institutionen und der Parlamentarischen Versammlung half das KVZ dem Land bei der Umsetzung seiner Reformagenda und der Stärkung seiner Fähigkeit zur Umsetzung der OSZE-Prinzipien und –Verpflichtungen.

BEOBACHTUNG DER ENTWICKLUNGEN RUND UM DIE UHR

Das Lage-/Nachrichtenzentrum – ein entscheidendes Bindeglied in der Sicherheitskette zwischen dem Sekretariat und den OSZE-Feldoperationen – beobachtete 2017 wieder Entwicklungen, die Auswirkungen auf die Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum haben können:

- 515 tägliche Briefings am Vormittag und Nachmittag an Werktagen, sowie bei Bedarf auch an offiziellen Feiertagen
- 1591 Updates und Sonderberichte
- 9276 Warnmeldungen ausgegeben
- 210 Berichte von Feldoperationen an die Delegationen außerhalb der regulären Arbeitszeiten weitergeleitet

FRÜHWARNUNG

Das KVZ förderte wie bisher eine strukturierte und systematische Vorgehensweise bei Frühwarnaktivitäten in der gesamten Organisation, insbesondere durch das Netzwerk der Anlaufstellen für Frühwarnung in den Durchführungsorganen der OSZE. Es veranstaltete die sechste Jahrestagung des Netzwerks, an der 30 Vertreter zum Informationsaustausch und Kapazitätsaufbau zusammenkamen. Angesichts der unentbehrlichen Rolle der Konfliktanalyse für die Frühwarnung sind die vom KVZ vermittelten Konfliktanalyse-Workshops ein wichtiges Werkzeug für den Kapazitätsaufbau. Daneben ermöglichte das KVZ eine Reihe von regionalen Treffen und anderen Veranstaltungen, bei denen der Einsatz des OSZE-Instrumentariums im Konfliktzyklus im Mittelpunkt stand.

MEDIATIONSUNTERSTÜTZUNG

Das Team für Mediationsunterstützung (MST) des KVZ bot Mediations- und Dialogvermittlung an und spielte eine zunehmend wichtige Rolle in Mediationsformaten unter OSZE-Leitung. Aufgrund von Beobachtungen in den Verhandlungen im Rahmen des Prozesses zur Beilegung der Transnistrien-Frage, der GID und der TCG versorgte das Team die Mediatoren in diesen Prozessen mit methodischen Rückmeldungen. Das MST hielt seinen zweijährlichen OSZE-Mediationskurs ab, bei dem ausgewählten Mitarbeitern der OSZE-Durchführungsorgane und der Troika Mediationskenntnisse vermittelt werden. Gemeinsam mit der Abteilung Genderfragen der OSZE und dem österreichischen Vorsitz organisierte das Team eine Klausur, bei der die Inklusion der Frauen und die Wirksamkeit von Friedensprozessen erörtert wurden.

UMSETZUNG DER POLITISCH-MILITÄRISCHEN VERPFLICHTUNGEN

Die KVZ-Abteilung FSK-Unterstützung hielt zahlreiche Veranstaltungen zum Thema Kapazitätsaufbau und Sensibilisierung der Öffentlichkeit ab, die sich konkret mit dem Wiener Dokument 2011, Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW), dem Verhaltenskodex und anderen vereinbarten vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) befassten.

Die Abteilung unterstützte auch den Strukturierten Dialog, um ein besseres Verständnis für die gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen für die Sicherheit im OSZE-Raum zu schaffen. Er könnte – gemäß der Ministererklärung von 2016 „Von Lissabon bis Hamburg: Erklärung zum 20. Jahrestag des Rahmens für Rüstungskontrolle der OSZE“ – eine geeignete Grundlage für Fortschritte in den Bemühungen um die Wiederherstellung von Vertrauen zwischen den Teilnehmerstaaten bilden.

Die Abteilung FSK-Unterstützung trug alle ausgetauschten militärischen Informationen zusammen und stellte den Teilnehmerstaaten Übersichten und Implementierungsberichte zur Verfügung. Sie setzte 2017 ihre Hilfe für Projektaktivitäten betreffend SALW und die Verwaltung von Lagerbeständen konventioneller Munition fort. In Belarus wurden über 580 von 690 Tonnen Raketentreibstoffkomponenten, auch Mélange genannt, sicher aus dem Land geschafft und einer umweltgerechten Entsorgung zugeführt. In Bosnien und Herzegowina, Moldau und Serbien wurde die physische Sicherheit und Sicherung von Lagerbeständen verbessert. In Georgien ist die Vernichtung von Streu- und Fliegerbomben und Artilleriegeschossen im Gange, wobei bisher rund 347 von 461 Tonnen vernichtet wurden. Die Umsetzung des Programms zur Unbrauchbarmachung von Munition in Montenegro (MONDEM) wurde bis Ende 2018 verlängert, um seine Wirksamkeit zu steigern. In der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien wurde begonnen, die physische und IT-Sicherheit von SALW- und Munitionslagerbeständen in 15 Grenzpolizeistationen und in einem Regionalzentrum für Grenzangelegenheiten zu verbessern.

Die Abteilung setzte ihre Unterstützung für die Vertragsstaaten des Friedensübereinkommens von Dayton bei der Umsetzung des Übereinkommens über subregionale Rüstungskontrolle gemäß Anhang 1-B Artikel IV und für die OSZE-Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen fort. Außerdem half sie weiter mit bei der Erarbeitung eines kohärenteren Vorgehens der OSZE-Durchführungsorgane in Sachen Governance und Reform des Sicherheitssektors.

AUSTAUSCH VON INFORMATIONEN ZWISCHEN DEN OSZE- TEILNEHMERSTAATEN

Wie im Wiener Dokument 2011 vorgesehen, erleichterte das KVZ auch 2017 wieder den Austausch militärischer Informationen zwischen den Teilnehmerstaaten. Dieser Informationsaustausch ist ein wesentliches Element der Vertrauensbildung im OSZE-Raum. Das 1990 mit der Charta von Paris für ein Neues Europa geschaffene OSZE-Kommunikationsnetz bietet allen Teilnehmerstaaten einen verlässlichen, schnellen und sicheren Kommunikationsweg für die Übermittlung von Informationen in allen Dimensionen.

UNTERSTÜTZUNG FÜR DAS PROGRAMM- UND PROJEKTMANAGEMENT

2017 erstellte das KVZ zum ersten Mal in der Geschichte der Organisation einen umfassenden Überblick über die Projektmanagementportfolios sowie über die wichtigsten Leistungskennzahlen nach Programmhaushalt für alle Durchführungsorgane der OSZE. Es setzte überdies seine Unterstützung für das Sekretariat und die Feldoperationen beim Programm- und Projektmanagement fort und stellte sicher, dass bei allen außerbudgetären Projektvorschlägen eine Qualitätskontrolle gegeben ist und das Gemeinsame Verwaltungsregelwerk der OSZE eingehalten wird. Es stellte Expertenberatung zu 92 Projektvorschlägen im Wert von 40,3 Millionen EUR und zu SMM-Aktivitäten bereit, die aus freiwilligen Beiträgen in Höhe von 21,1 Millionen EUR finanziert werden. Ferner veranstaltete das KVZ elf Schulungsveranstaltungen im Sekretariat und in sieben Feldoperationen zu den Themen Projektzyklusmanagement, Programm- und Projektplanung und Selbstevaluierung, an denen mehr als 210 OSZE-Mitarbeiter teilnahmen.

AUSEINANDERSETZUNG MIT DER VERTRIEBENENPROBLEMATIK IN SÜDOSTEUROPA

Das KVZ unterstützte im Berichtsjahr erneut die Durchführung des Regionalen Programms zur Wohnraumbeschaffung, dieses hervorragenden Beispiels für die Zusammenarbeit zwischen den Staaten in der Region und internationalen Organisationen, das sich mit den Anliegen der rund 74 000 bedürftigen Personen befasst, die aufgrund der Vertreibungen im Zuge des Konflikts der Jahre 1991 bis 1995 noch immer heimatlos sind.

2017 wurden in Bosnien und Herzegowina 321 Wohneinheiten fertiggestellt, die zu 40 Prozent bereits von Bezugsberechtigten bewohnt werden. In den Gemeinden wurden außerdem drei Wohnhäuser (35 Wohnungen) fertiggestellt.

In Serbien wurden 1207 Unterbringungsmöglichkeiten für die bedürftigsten Anspruchsberechtigten gefunden. Eine Wohnanlage mit 235 Wohnungen in Belgrad, eine der größten Baustellen des Programms, wurde fertiggestellt; an einer anderen Baustelle in Belgrad wurde mit der Errichtung eines Wohnhauses mit 270 Wohnungen für bereits ausgewählte Anspruchsberechtigte begonnen.

In Montenegro wurden 182 Wohneinheiten übergeben: 62 in Nikšić und 120 Familienwohnungen in Podgorica/Konik. Mit dem Bau weiterer 51 Wohnungen wurde im Mai 2017 begonnen.

Grenzüberschreitende Bedrohungen

Koordinatorin für Aktivitäten zur Befassung mit grenzüberschreitenden Bedrohungen:

Rasa Ostrauskaite

Haushalt: 2 955 500 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 2 221 361 EUR

(aus außerbudgetären Mittelzusagen)

Personal: 33 (davon 6 im Rahmen außerbudgetärer Projekte)

www.osce.org/secretariat/cyber-ict-security

www.osce.org/secretariat/policing

www.osce.org/secretariat/terrorism

www.osce.org/secretariat/borders

polis.osce.org

Die OSZE-Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen (TNTD) unterstützte die Teilnehmerstaaten und Kooperationspartner der OSZE 2017 wieder, auf deren Ersuchen, bei ihren Bemühungen, grenzüberschreitende Bedrohungen abzuwehren. Die Abteilung half bei der Umsetzung der politischen Verpflichtungen in wirksame und nachhaltige Aktivitäten, unter anderem durch Einberufung von Expertentreffen, den Austausch von Informationen und vorbildlichen Verfahrensweisen und die koordinierte Durchführung von Projekten und Aktionsplänen. Die Abteilung besteht aus einer Koordinierungsgruppe, die sich unter anderem mit Sicherheitsfragen im Bereich Cyber/Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) befasst, sowie aus drei nach Themen gegliederten Referaten: dem Referat Terrorismusbekämpfung, dem Referat Grenzsicherung und -management und dem Referat Strategische Polizeiangelegenheiten.

CYBER- UND IKT-SICHERHEIT

Für viele Staaten stellt der Erwerb von Cyber-Fähigkeiten einen Schwerpunkt dar, was die Komplexität des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch einen zusätzlichen Aspekt erhöhte. Um das mit der Nutzung der IKT verbundene Konfliktrisiko zu verringern, half die Abteilung 2017 den OSZE-Teilnehmerstaaten bei der Entwicklung von Kommunikationsmechanismen für den Krisenfall zur Verhinderung einer Eskalation, unter anderem durch Nutzung des OSZE-Kommunikationsnetzes, um anderen Staaten Besorgnisse zur Kenntnis zu bringen.

Die Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen setzte ihre Unterstützung für die Teilnehmerstaaten, auf deren Ersuchen, bei der Umsetzung der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VBM) der OSZE im Bereich der Cyber/IKT-Sicherheit fort. Dazu wurde unter anderem eine Analyse der Herausforderungen, mit denen die Staaten bei der Umsetzung der VBM konfrontiert sind, in Auftrag gegeben und die Entwicklung eines Arbeitsplans zur Bewältigung dieser Herausforderungen gefördert. Ferner ermöglichte es eine interregionale Konferenz über Cyber/IKT-Sicherheit den OSZE-Kooperationspartnern in Asien, einen Beitrag zur Cyber-Stabilität zwischen den Staaten zu leisten. Mittels sub-regionaler Schulungsveranstaltungen zu Themen wie nationale Gefahrenabwehr, Strategien und Belastungsfähigkeit wurde die Zusammenarbeit zwischen Entscheidungsträgern und technischen Experten in Cyber/IKT-Fragen gefördert.

TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

Aktivitäten zur Terrorismusbekämpfung hatten auch im Berichtsjahr wieder hohe Priorität. Verhütung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen (VERLT), waren das zentrale Thema der OSZE-weiten Antiterrorismus-Konferenz, bei der die Bedeutung eines vielschichtigen Ansatzes in der Bekämpfung des Terrorismus und seiner Ursachen betont wurde. Zu dieser Veranstaltung versammelten sich über 500 hochrangige Teilnehmer, Fachleute aus der Praxis und Wissenschaft und Vertreter der Zivilgesellschaft aus den meisten OSZE-Teilnehmerstaaten sowie von allen Kooperationspartnern, aus 35 internationalen und regionalen Organisationen und über 95 zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Vertreter der Jugend unterstrichen die Wichtigkeit ihres Engagements und erklärten erneut, Teil der Lösung für die vom Terrorismus ausgehende Bedrohung zu sein. Sie stellten Empfehlungen vor, die bei vier subregionalen Jugend-Workshops unter der Schirmherrschaft der Kampagne #United CVE in den sozialen Medien erarbeitet worden waren, die ihrerseits über 40 Millionen Menschen online erreichte.

Zur Unterstützung nationaler Maßnahmen gegen die Finanzierung des Terrorismus wurden in Kirgisistan und Kasachstan in Zusammenarbeit mit dem Globalen Programm gegen Geldwäsche des UNODC eine Reihe von Schulungsveranstaltungen für Fortgeschrittene und „Train-the-Trainer“-Seminare zu den Themen Analyse, Untersuchung, Austrocknung der Finanzierungsquellen von terroristischen Netzwerken und mit der Aufnahme von Fällen in die VN-Sanktionsliste begonnen.

Angesichts des verstärkten Interesses einiger Teilnehmerstaaten wurden in Belgrad, Pressburg, Skopje und Tirana vier nationale Risikobewertungs- und Krisenmanagementübungen über den Schutz nicht nuklearer kritischer Energieinfrastruktur vor Terroranschlägen aus dem Cyberspace abgehalten. Um die Nutzung des Internets durch Terroristen zu verhindern, wurde ein öffentlich zugänglicher Kurs ins Netz gestellt, der darüber informiert, wie sich Terroristen für ihre schändlichen Zwecke des Internets bedienen, und erklärt, wie diese Bedrohung abgewehrt werden kann. In Prishtinë/Priština und Astana wurden auf der Grundlage des Memorandums von Rabat des Globalen Forums Terrorismusbekämpfung Seminare über die Förderung einer im Einklang mit den rechtsstaatlichen Grundsätzen stehenden strafrechtlichen Reaktion auf den Terrorismus abgehalten. Es gab Schulungen über die Verhütung und Bekämpfung von Geiselnahmen zur Lösegelderpressung für NGOs, die in Gegenden mit hohem Risiko arbeiten, sowie für Strafverfolgungsbeamte, die mit der Aufklärung solcher Fälle befasst sind. Ein nationales Seminar über ein Vorgehen, das die ganze Gesellschaft in die Verhütung und Bekämpfung von VERLT einbezieht, fand in Ulan Bator statt.

GRENZSICHERUNG UND -MANAGEMENT

Das Netzwerk der nationalen Anlaufstellen für Grenzsicherung und -management (BSM) der OSZE förderte erneut den Dialog und die Vernetzung durch Ausbildungsveranstaltungen sowie Seminare und Arbeitstagen zu einzelnen Themen. Im März fand in Österreich die vom österreichischen OSZE-Vorsitz geförderte Jahrestagung des Netzwerks statt, bei der neue Arten der Bedrohung und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Mittelpunkt standen.

Das mobile Ausbildungsteam der OSZE bestehend aus 17 Grenzschutzbeamten und Beamten für Terrorismusbekämpfung zur Identifizierung potenzieller ausländischer terroristischer Kämpfer hielt Kurse in Bosnien und Herzegowina, in der Ukraine und in Usbekistan ab.

Das erste OSZE-weite Seminar über den Austausch von Fluggastdaten fand nach einer Reihe nationaler Workshops zur Einrichtung eines Systems zur Vorabübermittlung von Fluggastdaten in Albanien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Montenegro und Kirgisistan im September statt.

Die TNTD entwickelte einen Leitfaden über Grenzfestlegung und Grenzziehung, der eine Zusammenstellung bewährter Methoden aus dem OSZE-Raum enthält und im November in Belarus vorgestellt wurde.

Die Abteilung richtete ein Netzwerk von Kontaktstellen für BSM im Mittelmeerraum ein und veranstaltete in Zypern und Italien Workshops über die Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern.

POLIZEILICHE AKTIVITÄTEN ZUR ABWEHR GRENZÜBERSCHREITENDER BEDROHUNGEN

Die TNTD konzentrierte sich im Berichtsjahr auf den Aufbau von Strafverfolgungskapazitäten in den OSZE-Teilnehmerstaaten, indem sie bei der Entwicklung und Reform der Polizei Hilfestellung leistete und sich mit der organisierten Kriminalität, der Terrorismusbekämpfung, illegalen Drogen, dem Menschenhandel, dem Migrantenschmuggel und Cyberverbrechen befasste.

Sie veröffentlichte ein Handbuch über erkenntnisgestützte Polizeiarbeit in Englisch, Albanisch, Bosnisch, Kroatisch, Serbisch, Mazedonisch und Russisch. Nach der Vorstellung des Handbuchs in Wien hielt sie zwei regionale Veranstaltungen in Skopje und Astana ab.

Als Reaktion auf den Zustrom von Migranten in den letzten Jahren, einer besonderen Herausforderung für die Länder in Südosteuropa (SOE), organisierten die Abteilung und das Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels gemeinsam mit der IOM und dem UNODC ein Regionalseminar über migrationsbedingte Kriminalität in SOE.

In Belarus und Usbekistan veranstaltete die TNTD Schulungen und leistete Aufklärungsarbeit zu der durch das Darknet und Kryptowährungen geförderten Drogenkriminalität. Die OSZE-weite Antidrogenkonferenz 2017 befasste sich mit den Zusammenhängen zwischen illegalen Drogen, organisierter Kriminalität und Terrorismus.

Geld ist der wichtigste Anreiz und die wichtigste Motivation für schwere Verbrechen. „Verbrechen soll sich nicht auszahlen“ war der Titel des Jahrestreffens von OSZE-Polizeixperten 2017, bei dem Möglichkeiten zur Verstärkung der Maßnahmen zur Identifizierung und Rückverfolgung illegaler Kapitalflüsse und zur Einziehung krimineller Erträge besprochen wurden.

Aktivitäten im Wirtschafts- und Umweltbereich

Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE: **Botschafter Vuk Žugić**
Haushalt: 2 262 000 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 2 045 230 EUR (aus außerbudgetären Mittelzusagen)

Personal: 22

www.osce.org/secretariat/economic

www.osce.org/secretariat/environmental

www.osce.org/secretariat/eeforum

Im Sinne der vom österreichischen OSZE-Vorsitz festgelegten Prioritäten in der zweiten Dimension verstärkte das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE (OCEEA) sein Engagement in den Bereichen wirtschaftliche Teilhabe und Ökologisierung der Wirtschaft, unter anderem auch im Rahmen des Wirtschafts- und Umweltforums, das 2017 sein 25-jähriges Bestehen feiern konnte.

Die Ökologisierung der Wirtschaft und der Aufbau von Sicherheitspartnerschaften in der OSZE-Region bildeten den Schwerpunkt des 25. Wirtschafts- und Umweltforums der OSZE. Die Erörterungen im Zuge der Treffen trugen zum Beschluss des Ministerrats „Förderung der wirtschaftlichen Teilhabe im OSZE-Raum“ bei. Als Maßnahme im Anschluss an das zweite Vorbereitungstreffen des Forums in Astana veranstaltete das OCEEA eine OSZE-Expertenarbeitsstagung über die Weitergabe nachahmenswerter Verfahren im Bereich erneuerbare Energie an Zentralasien, der im Dezember in Wien abgehalten wurde.

KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG

Das OCEEA unterstützte die OSZE-Teilnehmerstaaten bei der Entwicklung und Umsetzung von Instrumenten und Mechanismen für Korruptionsbekämpfung. In der Mongolei führte es einen Ausbildungskurs für gemeinschaftliche Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung durch. Das Büro arbeitete einen Katalog von Empfehlungen zur Verbesserung der Rechtssicherheit, der Effizienz und Kohärenz in Verwaltungsverfahren aus, den es dem Großen Staats-Chural, dem Parlament der Mongolei, unterbreitete.

Das OCEEA beantwortete auch direkte Hilfeersuchen aus Teilnehmerstaaten. Aus einer Mission zur Beurteilung des Korruptionsbekämpfungsbedarfs in der Ukraine entstand eine Zusammenarbeit mit westukrainischen Stadtverwaltungen, deren Ziel die Entwicklung eines Instrumentariums zur Verstärkung von Verfahren verantwortungsvoller Regierungsführung war.

In Wien veranstaltete das OCEEA einen Workshop zu angewandten politischen Strategien und vorbildlichen Verfahren zur Korruptionsbekämpfung für leitende Vertreter von Korruptionsbekämpfungsbehörden aus Moldau, der Mongolei, der Ukraine und Tadschikistan.

BEKÄMPFUNG DER GELDWÄSCHE

Auch in diesem Jahr war das OCEEA den Teilnehmerstaaten bei der Durchführung nationaler Risikobewertungen und der Stärkung ihrer Fähigkeit zur Verhütung und Unterbindung von Geldwäsche behilflich. Es unterstützte die moldauische Regierung bei der Einführung der nationalen Risikobewertung (NRA) und eines Aktionsplans zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Die OSZE, die Weltbank und die EU veranstalteten gemeinsam eine Arbeitstagung für Beteiligte, bei der die Ergebnisse der NRA überprüft und die noch offenen Herausforderungen im Bereich Rechtsetzung und Durchsetzung behandelt werden sollten.

KONNEKTIVITÄT UND ERLEICHTERUNG VON VERKEHR UND HANDEL

Ausgehend vom Beschluss des Ministerrats von Hamburg über die Stärkung von guter Regierungsführung und Förderung der Konnektivität leistete das OCEEA Kasachstan und Belarus Hilfestellung bei der Gestaltung ihrer Handelserleichterungsbemühungen. Bei seinen Bedarfserhebungs- und Konsultationsmissionen erteilte das OCEEA Handlungsempfehlungen und Ratschläge für die Verstärkung des Dialogs und der Koordinierung zwischen den maßgeblichen Beteiligten aus dem öffentlichen und privaten Bereich.

GESTALTUNG UND STEUERUNG DER ARBEITSMIGRATION

Das Jahr 2017 stand im Zeichen erneuter und fortgesetzter Bemühungen, ein größeres Bewusstsein und Verständnis für die zentralen Herausforderungen in Bezug auf die Gestaltung und Steuerung der Arbeitsmigration zu schaffen, als Folge der Verabschiedung des Ministerratsbeschlusses von Hamburg über die Rolle der OSZE bei der Gestaltung und Steuerung großer Migranten- und Flüchtlingsbewegungen und im Lichte der aktuellen Diskussionen rund um die Verabschiedung des globalen Pakts der Vereinten Nationen für eine sichere, geordnete und reguläre Migration. Auf dem Expertentreffen, das die OSZE zum Thema *Strengthening the Resilience of Local Communities to the Presence of Migrants* (Stärkung der Belastungsfähigkeit örtlicher Gemeinwesen gegenüber der Anwesenheit von Migranten) abhielt, wurden Bereiche für eine verstärkte Zusammenarbeit hinsichtlich großer Bevölkerungsbewegungen ermittelt.

Zur Feier des Internationalen Tages der Migranten veranstaltete das Büro das zweite Jahr in Folge eine hochrangig besetzte Podiumsdiskussion zum Thema *Perception ist not Reality: Towards a New Narrative of Migration* (Wahrnehmung ist nicht Wirklichkeit – auf dem Weg zu einem neuen Migrationsnarrativ). Im Zentrum der Diskussion standen die Darstellung von Migration und deren Auswirkungen auf die öffentliche Meinung. Der Sommerkurs zu Migrationsforschung, der in Prag stattfand, war eine gemeinsame Veranstaltung mit der IOM und bot den Feldoperationen der OSZE Gelegenheit, Kontakte zu knüpfen und sich auszutauschen.

2017 wurde der 20. Jahrestag der Schaffung des Postens des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE begangen, der mit dem Mandat versehen ist, „für eine kompetentere Behandlung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Aspekte der Sicherheit durch den Ständigen Rat und die OSZE-Institutionen zu sorgen“. Im April 2017 wurde Botschafter Vuk Žugić zum Koordinator bestellt. In seinem Bericht an den Ständigen Rat stellte er fest: „Es hat sich gezeigt, dass die Wirtschafts- und Umweltdimension der Organisation ein Werkzeug für die Vertrauensbildung unter den Teilnehmerstaaten in die Hand gibt. Die langjährigen Aktivitäten des Büros in Bereichen wie guter Regierungsführung und Korruptionsprävention, Wasserdiplomatie, Katastrophenvorsorge, Energie und der neu hinzugekommenen wirtschaftlichen Konnektivität sind ausgezeichnete Beispiele dafür.“

WASSERBEWIRTSCHAFTUNG

In Fortsetzung ihres jahrelangen Engagements im Einzugsgebiet des Dnister/Nistru unterstützte die OSZE die Aushandlung, Unterzeichnung und Ratifikation des zwischen Moldau und der Ukraine geschlossenen Vertrags über die Bewirtschaftung des Einzugsgebiets des Dnister/Nistru. Der Vertrag, ein moderner Rahmenvertrag für grenzüberschreitende Wasserbewirtschaftung und nachhaltige Entwicklung, trat im Juli 2017 in Kraft. Um seine Umsetzung zu unterstützen, nahm das OCEEA gemeinsam mit den OSZE-Feldoperationen, dem UNDP und der UNECE ein neues, von der Globalen Umweltfazilität finanziertes Projekt auf.

Das Büro führte auch Aktivitäten durch, um Kontakte zwischen Wasserexperten aus Zentralasien und Afghanistan herzustellen, wobei man besonders auf Wissenschaftler, Frauen und Jugendliche abzielte. Im Südkaukasus wurden die technischen Konsultationen über den Entwurf eines Rahmenabkommens zwischen Aserbaidschan und Georgien über das Einzugsgebiet des Flusses Kura abgeschlossen; damit können die offiziellen Verhandlungen zwischen den beiden Ländern beginnen.

FÖRDERUNG VON ENERGIESICHERHEIT UND ERNEUERBAREN ENERGIEN

Das OCEEA unterstützte die OSZE-Teilnehmerstaaten auch in diesem Jahr beim Aufbau von Kapazitäten für erneuerbare Energie und Energieeffizienz. Zu diesem Zweck organisierte es unter anderem eine Arbeitstagung zu ökologischen Baunormen in Astana (Kasachstan) im September sowie einen Österreich-Besuch von Energieexperten aus Turkmenistan, wo es außerdem bei der Entwicklung eines strategischen Fahrplans für Sonnenenergie behilflich war.

KLIMAWANDEL UND SICHERHEIT

Im Sommer 2017 wurde ein Projekt zu Klimawandel und Sicherheit in Osteuropa, Zentralasien und dem südlichen Kaukasus erfolgreich abgeschlossen, das unter OSZE-Führung im Rahmen der Umwelt- und Sicherheitsinitiative ENVSEC und mit Unterstützung durch die EU und die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit durchgeführt worden war. Die wichtigsten Ergebnisse des Projekts waren eine Lagebeurteilung für jede Region in Bezug auf Klimawandel und Sicherheit, eine grenzüberschreitende Anpassungsstrategie für das Einzugsgebiet des Dnister und die Schärfung des Bewusstseins für mögliche durch den Klimawandel bedingte Sicherheitsrisiken sowie die Stärkung der Fähigkeit zu deren Abschätzung. Das OCEEA begann mit der Vorbereitung eines Folgeprojekts, in das nach Möglichkeit auch Länder aus Südosteuropa eingebunden werden sollen.

KATASTROPHENVORSORGE

Das OCEEA setzte seine Unterstützung für Katastrophenvorsorgeaktivitäten fort, die bei den örtlichen Gemeinschaften ansetzen. In ausgewählten Ländern in Südosteuropa und Zentralasien wurde das Projekt für Katastrophenvorsorge und Sicherheit im OSZE-Raum durchgeführt, in dessen Rahmen das OCEEA örtliche Ausbildungskurse veranstaltete und die Ausarbeitung örtlicher Katastrophenvorsorgepläne und die Zusammenarbeit zwischen benachbarten grenzüberschreitenden Kommunalverwaltungen unterstützte.

GUTE REGIERUNGSFÜHRUNG IM UMWELTBEREICH

Das 14 OSZE-Teilnehmerstaaten umfassende Netzwerk der 60 Aarhus-Zentren, die von der OSZE unterstützt werden, beging 2017 den fünfzehnten Jahrestag seines Bestehens. Diese Zentren fungieren als Plattform, über die sich Bürger, Regierung und Privatwirtschaft über umweltpolitische Herausforderungen austauschen können. Bei der sechsten Tagung der Vertragsparteien des Übereinkommens von Aarhus in Budva (Montenegro) besprachen die Mitglieder des Netzwerks ihren Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.

BEHANDLUNG GEFÄHRLICHER ABFÄLLE

Die OSZE half den Ländern des Südkaukasus bei der Bewältigung der Umweltrisiken, die von den gefährlichen Altlasten ausgehen, die an aufgelassenen Industriestandorten gelagerte Abfälle darstellen. In Georgien war die OSZE bei der Risikobewertung für ausgewählte Standorte sowie der Erstellung einer Prioritätenliste für Krisenherde anhand Größenordnung und Schweregrad behilflich und arbeitete Risikominderungsmaßnahmen aus. Ähnliche Aktivitäten wurden auch in Armenien in Angriff genommen. Die Ergebnisse der Bewertungen sollen in die Entwicklung von Strategien und Aktionsplänen in Armenien und Georgien einfließen.

Angesichts seismischer Aktivität und der Nähe grenzüberschreitender Wasserläufe stellen die Uranmülldeponien in Zentralasien nicht nur eine Bedrohung für die örtliche Bevölkerung, sondern auch für die Sicherheit der ganzen Region dar. Mit Unterstützung der EU und im Rahmen der ENVSEC-Initiative förderte die OSZE durch Schulungs- und bewusstseinsbildende Aktivitäten, die von den Aarhus-Zentren durchgeführt wurden, die Heranziehung der beteiligten Akteure zur Sanierung der Uran-Altlasten an mehreren als vorrangig eingestuften Standorten, wie etwa in Maili-Suu (Kirgisistan).

Bekämpfung des Menschenhandels

Sonderbeauftragte und Koordinatorin: **Botschafterin Madina Jarbussynowa**

Haushalt: 1 003 300 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 437 229 EUR (aus außerbudgetären Mittelzusagen)

Personal: 10

www.osce.org/secretaria/trafficking

Das Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels hilft den Teilnehmerstaaten in ihren Bemühungen um die Verhütung des Menschenhandels, die strafrechtliche Verfolgung der Täter dieses abscheulichen Verbrechens und den Schutz der Opfer. Inmitten unveränderter Krisenlagen in und um die OSZE-Region bemühte sich das Büro der Sonderbeauftragten um die Entwicklung bewährter Verfahren für die Verstärkung strafrechtlicher Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Verbrechens und führte Länderbesuche durch, um diese Verfahren weiterzugeben. Das Büro war auch bemüht, die Zusammenarbeit mit Partnerschaften zu begünstigen, in denen die unterschiedlichen Beteiligten vertreten sind.

MENSCHENHANDEL IN KRISENSITUATIONEN UND HUMANITÄRE NOTFÄLLE

Das Risiko des Menschenhandels, insbesondere zum Zwecke der Ausbeutung der Sexualität und der Arbeitskraft ist nach wie vor in und um die OSZE-Region im Zunehmen, was auf krisenhafte Ereignisse wie große Migrationsbewegungen, Konflikte, Vertreibung und humanitäre Notfälle zurückzuführen ist. Der Menschenhandel in Krisensituationen stand auch in diesem Jahr im Mittelpunkt. 2017 besuchte die Sonderbeauftragte in offizieller Mission Zentren für Erstaufnahme und vorübergehenden Schutz in Griechenland, Italien und Serbien. Das Ergebnis dieser Informationsbesuche war die Bedarfsermittlungsbroschüre *First Identification and Reception Facilities for Refugees and Migrants in the OSCE Region*, die im Anschluss an diese Besuche vom Büro veröffentlicht wurde. In der Ukraine führte das Büro Ausbildungskurse für die Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine durch, bei denen die Beobachter darin unterwiesen wurden, wie sie Verdachtsfälle von Menschenhandel melden und sicherstellen, dass die Mission mit ihren Aktivitäten zu keiner Form der Ausbeutung beiträgt. Seit Juni 2017 erforscht das Büro die möglichen Zusammenhänge zwischen terroristischen Aktivitäten und Menschenhandel, wofür es Fälle und Fallstudien aus der gesamten OSZE-Region erfasst und auswertet, in denen Menschen von terroristischen Gruppen unter Täuschung oder der Anwendung von Zwang zum Zwecke unterschiedlicher Formen der Ausbeutung angeworben wurden.

SIMULATIONSÜBUNG IN ECHTZEIT FÜR DIE BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS ENTLANG VON MIGRATIONSROUTEN

Mehr als 190 Strafverfolgungsbeamte, Rechtsanwälte, Staatsanwälte, Arbeitsinspektoren, Ermittler der Finanz- und Kriminalpolizei, Journalisten, Vertreter staatlicher Sozialdienste, Kulturvermittler und Vertreter der Zivilgesellschaft aus 47 OSZE-Teilnehmerstaaten und vier Kooperationspartnerländern nahmen an drei Simulationsübungen in Echtzeit teil, die die OSZE in Vicenza (Italien) durchführte. Zweck dieser Fortbildung war die Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die Auseinandersetzung mit den rechtlichen Rahmenbedingungen für Opfererkennung und Opferschutz, die Sensibilisierung für den genderspezifischen Aspekt des Menschenhandels, der verstärkte Einsatz finanztechnischer

Instrumente für die Ausforschung von Menschenhändlern und die Entschädigung der Opfer, sowie die Ermittlung neuer Methoden für die Verstärkung der Zusammenarbeit und des Datenaustauschs auf nationaler und internationaler Ebene. Die Simulationsübungen stellten Fälle von sexueller und Arbeitsausbeutung von Migranten und Kindern nach, wobei der Schwerpunkt auf der wirksamen Ermittlung und strafrechtlichen Verfolgung unter Einhaltung eines opferzentrierten Ansatzes lag.

LÄNDERBESUCHE

Zur Unterstützung der OSZE-Bemühungen um die Bekämpfung des Menschenhandels unternahm das Büro der Sonderbeauftragten eine Reihe von Länderbesuchen zu Gesprächen mit Regierungen, Parlamentariern und Angehörigen der Justiz sowie mit internationalen Organisationen und NGO. Diese Besuche und Folgebesuche führten in mehrere OSZE-Teilnehmerstaaten, darunter Kanada, Dänemark, die Russische Föderation und die Mongolei. Länderberichte wurden zu Armenien, der Russischen Föderation und der Türkei veröffentlicht.

DEM KINDERHANDEL EINHALT GEBIETEN

Da Kinder ganz besonders verwundbar für Ausbeutung der Sexualität und der Arbeitskraft, Zwangsverheiratung, Organentnahme, Bettelei und andere kriminelle Handlungen sind, befasste sich die 17. Konferenz der Allianz gegen Menschenhandel im April 2017 vorrangig mit der Erhebung der Bedrohungen, denen Kinder in Krisen ausgesetzt sind, mit vielversprechenden Verfahren für Schutzsysteme und der Entwicklung von Strategien zur Prävention und Bekämpfung des Kinderhandels. Die Konferenz lieferte die Grundlage für konkrete Erörterungen, aus denen praktische und auf Kinder abgestellte Empfehlungen hervorgingen, deren Hauptaugenmerk den Menschenrechten und dem Kindeswohl gilt.

DIE VERHÜTUNG VON MENSCHENHANDEL IN VERSORGUNGSKETTEN DURCH STAATLICHE VERFAHREN UND MASSNAHMEN

Im November 2017 veranstaltete das Büro der Sonderbeauftragten in Genf den letzten von fünf Workshops über die Verhütung des Menschenhandels in Versorgungsketten durch staatliche Verfahren und Maßnahmen. Auch die Workshops des Büros in Berlin, London, Stockholm und Astana waren gut besucht. Die Teilnehmer daran kamen aus Regierungsbehörden, der Zivilgesellschaft, internationalen Organisationen, der Privatwirtschaft und der Wissenschaft. Erörtert wurden dabei unter anderem vielversprechende Verfahren zur Verhütung des Menschenhandels im öffentlichen Beschaffungswesen und in Versorgungsketten. Im Dezember 2017 stellte das Büro den ersten Entwurf für einen Leitfaden *Flexible Model Guidelines for Governments on Preventing Trafficking in Human Beings in Supply Chains* (Flexible Musterleitfäden für Regierungen für die Verhütung des Menschenhandels in Versorgungsketten) fertig, mit dem Ziel, die Strategien und Rechtsvorschriften in der gesamten OSZE-Region zu vereinheitlichen, damit sich die Unternehmen nicht nach unterschiedlichen Vorschriften und Gerichtsständen richten müssen.

KONFERENZ ÜBER ÖFFENTLICH-PRIVATE PARTNERSCHAFTEN IN MOSKAU

In Zusammenarbeit mit dem Außenministerium der Russischen Föderation veranstaltete das Büro im Juli 2017 am staatlichen Moskauer Institut für internationale Beziehungen eine OSZE-weite zweitägige Konferenz über öffentlich-private Partnerschaften und die Bekämpfung des Menschenhandels. Rund 200 Vertreter aus 40 OSZE-Teilnehmerstaaten und Ländern der Kooperationspartner sowie Ländern außerhalb des OSZE-Raums, aus internationalen Organisationen, nichtstaatlichen Gruppen, dem privaten Sektor, Gewerkschaften, der Welt der Wissenschaft und den Medien nahmen an dieser Veranstaltung teil. Sie erörterten die maßgeblichen internationalen rechtlichen Grundlagen und Verträge, das Ausmaß des Menschenhandels in der Privatwirtschaft, die Rolle der öffentlichen Hand und des privaten Sektors und die diesbezüglichen Projekte und -Aktivitäten der OSZE.

Geschlechtergleichstellung

Leitende Beraterin für Genderfragen: **Armasanaa Darisuren**

Haushalt: 426 800 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 235 208 EUR (aus außerbudgetären Mittelzusagen)

Personal: 8

www.osce.org/secretariat/gender

Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein vorrangiger Arbeitsbereich für die OSZE, tragen doch gleiche Rechte für Frauen und Männer und die Ermächtigung von Frauen dazu bei, umfassende Sicherheit zu verwirklichen. Die OSZE setzt sich für die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter im Rahmen der umfassenden Sicherheit – einschließlich Frauen, Frieden und Sicherheit –, der wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen und der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ein. Die zweite Überprüfungskonferenz zur Geschlechtergleichstellung, die am 12. und 13. Juni von der Abteilung Genderfragen gemeinsam mit dem österreichischen Vorsitz und dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte veranstaltet wurde, bewertete die Fortschritte in allen drei OSZE-Dimensionen.

FRAUEN, FRIEDEN UND SICHERHEIT

Obwohl die wichtige Rolle anerkannt ist, die Frauen in der Konfliktverhütung und -lösung sowie der Friedensbildung zukommt, sind sie nach wie vor in der Konfliktmediation stark untervertreten – auch in der OSZE-Region. Um sich dieser Herausforderung zu stellen, veranstalteten das OSZE-Mediationsunterstützungsteam und die Abteilung Genderfragen eine hochrangige Klausur zum Thema Inklusion von Frauen und wirksame Friedensprozesse. 20 Teilnehmende waren zur Klausur gekommen, unter ihnen leitende Vertreter des österreichischen Vorsitzes, der Feldoperationen, der Institutionen und des Sekretariats sowie Interessenten aus dem OSZE-Freundeskreis für Mediation.

Die Abteilung Genderfragen veranstaltete gemeinsam mit der in Washington beheimateten Organisation *Inclusive Security* als Partner die zweite OSZE-Akademie zu nationalen Aktionsplänen (NAP) in Wien. Die NAP-Akademie unterstützen die OSZE-Teilnehmerstaaten bei der Formulierung und der Verbesserung ihrer nationalen Aktionspläne für die Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu Frauen, Frieden und Sicherheit. 19 Teilnehmerstaaten haben diese Initiative bislang genutzt. Zusätzlich dazu wurde in der Ukraine für Vertreter regionaler Behörden, der nationalen Polizei und zivilgesellschaftlicher Organisationen eine Arbeitstagung zur Umsetzung der UNSCR 1325 veranstaltet.

BEKÄMPFUNG DER GEWALT GEGEN FRAUEN

Nach wie vor sind Frauen in der gesamten OSZE-Region täglich mit Gewalt konfrontiert. 2017 richtete die Abteilung Genderfragen am Rande des Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension in Warschau eine Veranstaltung gemeinsam mit VN-Frauen und dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) aus. Diese Veranstaltung setzte sich mit den eigentlichen Ursachen der Gewalt gegen Frauen und Mädchen auseinander und umfasste auch ein Referat der Vorsitzenden des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, Dalia Leinarte. Die Teilnehmer erörterten Maßnahmen

zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt und Methoden zur Verbesserung des Wissens darum.

Die Abteilung Genderfragen unterstützte auch in diesem Jahr die Einbindung von Männern und Jungen in die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt und die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter. Mehr als 50 Regierungsvertreter, internationale Organisationen, Vertreter der Zivilgesellschaft und Wissenschaftler aus der gesamten OSZE-Region nahmen an einem Expertentreffen teil, bei dem der Austausch bewährter Methoden und die verstärkte Einbindung von Männern auf der Tagesordnung standen. Im Rahmen der Tagung wurde auch ein Stück des serbischen Theaters Reflektor gezeigt, *Macho Men* (Machomänner), einer Projektarbeit, die junge Männer dazu ermutigen will, gegen problematische Verhaltensweisen und Gewohnheiten aufzutreten.

„Als die weltweit größte regionale Sicherheitsorganisation kommt der OSZE eine wichtige Rolle dabei zu, dafür zu sorgen, dass Frauen und Mädchen zuhause, in der Schule und im öffentlichen Raum sicher sind.“

Thomas Greminger
Generalsekretär

DAS BÜRO FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE

Direktor: **Ingibjörg Sólrún Gísladóttir** (seit 19. Juli 2017), **Michael Georg Link** (bis 30. Juni 2017)

Haushalt: 16 279 300 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 2 296 195 EUR (aus außerbudgetären Mittelzusagen)

Personal: international 84, lokal 77 (davon 31 im Rahmen außerbudgetärer Projekte)

www.osce.org/office-for-democratic-institutions-and-human-rights

Als wichtigste Institution zur menschlichen Dimension der Sicherheit in der OSZE bietet das in Warschau angesiedelte Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) den Teilnehmerstaaten und der Zivilgesellschaft Unterstützung, Hilfe und Expertise zur Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Toleranz, Nichtdiskriminierung sowie zu Fragen der Roma und Sinti.

2017 führte das ODIHR eine neue Wahlbeobachterdatenbank ein, förderte weiterhin den Schutz der Menschenrechte, unterstützte Toleranz und Nichtdiskriminierung und überwachte wie schon zuvor Wahlen in der gesamten OSZE-Region.

„Nur starke demokratische Institutionen und Gepflogenheiten, beruhend auf den Prinzipien Pluralismus, Inklusion und Rechtsstaatlichkeit, können das Fundament für Gesellschaften bilden, in denen die Rechte und Interessen aller gefördert und geschützt werden können. Auf diesen Werten aufbauende Gesellschaften sind auch am besten dafür gerüstet, friedliche Lösungen zu finden, wenn diese Rechte und Interessen miteinander kollidieren.“

Ingibjörg Sólrún Gísladóttir, Direktorin des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE

WAHLEN

Auch 2017 unterstützte das ODIHR in der gesamten OSZE-Region demokratische Prozesse, indem es Wahlen und Referenden in 20 Teilnehmerstaaten beobachtete. Im Laufe des Jahres veröffentlichte das ODIHR mehr als 60 Berichte zu Wahlhandlungen. In diesen Berichten wurden die Wahlprozesse an den OSZE- sowie den völkerrechtlichen Verpflichtungen und sonstigen Standards gemessen und den Teilnehmerstaaten Empfehlungen dazu gegeben, wie sie die Transparenz und Qualität ihrer Wahlen verbessern könnten. Das Büro unterstützte 13 Teilnehmerstaaten in ihren Bemühungen um die Umsetzung seiner diesbezüglichen Empfehlungen, indem es im Zuge von Länderbesuchen Fachwissen beisteuerte oder geplante Wahlrechtsänderungen begutachtete. Das ODIHR schärfte außerdem durch die Schulung von Wahlbeobachtern und die Veröffentlichung zweier neuer Publikationen – der Richtlinien für Bereitsteller öffentlicher Sicherheit bei Wahlen (*Guidelines for Public Security Providers in Elections*) und des Handbuchs zur Beobachtung und Förderung der Wahlbeteiligung von Menschen mit Behinderungen (*Handbook on Observing and Promoting the Electoral Participation of Persons with Disabilities*) – seine Wahlbeobachtungsmethodik nach. Am 28. November richtete das ODIHR das dritte jährliche Wahlseminar in Wien aus, mit Schwerpunkt auf Wahlbeobachtung und der Rolle der Technologie bei Wahlprozessen.

OSZE/ODIHR FÜHRT NEUE WAHLEXPERTEN-DATENBANK EIN

Am 26. Juni 2017 führte das ODIHR eine neue Wahlexpertendatenbank (electionexpert.odihr.pl) ein, um die Verwaltung der Personalbeschaffung für alle ODIHR-Wahlbeobachtungsaktivitäten zu verbessern. Die neue Datenbank ist darauf ausgerichtet, die Transparenz und Effizienz der Verfahren für die Eintragung und Anwerbung von Beobachtern zu erhöhen und die Beachtung eines ausgewogenen geografischen und Geschlechterverhältnisses bei der Besetzung von Wahlbeobachtungsmissionen zu ermöglichen.

DEMOKRATISIERUNG

Das ODIHR setzte auch 2017 seine Bemühungen um die Förderung der Unabhängigkeit der Justiz, der Rechenschaftspflicht in der Justiz und der Diversität sowie einer gleichberechtigten Vertretung der Geschlechter in der Justiz fort. Im Rahmen dieser Anstrengungen half das ODIHR 46 Nichtregierungsorganisationen beim Aufbau von Kapazitäten zur Beobachtung der Einhaltung der Rechte auf ein faires Verfahren. Schwerpunkte der Arbeit des Büros im Bereich der demokratischen Staatsführung waren die Förderung der parlamentarischen Ethik und die Stärkung von Rahmenbedingungen für die Politikfinanzierung, die Stärkung der Rolle der Frauen bei Entscheidungsprozessen, die Förderung geschlechtersensibler demokratischer Institutionen sowie die Förderung der politischen Teilhabe unterrepräsentierter Gruppen wie Jugendlicher und Menschen mit Behinderungen. ODIHR war den Teilnehmerstaaten bei deren Bemühungen behilflich, internationalen Standards entsprechende Gesetze zu entwickeln und ihre Gesetzgebungsprozesse transparenter und wirksamer zu gestalten. Diese Tätigkeiten wurden ergänzt durch Verbesserungen an der Online-Gesetzesdatenbank des ODIHR (legislationonline.org), die die Teilnehmerstaaten dabei unterstützt, ihre Rechtsvorschriften mit internationalen menschenrechtlichen Standards in Einklang zu bringen. Das ganze Jahr hindurch beantwortete das ODIHR Ersuchen um Unterstützung im Bereich der Migration; dabei stellte es kapazitäts- und bewussteinbildende Aktivitäten für mehr als 500 Fachleute bereit, arbeitete politische Empfehlungen zu neuen migrationsbezogenen Herausforderungen aus und führte eine wichtige neue Ressource für Identitätsmanagement und Reisedokumente ein, das *Compendium of Good Practices in Identity Management in the OSCE Region* (Kompendium bewährter Praktiken aus der OSZE-Region).

MENSCHENRECHTE

Auch 2017 beobachtete das ODIHR weiterhin die Einhaltung des Rechts auf friedliche Versammlung in den Teilnehmerstaaten. Das Büro veröffentlichte einen Bericht zur Lage von Menschenrechtsverteidigern in der OSZE-Region mit dem Titel *The Responsibility of States: Protection of Human Rights Defenders in the OSCE Region (2014 – 2016)*. Im Zuge einer Reihe an Länderbesuchen erhob das ODIHR auch Daten zu den nationalstaatlichen Verfahren zur Bekämpfung des Menschenhandels zwecks Aktualisierung der bestehenden diesbezüglichen Publikation *National Referral Mechanisms – Joining Efforts to Protect the Rights of Trafficked Persons: A Practical Handbook*. Das ODIHR organisierte kapazitätsbildende Veranstaltungen und bot staatlichen wie nichtstaatlichen Akteuren Expertenberatung zu Menschenrechtsfragen. Diese Schulungs- und Diskussionsveranstaltungen waren folgenden Schwerpunkten gewidmet: Menschenrechte und Terrorismusbekämpfung, Steuerung öffentlicher Veranstaltungen durch die Polizei und Recht auf friedliche Versammlung, durchgängige Berücksichtigung von Gender und Menschenrechten im

Sicherheitssektor sowie Folterprävention. Weitere Projekte galten der Religions- und Weltanschauungsfreiheit, dem Schutz von Menschenrechtsverteidigern, der Stärkung nationalstaatlicher Menschenrechtsinstitutionen und der Menschenrechtserziehung. Thema des jährlichen Seminars zur menschlichen Dimension waren Kinderrechte, mit Schwerpunkt auf Kindern in Gefährdungslagen.

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG VON OSZE/ODIHR ZU MÖGLICHKEITEN DER VERBESSERUNG DER MENSCHLICHEN DIMENSION DER SICHERHEIT IN DER UKRAINE

Mehr als 150 Vertreter der Zivilgesellschaft, internationaler Organisationen und wissenschaftlicher Kreise sowie Regierungsbeamte und gewählte Amtsträger versammelten sich am 26. und 27. September in Kiew, um die Ergebnisse der mit Unterstützung des ODIHR durchgeführten Aktivitäten zur Stärkung der menschlichen Dimension der Sicherheit in der Ukraine zu erörtern.

TOLERANZ UND NICHTDISKRIMINIERUNG

Im gesamten Jahr 2017 arbeitete das ODIHR mit den OSZE-Teilnehmerstaaten und der Zivilgesellschaft zusammen an Fragen der Toleranz und der Nichtdiskriminierung. Die Mehrzahl der Teilnehmerstaaten kam überein, die Schulungsprogramme zu Hasskriminalität für Strafverfolgungsbehörden (*Training against Hate Crime for Law Enforcement*) und Staatsanwälte (*Prosecutors and Hate Crime Training*) umzusetzen; diese liefern Handlungsempfehlungen zur Erkennung und Verfolgung von Hassverbrechen durch Polizei und Staatsanwaltschaft. Auf einer eigenen Website (hatecrime.osce.org) veröffentlichte das ODIHR außerdem detaillierte Daten zur Hasskriminalität aus den Teilnehmerstaaten. Am 16. November 2017 trafen ODIHR-Vertreter mit den nationalen Kontaktstellen für Hasskriminalität zusammen und diskutierten mit ihnen vorbildliche Verfahren zur Dokumentation von Hassverbrechen und dem Umgang damit.

Im Jahr 2017 fiel auch der Startschuss für ein zweijähriges Projekt zur Ermittlung einer umfassenden Antwort auf Hasskriminalität in vier Teilnehmerstaaten. Das Büro setzte seine Bemühungen um die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz gegenüber Muslimen und Christen fort. Im Jahresverlauf wurden zwei Konferenzen abgehalten: eine zu Intoleranz gegenüber Muslimen und eine weitere zu Intoleranz gegenüber Christen. Im Rahmen des Projekts *Taten statt Worte gegen Antisemitismus* gab das ODIHR auch eine Publikation mit dem Titel *Antisemitischen Hassverbrechen begegnen – jüdische Gemeinden schützen* heraus. Sie enthält pädagogische Leitlinien zum Antisemitismus für Lehrer sowie Informationen zum Aufbau von Koalitionen zwischen verschiedenen Gemeinden.

FRAGEN DER ROMA UND SINTI

Die OSZE verfolgt das Ziel, die Sicherheit und den Schutz der Roma- und Sinti-Gemeinden zu verbessern und die Teilhabe der Roma und Sinti, insbesondere von Frauen und Jugendlichen, am öffentlichen und politischen Leben zu fördern. Im Rahmen der EU-Roma-Woche des europäischen Parlaments hat das ODIHR zusammen mit der *U.S. Helsinki Commission* den diesbezüglichen Workshop *Strengthening Diverse Leadership, Participation and Representation of Roma and Sinti, including Women and Youth, in Public and Political Life* organisiert. Bei dem Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension in Warschau

richtete das Büro eine Nebenveranstaltung zu bewährten Verfahren zur Unterstützung der politischen Teilhabe junger Roma und Sinti in der OSZE-Region aus. Vor dieser Veranstaltung hielt das ODIHR eine Einschulung zur politischen Teilhabe und Interessenvertretung für Roma- und Sinti-Vertreter aus der Zivilgesellschaft ab. Das Büro hielt außerdem fünf zweitägige Schulungsveranstaltungen zu wirksamer und menschenrechtskonformer Polizeiarbeit in Roma- und Sinti-Gemeinden für Strafverfolgungsbeamte aus Polen, Ungarn und der Ukraine ab.

WAHLBEOBACHTUNG IM JAHR 2017

durch ein Kernteam von Experten und Lang- und Kurzzeitbeobachtern

Turkmenistan	Präsidentenwahl	12.2.2017
Niederlande	Parlamentswahl	15.3.2017
Bulgarien	Vorgezogene Parlamentswahl	26.3.2017
Armenien	Parlamentswahl	2.4.2017
Serbien	Präsidentenwahl	2.4.2017
Türkei	Verfassungsreferendum	16.4.2017
Malta	Vorgezogene Parlamentswahl	3.6.2017
Vereinigtes Königreich	Unterhauswahl	8.6.2017
Frankreich	Parlamentswahl	11.6.2017
Albanien	Parlamentswahl	25.6.2017
Mongolei	Präsidentenwahl	26.6.2017 & 7.7.2017
Norwegen	Parlamentswahl	11.9.2017
Deutschland	Bundestagswahl	24.9.2017
Österreich	Vorgezogene Parlamentswahl	15.10.2017
Slowenien	Präsidentenwahl	22.10.2017
Tschechien	Parlamentswahl	20.10.2017 – 21.10.2017
Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	Kommunalwahl	15.10.2017 & 29.10.2017
Kirgisistan	Präsidentenwahl	15.10.2017
Island	Vorgezogene Parlamentswahl	28.10.2017
Georgien	Gemeinderatswahl	21.10.2017 & 12.11.2017

DER HOHE KOMMISSAR FÜR NATIONALE MINDERHEITEN

Hoher Kommissar: **Botschafter Lamberto Zannier** (seit 19. Juli 2017)

Haushalt: 3 407 600 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 342 270 EUR (aus außerbudgetären Mittelzusagen)

Personal: international 17, lokal 14 (davon 3 im Rahmen außerbudgetärer Projekte)

www.osce.org/high-commissioner-on-national-minorities

Die Institution des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten (HKNM) wurde 1992 ins Leben gerufen, um ethnische Spannungen, die den Frieden, die Stabilität oder die freundschaftlichen Beziehungen zwischen oder in den OSZE-Teilnehmerstaaten gefährden könnten, aufzuzeigen und einer raschen Lösung zuzuführen.

In der ersten Jahreshälfte wurde das Büro des HKNM von Henrik Villadsen als geschäftsführendem Direktor geleitet, bis zur Ernennung eines Nachfolgers von Astrid Thors, deren Amtszeit im August 2016 geendet hatte.

Im Juli 2017 wurde Lamberto Zannier zum neuen Hohen Kommissar bestellt und trat sogleich sein Amt an. Er widmete sich einer Reihe an Herausforderungen in Bezug auf nationale Minderheiten und Konfliktrisiken im OSZE-Raum. Dazu gehörte ein thematischer Schwerpunkt auf dem Zugang zur Justiz und nationalen Minderheiten sowie auf Diversitätsmanagement.

ZUGANG ZUR JUSTIZ UND NATIONALE MINDERHEITEN

Im November gab der Hohe Kommissar ein neues Paket an Empfehlungen heraus, die *Graz Recommendations on Access to Justice and National Minorities* (Grazer Empfehlungen für Zugang zum Recht und nationale Minderheiten). Danach wurden diese Empfehlungen bei Nebenveranstaltungen zum Zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension und zum OSZE-Ministerrat (beide in Wien) den Teilnehmerstaaten und anderen beteiligten Akteuren präsentiert.

Die *Grazer Empfehlungen* sollen die OSZE-Teilnehmerstaaten in ihren Bemühungen um die Stärkung des Vertrauens ihrer nationalen Minderheiten in ihr Justizsystem unterstützen. Mangelndes Vertrauen kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt unterminieren, Entfremdung befördern und die Gefahr ethnischer Konflikte schüren.

INTEGRATION HETEROGENER GESELLSCHAFTEN

Der Hohe Kommissar setzte die langfristigen Bemühungen seiner Institution um die Förderung der Entwicklung und Umsetzung integrationspolitischer Maßnahmen in der gesamten OSZE-Region entsprechend den *Ljubljana Guidelines on Integration of Diverse Societies* (Leitlinien von Laibach zur Integration ethnisch heterogener Gesellschaften) fort. Er unterstützte die Bemühungen Moldaus um die Umsetzung seiner Strategie zur Konsolidierung interethnischer Beziehungen und half im Zuge dessen auch bei der Entwicklung eines Aktionsplans mit, der im November 2017 verabschiedet wurde. Das Büro des Hohen Kommissars leistete des Weiteren einen Beitrag zur Evaluierung der Umsetzung des staatlichen Konzepts Kirgisistans zur Stärkung der Einheit des Volkes und der inter-

ethnischen Beziehungen (2013 – 2017) als Grundlage für die weitere Integrationspolitik. In Georgien lieferte der Hohe Kommissar weiterhin Beratung und Projektunterstützung im Hinblick auf die Umsetzung der staatlichen Strategie für gleiche Bürgerrechte und den zugehörigen fünfjährigen Aktionsplan (2015 – 2020).

BILDUNG

Das Büro des Hohen Kommissars unterstützte weiterhin die Bildung in Südserbien, dies auch durch seine langjährige Zusammenarbeit mit dem Departement Bujanovac der Wirtschaftsfakultät Subotica der Universität Novi Sad. Der Hohe Kommissar tauschte sich mit der Regierung der Ukraine über den optimalen Umgang mit der ethnischen und sprachlichen Vielfalt der Gesellschaft des Landes aus, insbesondere im Zusammenhang mit seinem neuen Bildungsgesetz. Er sprach das Thema bei seinem Besuch in der Ukraine im Dezember an. Dabei brachte er seine volle Unterstützung für Maßnahmen zum Ausdruck, mit denen die Rolle der Staatssprache für eine wirksame Inklusion gestärkt wird, und betonte zugleich die Bedeutung einer Inklusionspolitik, in deren Rahmen die Bedürfnisse der unterschiedlichen Gruppen berücksichtigt werden.

Das Büro des Hohen Kommissars unterstützte die zentralasiatischen Länder weiterhin mit einem Regionalprogramm für Bildung. Im Mai unterstützte der HKNM die erste Mehrsprachigkeitsolympiade in Zentralasien. Diese fand in Kasachstan statt und war Muttersprachen, Staats- und Amtssprachen sowie Fremdsprachen gewidmet. Die Olympiade zog 102 Studenten von 25 Universitäten in Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan an, die zusammen 18 Sprachen sprechen. Im Dezember organisierte der Hohe Kommissar für Spezialisten und Entscheidungsträger aus zehn OSZE-Teilnehmerstaaten eine Konferenz zum mehrsprachigen und interkulturellen Unterricht in Schymkent in Kasachstan. In Moldau unterstützte der Hohe Kommissar die Einführung der mehrsprachigen Erziehung in Kindergärten in der autonomen territorialen Einheit Gagausien. Der Hohe Kommissar besuchte auch die Südosteuropa-Universität (SEEU) in Tetovo, wo er die Notwendigkeit unterstrich, das Erbe des ersten Hohen Kommissars Max van der Stoep, des Gründervaters der SEEU, in Ehren zu halten, unter anderem indem die Segregation im Bildungswesen und in der Gesellschaft bekämpft und zurückgedrängt wird.

ZWEISPRACHIGE WÖRTERBÜCHER

Im Rahmen seiner langfristigen Bemühungen um die Förderung der Integration von Gesellschaften, die Verbesserung der mehrsprachigen Unterrichts und die Verständigung zwischen den Volksgruppen in Südosteuropa hat der Hohe Kommissar die Entwicklung zweisprachiger Bildwörterbücher für Grundschul Kinder betreut. Druckexemplare der ersten solchen Wörterbücher für Serbisch-Albanisch/Albanisch-Serbisch und Mazedonisch-Albanisch/Albanisch-Mazedonisch wurden an Schulen in Skopje, Tetovo, Gostivar und anderen Orten in Südserbien verteilt. Beide Wörterbücher sind auch online sowie als mobile Apps für iOS und Android verfügbar.

DER BEAUFTRAGTE FÜR MEDIENFREIHEIT

Der/die Beauftragte: **Harlem Désir** (seit 19. Juli 2017), **Dunja Mijatović** (bis 10. März 2017)

Haushalt: 1 481 600 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 582 869 EUR (aus außerbudgetären Mittelzusagen)

Personal: 15

www.osce.org/representative-on-freedom-of-media

Die OSZE beging 2017 den 20. Jahrestag des Beschlusses der Teilnehmerstaaten über das Mandat des Beauftragten für Medienfreiheit. Dieses besteht darin, die maßgeblichen Entwicklungen im Medienbereich in den Teilnehmerstaaten zu beobachten und für die vollständige umfängliche Einhaltung der Prinzipien und Verpflichtungen der Organisation in Bezug auf freie Meinungsäußerung und Medienfreiheit einzutreten und diese zu fördern.

DIE HAUPTTHEMEN

Angriffe auf Journalisten fanden in der OSZE-Region fast tagtäglich statt. Die Mehrzahl der Interventionen des Beauftragten – 2017 waren es 203 in 34 Teilnehmerstaaten – betraf die Sicherheit von Journalisten und deren Recht, ihre Arbeit frei von Bedrohungen an Leib und Leben auszuüben. Der Beauftragte intervenierte auch öfters in Fällen, in denen Journalisten inhaftiert, der Terrorismusunterstützung bezichtigt oder wegen Wirtschaftskriminalität oder Ehrverletzungsdelikten angeklagt wurden. Mehr als 170 Journalisten sind zurzeit in der OSZE-Region im Gefängnis.

Um das Ausmaß der Straflosigkeit bei Tötungen von Journalisten zu quantifizieren, hat das Büro des Beauftragten für Medienfreiheit eine Liste der Medienschaffenden zusammengestellt, die in der OSZE-Region in den vergangenen 25 Jahren getötet wurden, samt den jeweiligen Reaktionen der Justiz auf diese Tötungen. Diese Liste umfasst 399 Namen und zeigt, dass in 85 Prozent der Fälle die Täter beziehungsweise Drahtzieher nicht vor Gericht gestellt wurden. Der Kampf gegen die Straflosigkeit bleibt für den Beauftragten eine Priorität.

Drohungen und Einschüchterungen, sowohl offline als auch online, einschließlich gezielter Angriffe auf Journalistinnen, stellen eine schwere Bedrohung der Medienfreiheit dar. Der Beauftragte verstärkte 2017 seine Bemühungen um die Unterstützung der Teilnehmerstaaten bei der Bekämpfung von Drohungen gegen Journalistinnen im Internet. Eine Reihe an Workshops in Wien sowie die Online-Kampagne für die Sicherheit von Journalistinnen im Internet #SOFJO (*Safety of Female Journalists Online*) brachten Journalisten, Wissenschaftler und Mitglieder der Zivilgesellschaft zu einem Dialog über Interessenvertretung, nachahmenswerte Verfahren und innovative Gegenstrategien zur Bekämpfung der Belästigung im Internet zusammen.

Desinformation, bisweilen auch als „Fake News“ bezeichnet, und Propaganda blieben 2017 präsent. Der Beauftragte setzte sich konsequent für Qualitätsjournalismus, Aufklärung über Falschinformationen und die Investition in Medienkompetenz ein. Eine gemeinsame Erklärung mit dem Titel *Freedom of Expression and Fake News, Disinformation and Propaganda* wurde vom Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen über die Förderung und den Schutz des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, dem OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, dem Sonderberichterstatter für Meinungsfreiheit der

Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und dem Sonderberichterstatter für Meinungs- und Informationsfreiheit der Afrikanischen Kommission für die Menschenrechte und Rechte der Völker (ACHPR) abgegeben. Sie enthält eine Reihe an Empfehlungen.

STÄRKUNG DES PROFESSIONELLEN JOURNALISMUS UND FÖRDERUNG DES DIALOGS ZWISCHEN JOURNALISTEN

Auch 2017 förderte der Beauftragte den Dialog zwischen russischen und ukrainischen Journalisten, der von seinem Büro 2014 angestoßen worden war. Vertreter der Journalistenverbände trafen sich dreimal unter dem Schirm des Büros zu Diskussionsrunden, bei denen gemeinsame Bedürfnisse und Berufsstandards besprochen wurden. Eine Gruppe von jungen Journalisten aus Russland und der Ukraine nahm zusammen mit leitenden Vertretern der Journalistenverbände an einem Medienproduktionsworkshop in Wien teil.

Das Büro nahm einen Dialog mit Vertretern griechisch-zypriotischer und türkisch-zypriotischer Journalisten auf, im Bemühen, die Entwicklungen bei den ethischen Standards und Selbstregulierungsmechanismen in Zypern verbessern zu helfen. In enger Zusammenarbeit mit den Journalistenverbänden auf der Insel gab der Beauftragte den Anstoß zur Erstellung eines Glossars sensibler Wörter, die in den Medien verwendet werden, sowie von Empfehlungen für Alternativen zu Formulierungen, mit denen Stereotype verbreitet werden. Er führte außerdem ein Austauschprogramm für angehende griechisch-zypriotische und türkisch-zypriotische Journalisten ein.

BEOBACHTUNG DER MEDIENENTWICKLUNGEN UND UNTERSTÜTZUNG BEI DER UMSETZUNG VON OSZE-VERPFLICHTUNGEN

Aktivitäten des Beauftragten im Jahresverlauf:

- Interventionen in 203 Fällen in 34 Teilnehmerstaaten
- Besuche in 19 Teilnehmerstaaten
- Abgabe von zehn Rechtsgutachten in sieben Teilnehmerstaaten
- Herausgabe einer Studie zu Ehrverletzungsgesetzen in der OSZE-Region, in deren Rahmen die bestehenden Ehrverletzungsgesetze in allen OSZE-Teilnehmerstaaten untersucht wurden, mit der Schlussfolgerung, dass das Strafrecht nach wie vor zur ungebührlichen Einschränkung der Medienfreiheit missbraucht wird

KONFERENZEN

Das Büro organisierte regionale Medienkonferenzen für OSZE-Teilnehmerstaaten in Südosteuropa (Wien), im Südkaukasus (Tiflis) und in Zentralasien (Taschkent), die Medienschaffenden Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch mit Kollegen, Regierungsbehörden und internationalen Experten gaben.

Schwerpunkt der Konferenz *Media Freedom in Volatile Environments*, die vom Büro des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit im Juni in Wien ausgerichtet wurde, waren gravierende Bedrohungen der Medien- und Meinungsfreiheit, insbesondere in Konflikt- und Krisenregionen. Das Büro des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit organisierte zusammen mit dem österreichischen OSZE-Vorsitz und dem tschechischen Europarat-Vorsitz im Oktober eine Konferenz zur Rolle und den Verantwortlichkeiten von Internetvermittlern.

Anfang Dezember organisierte das Büro des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit in Zusammenarbeit mit der Universität Wien eine Podiumsdiskussion zu den Herausforderungen, denen die Medienfreiheit aufgrund der Straflosigkeit von Morden an Journalisten ausgesetzt ist.

FELDOPERATIONEN

Neben ihren politischen Organen, dem Sekretariat und den Institutionen verfügt die OSZE auch über ein Netz von 16 Feldoperationen in Südosteuropa, Osteuropa, im Südkaukasus und in Zentralasien.

Die Feldoperationen im Jahr 2017

Die Feldoperationen der OSZE helfen ihren Gastländern bei der praktischen Umsetzung ihrer OSZE-Verpflichtungen sowie bei der Stärkung der lokalen Kapazitäten durch spezifische, bedarfsgerechte Projekte. Ihre Tätigkeitsbereiche hängen jeweils von den Rahmenbedingungen der betreffenden Feldoperation und des Gastlandes ab und sind im Mandat der jeweiligen Feldoperation festgelegt. Die Feldoperationen ermöglichen es der OSZE, mit Krisen umzugehen und eine entscheidende Rolle in der Zeit nach Konflikten zu spielen, indem sie mithelfen, das Vertrauen zwischen den betroffenen Gruppen wiederherzustellen. Zahlreiche Feldoperationen tragen zur Frühwarnung und Konfliktverhütung bei, andere beobachten Entwicklungen vor Ort und erstatten darüber Bericht.

2017 VERFÜGTE DIE OSZE ÜBER FOLGENDE FELDOPERATIONEN:

SÜDOSTEUROPA

Die Präsenz in Albanien
Die Mission in Bosnien und Herzegowina
Die Mission im Kosovo
Die Mission in Montenegro
Die Mission in Serbien
Die Mission in Skopje

OSTEUROPA

Die Mission in Moldau
Die Sonderbeobachtermission in der Ukraine
Der Projektkoordinator in der Ukraine
Die Beobachtermission an den russischen Kontrollposten Gukowo und Donezk

SÜDKAUKASUS

Das Büro in Eriwan – *Schließung am 31. August 2017*

ZENTRALASIEN

Das Zentrum in Aschgabat
Das Programmbüro in Astana
Das Programmbüro in Bischkek
Das Programmbüro in Tadschikistan
Der Projektkoordinator in Usbekistan

Die Präsenz in Albanien

Leiter der Präsenz: **Botschafter Bernd Borchardt**

Haushalt: 2 892 700 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 259 291 EUR (aus außerbudgetären Finanzierungszusagen)

Personal: international 16, lokal 62 (davon 4 im Rahmen außerbudgetärer Projekte)

www.osce.org/presence-in-albania

Die Präsenz in Albanien führte 2017 ihre Partnerschaft mit den albanischen Institutionen gemäß den gemeinsamen Prioritäten fort. Sie war weiterhin bei der Stärkung der Rolle der Bürger und der Nutzung der Verankerung der OSZE in der Region im Hinblick auf den Umgang mit regionalen Herausforderungen behilflich.

GEMEINSAME HERAUSFORDERUNGEN, GEMEINSAME VERPFLICHTUNGEN

Die Präsenz führte ihre vielfältigen Tätigkeiten zur Korruptionsbekämpfung fort, in Zusammenarbeit mit zentralstaatlichen und lokalen Behörden, der Jugend und dem privaten Sektor. Sie stärkte die Kapazitäten der institutionenübergreifenden Gruppe zur Bekämpfung der Umweltkriminalität, um Umweltverbrechen und Korruption zu erkennen, anzugehen und strafrechtlich zu verfolgen.

Die Anstrengungen zur Bekämpfung des Menschenhandels wurden von der Präsenz weiterhin im Rahmen eines multidisziplinären Ansatzes auf der Grundlage von Verhütung, Opferschutz und Täterverfolgung unterstützt.

Zusätzlich leistete die Präsenz einen Beitrag zur Verbesserung der Fähigkeit des Landes zur Bekämpfung der Schwer- und organisierten Kriminalität mittels erkenntnisgestützter Polizeiarbeit. Sie lieferte konkrete Empfehlungen für optimierte forensische Verfahren sowie den Umgang mit Informanten durch die Staatspolizei.

Zusammen mit dem OSZE-Vorsitz gab die Präsenz 2017 den Anstoß zu einem neuen Jugendschwerpunkt. Ein völlig neuartiges Programm mit dem Namen *Youth Trail* zur Förderung der OSZE-Werte auf dem Westbalkan brachte 37 Teilnehmer aus der gesamten Region zusammen. Es kam zu einem lebhaften Informations- und Gedankenaustausch zu den Themen Demokratie, Aktivismus, Sicherheit und Zusammenarbeit.

„Wichtige Projekte wie der von der OSZE-Präsenz initiierte Youth Trail geben Jugendlichen aus der Region Gelegenheit zur Vernetzung und zur Erörterung wichtiger Fragen. Sie unterstützen eine neue Generation an jungen Aktivisten darin, uns unserem Ziel eines europäischen Balkans näherzubringen.“

Erion Veliaj
Bürgermeister von Tirana

AKTIVE BÜRGER

Die Präsenz unterstützte auch in diesem Jahr die aktive Teilnahme der Bürger an Aktivitäten zu allen drei OSZE-Dimensionen. Im Zuge ihrer Tätigkeit in weniger entwickelten Gebieten und auch mit besonders schutzbedürftigen Gruppen stärkte die Präsenz die Bürger mithilfe

von Schulungen, praktischen Instrumenten und Zugang zu Informationen in ihrer Fähigkeit zur demokratischen Teilhabe und zur Mitwirkung an Beobachtungsprozessen.

Im Vorfeld der Parlamentswahlen 2017 führte die Präsenz eine Wählerinformationskampagne für 760 Roma-Frauen und -Jugendliche durch. Unter dem Motto „Für Roma, mit Roma“ übernahmen junge Roma die Aufgabe, Anlaufstellen in elf Roma-Wahlämtern im ganzen Land einzurichten und ihren Gemeinschaften auf diese Weise Informationen zu ihrem Wahlrecht zukommen zu lassen. Die Präsenz unterstützte auch die Produktion und Übertragung eines Fernsehspots gegen Wahlbetrug.

Die Präsenz unterstützte den Kontakt der Parlamentarier mit ihren Wahlkreisen und förderte und unterstützte parteiübergreifende Aktivitäten; im Interesse einer größeren Transparenz und Rechenschaftspflicht sowie einer demokratischeren Führung der Institutionen ermöglichte sie außerdem Debatten und eine Einbindung der Öffentlichkeit im Ausschuss für Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsfragen des albanischen Parlaments.

MENSCHLICHE SICHERHEIT UND MENSCHENRECHTE

Die Präsenz war weiterhin im Sinne einer behördenübergreifenden und gesellschaftlichen Widerstandsfähigkeit gegenüber der Bedrohung durch Extremismus und Radikalisierung tätig. Sie richtete kapazitätenbildende Veranstaltungen für lokale Sicherheitsgremien aus und unterstützte dabei die Einbindung der Bürger und eine bürgernahe Polizeiarbeit. 2017 begann die Präsenz damit, den Behörden bei der Berücksichtigung menschenrechtlicher Aspekte in Fällen von gewalttätigem Extremismus sowie der Verhütung von Radikalisierung in Haftanstalten und in der Bewährungshilfe zur Seite zu stehen.

Zu den Aktivitäten der Präsenz im Bereich der Interessensvertretung und Bewusstseinsbildung hinsichtlich Menschenrechten gehörte die Unterstützung des 12. Internationalen Menschenrechts-Filmfestivals in Albanien (*International Human Rights Film Festival*). In dessen Rahmen wurden die eigentlichen Ursachen und komplexen Dynamiken von Populismus und Radikalismus ausgelotet sowie lebhaft öffentliche Debatten darüber ausgelöst, wie mit diesen Problemen umzugehen sei, ohne die Menschenrechte aufs Spiel zu setzen.

Aufbauend auf ihren früheren Erfolgen bei der Anregung öffentlicher Debatten über die albanische Vergangenheit, unterstützte die Präsenz einen Sommerkurs über Albanien kommunistisches Erbe. Die Studenten befassten sich mit diesem Thema im Rahmen von Diskussionen und von Besichtigungen unter dem kommunistischen Regime berühmter Stätten. Die Präsenz unterstützte außerdem mit eigenen Fachleuten die neu geschaffene albanische Behörde, die sich mit den Akten der Staatssicherheitspolizei aus der kommunistischen Ära befassen soll.

STÄRKERE UND VERTRAUENSWÜRDIGE INSTITUTIONEN

Im Rahmen ihrer mehrjährigen Unterstützung des Umbaus der albanischen Radio- und Fernsehgesellschaft RTSH zu einer glaubwürdigen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt war die Präsenz bei einer neuen Entwicklungsstrategie sowie bei den Vorbereitungen zur Einrichtung eines Schulungszentrums und öffentlicher Foren zur Rolle öffentlich-rechtlicher Medien behilflich.

Die Präsenz stand dem Land weiterhin bei der Stärkung eines inklusiven, transparenten und verantwortlichen Gesetzgebungsprozesses zur Seite, wobei sie den Schwerpunkt auf den effizienten Einsatz von Beratungsmechanismen legte. Sie richtete kapazitätenbildende Veranstaltungen für öffentliche Bedienstete, Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaftler aus. Aufbauend auf diesen Veranstaltungen entwickelte die Präsenz Leitlinien zum Gesetz über Konsultation und Information der Öffentlichkeit, mit dem die Kapazitäten der betroffenen Akteure ausgebaut werden sollten.

Im Zuge der albanischen Justizreform schulte die Präsenz in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte sowie verschiedenen lokalen und internationalen Akteuren 23 NGO-Vertreter zu den Rechten auf ein faires Gerichtsverfahren und in der Beobachtung von Gerichtsprozessen. Dank der Initiative „Recht ohne Verzögerung“, die die Erhöhung der Effizienz von Gerichtsverfahren zum Ziel hat, gingen die Verfahrensdauer und die Anzahl an ergebnislosen Verhandlungen an allen teilnehmenden Gerichten zurück. Die Präsenz setzte ihre Aufklärungsarbeit betreffend alternativen Strafvollzug fort und bewirkte eine weitere Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Bewährungshelfern, Richtern und Staatsanwälten, mit dem Ergebnis, dass dieser in zunehmendem Maße zur Anwendung kommt.

PARTNERSCHAFTEN

Unter den Partnern der Präsenz finden sich 2017 der Europarat, die Europäische Rundfunkunion, die *United States Agency for International Development* (USAID), die EU, mehrere VN-Sonderorganisationen, die Europäische Mission zur Unterstützung der Justiz in Albanien (EURALIUS), das Regionale Büro für Jugendzusammenarbeit (RYCO), das US-amerikanische *International Criminal Investigation Training Assistance Program*, die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Zentraleuropäische Initiative.

Die Mission in Bosnien und Herzegowina

Leiter der Mission: **Botschafter Bruce G. Berton**

Haushalt: 11 373 600 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 932 889 EUR (aus außerbudgetären Finanzierungszusagen)

Personal: international 29, lokal 290 (davon 11 im Rahmen außerbudgetärer Projekte)

www.osce.org/mission-to-bosnia-and-herzegovina

Die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina spielte weiterhin eine Schlüsselrolle bei der Befähigung Bosniens und Herzegowinas zur Schaffung eines nachhaltigen und stabilen Sicherheitsumfelds, der Stärkung der Umweltpolitik und der Beförderung der Konsolidierung des Landes als demokratische Gesellschaft. Die Mission unterstützte wichtige Reformen und betätigte sich im Sinne der Förderung und des Schutzes der Menschenrechte aller Bürger.

JUGEND UND GENDER

Das besondere Augenmerk der Mission galt der Förderung der politischen Teilhabe von Frauen – dazu arbeitete sie mit den politischen Parteien zusammen an der Verbesserung der internen Strukturen und Prozesse – sowie, durch Qualifizierungsmaßnahmen für Polizisten, dem Kampf gegen häusliche Gewalt. Sie unterstützte die Prozessbeobachtung in Fällen häuslicher Gewalt und stellte technische Instrumente zur Verfügung, mit denen die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren verbessert wird, die bei solchen Verbrechen intervenieren. Die innovative Plattform *Youth Advisory Group*, bestehend aus jungen Freiwilligen aus dem gesamten Land, half der Mission, Sichtweisen der Jugendlichen einzubeziehen, indem beispielsweise Jugendliche in Planung und Umsetzung von Aktivitäten zur Verhütung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus eingebunden werden.

STÄRKUNG DER RECHTSSTAATLICHKEIT

Die Mission gab einen Bericht mit dem Titel *Towards Justice for Survivors of Conflict-Related Sexual Violence in Bosnia and Herzegovina: Progress before Courts in Bosnia and Herzegovina 2014 – 2016* zum Umgang der Judikative mit Überlebenden konfliktbedingter sexueller Gewalt heraus. Auf Grundlage der Erkenntnisse aus der Prozessbeobachtung organisierte die Mission eine Fortbildungsreihe für Justiz und Polizei zu ausgewählten Themen in Bezug auf die Untersuchung und Verfolgung schwerwiegender Verbrechen. Sie bot ihren Ansprechpartnern technische Hilfe, im Bemühen, wirksame Lösungen für Probleme zu finden, die sich auf den gerichtlichen Umgang mit Kriegsverbrechen, Hasskriminalität und Menschenhandel auswirken.

HÖHEPUNKTE 2017

- Die Mission organisierte eine Arbeitstagung zu internationalem Strafrecht und Übergangsjustiz für 20 Jura- und Kriminologiestudenten von sieben Universitäten in Bosnien und Herzegowina.
- Es wurde zum ersten Mal in Bosnien und Herzegowina Anklage wegen Hasskriminalität erhoben, dies auf Grundlage der einschlägigen Gesetzgebung von 2016, die gemäß den Empfehlungen der Mission abgeändert wurde.

Dank den anhaltenden Bemühungen der Mission wurde eine lang ersehnte Bestimmung in das Strafrecht der Republika Srpska aufgenommen, nach der Opfer von Menschenhandel nicht verfolgt und nicht bestraft werden.

HASS UND EXTREMISMUS VERHINDERN UND BEKÄMPFEN

Im gesamten Land blieben 31 Koalitionen gegen den Hass tätig, bestehend aus 280 Körperschaften und Einzelpersonen. Mit Unterstützung der Mission organisierten die Koalitionen 150 Veranstaltungen an 34 Orten, mit denen Hasskriminalität und vorurteilsgeleiteten Zwischenfällen vorgebeugt sowie Toleranz und Zusammenarbeit zwischen den Volksgruppen gefördert werden sollen.

HOCHWERTIGE, NICHT-DISKRIMINIERENDE BILDUNG

In Zusammenarbeit mit gewählten Amtsträgern, Schulverwaltungen, Lehrern und Eltern war die Mission weiterhin federführend in der Unterstützung des Gastlandes bei der Reform seines Bildungssystems und der Verhinderung von Diskriminierung im Bildungswesen. Sie reagierte auf neue Herausforderungen und Spannungen, die durch die Verwendung des Bildungswesens zur Vertiefung gesellschaftlicher Gräben ausgelöst wurden.

In Jajce unterstützte die Mission die Schüler erfolgreich dabei, das Entstehen eines neuen Systems nach dem Prinzip „Zwei Schulen unter einem Dach“ zu verhindern, dass die ethnische Segregation im Bildungswesen verschärft hätte. Dies wurde dank einer verbesserten Koordination mit der internationalen Gemeinschaft sowie umfassender Lobbyarbeit auf höchster politischer Ebene, bei den örtlichen Behörden sowie bei den Schuldirektoren, Lehrern, religiösen Führern und Schülern bewerkstelligt.

Die Mission stellte ihre *Guidelines for Recognition of Discrimination in Education* fertig, mit denen Kindern, Eltern, Schulverwaltungen und Bildungsempfängern bei der Erkennung und Bekämpfung von Diskriminierung im Bildungswesen geholfen werden soll.

STÄRKUNG DES INTERRELIGIÖSEN DIALOGS

Die Mission verstärkte ihren Einsatz für den interreligiösen Dialog zwischen verschiedenen Volks- und Religionsgruppen, insbesondere in ethnisch und religiös sensiblen Gemeinschaften. Sie unterstützte acht Veranstaltungen in verschiedenen Gemeinden im ganzen Land sowie zwei größere Veranstaltungen auf gesamtstaatlicher Ebene. Die Mission stand auch dem Interreligiösen Rat des Landes (IRC) bei seiner Arbeit zur Seite. Neben anderen Initiativen unterstützte die Mission Besuche von IRC-Mitgliedern an vier Orten, wo im Krieg der 90er-Jahre und im Zweiten Weltkrieg Gräueltaten an Bosniaken, Serben, Kroaten beziehungsweise Juden begangen worden waren. Es war das erste Mal, dass führende Vertreter der verschiedenen Religionsgemeinschaften gemeinsam der Opfer in den jeweils anderen Volksgruppen gedachten.

UNTERSTÜTZUNG DER KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG AUF ALLEN EBENEN

Die Mission nahm neue Aktivitäten auf, mit denen die Behörden auf zentralstaatlicher und lokaler Ebene bei ihren Bemühungen um die Bekämpfung der Korruption unterstützt werden sollen. Sie konzentrierte sich dabei auf die Ausarbeitung und wirkungsvolle Umsetzung prioritärer Antikorruptionsgesetze sowie die Koordination zwischen verschiedenen Korruptionsbekämpfungseinrichtungen. Dem Land wurde geholfen, seine Bemühungen um die Korruptionsbekämpfung unter den derzeit hochkomplexen institutionellen Rahmenbedingungen – mit disparaten, auf verschiedenen politischen Ebenen umgesetzten Korruptionsbekämpfungsstrategien – effizienter zu gestalten. Die Mission unterstützte 2017 weiterhin die Stärkung der parlamentarischen Kontrolle der Institutionen des Sicherheitssektors und Verwaltungsbehörden. Zugleich förderte sie Transparenz und Rechenschaftspflicht durch einen besseren Schutz für Whistleblower, die Vermeidung von Interessenkonflikten und die Offenlegung von Vermögen durch Amtsträger.

SICHERHEITZUSAMMENARBEIT UND VERHÜTUNG VON GEWALTÄTIGEM EXTREMISMUS UND RADIKALISIERUNG, DIE ZU TERRORISMUS FÜHREN (VERLT)

Aufbauend auf dem Aktionsplan zur Terrorismusbekämpfungsstrategie für die Jahre 2015 – 2020, weitete die Mission ihre Unterstützung für Akteure auf lokaler Ebene bei der Verhütung von VERLT aus. Ermöglicht wurde dies durch ihre weiträumige Präsenz vor Ort in Bosnien und Herzegowina und ihren ganzheitlichen Ansatz, in dessen Rahmen die Verhütung von VERLT als Querschnittsaufgabe in alle Aspekte ihrer Arbeit einfließt. Die Mission war federführend bei den internationalen Bemühungen um die sicherheitstechnische Aufrüstung und Verwaltung von Waffen- und Munitionslagern und unterstützte erstmalig auch den Kampf gegen Cyber- und durch den Cyberspace ermöglichte Kriminalität.

UMWELTBEWUSSTSEIN

Im Rahmen ihrer Arbeit zur Stärkung einer verantwortungsvollen Umweltpolitik und des Umweltschutzes leistete die Mission dem Netzwerk der Aarhus-Zentren im gesamten Land weiterhin logistische Hilfestellung und unterstützte es bei der Interessenvertretung. Indem sie die Organisation, begleitende Kontrolle und Bewertung einer Feldübung der Euro-Atlantischen Koordinierungszentrale für Katastrophenhilfe unterstützte, baute sie die lokalen Kapazitäten zur Katastrophenvorsorge und -bereitschaft aus. Neben anderen Szenarien wurden bei der Feldübung auch die Überschwemmungen von 2014 simuliert.

MEDIENFREIHEIT

Die Mission beobachtete Verstöße gegen die Meinungsfreiheit und erhob ihre Stimme zur Verteidigung der Medienschaffenden. Im September unterstützte sie die Menschenrechts-Volksanwaltschaft von Bosnien und Herzegowina bei der Vorstellung ihres Sonderberichts über den Status und die Sicherheit der Journalisten im Land. Die Verbesserung der professionellen Standards im Journalismus mit besonderem Augenmerk auf der Berichterstattung über politische Kampagnen sowie die Suche nach Lösungen für die Finanzierung des öffentlichen Rundfunks standen erneut im Mittelpunkt der Arbeit der Mission.

PARTNERSCHAFTEN

Die Mission unterstützte das Europäische Jugendparlament von Bosnien und Herzegowina bei der Abhaltung seiner jährlichen Landestagung, den Vorsitzenden des Staatspräsidiums bei der Organisation eines Besuchs bei der örtlichen Bevölkerung im Westen des Landes, des ersten seiner Art, sowie den Interreligiösen Rat bei Besuchen in Sarajevo, Vitez und Kneževo. Zusammen mit dem Gemeinsamen Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung für europäische Integration wurde eine Konferenz zur Informations- und Medienfreiheit veranstaltet. Die Mission und das UNHCR-Büro begingen gemeinsam mit einer Vorführung des Films *U potrazi za snom/Chasing a Dream* den Weltflüchtlingstag.

Die Mission im Kosovo

Leiter der Mission: **Botschafter Jan Braathu**

Haushalt: 17 510 500 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 348 953 EUR (aus außerbudgetären Finanzierungszusagen)

Personal: international 76, lokal 370 (davon 1 im Rahmen eines außerbudgetären Projekts)

www.osce.org/mission-in-kosovo

Politisch gesehen war 2017 ein ereignisreiches Jahr für den Kosovo¹. Die Mission hielt Schritt mit den Geschehnissen und stellte ihre Relevanz für alle Beteiligten unter Beweis. Wichtige Aktivitäten der Mission bestanden in der Unterstützung der Einsammlung der Stimmzettel für die serbische Präsidentenwahl im ganzen Kosovo und, in den vier nordkosovarischen Gemeinden, der Durchführung der Wahlen zur Versammlung des Kosovo und der Gemeinderatswahlen. Bei allen diesen drei groß angelegten Einsätzen ermöglichte die Mission den Zugang zu den Wahllokalen und trug zum Abbau möglicher Spannungen bei. Die Mission führte Beobachtungen in großem Maßstab durch, insbesondere in Bezug auf Fragen betreffend Gemeinschaften, die nicht der Mehrheit angehören, und vermittelte rasche Lösungen für festgestellte Problematiken.

VOLKSGRUPPENRECHTE

Dank des Eintretens der Mission für den Dialog zwischen den Volksgruppen unterzeichneten 19 Gemeinden aus drei Regionen gemeinsame Erklärungen, in denen sie sich verpflichteten, gemeinschaftliche Pläne zur Förderung der Beziehungen zwischen den Volksgruppen zu entwickeln und zu unterstützen.

Die Mission organisierte ein erstes hochrangiges Forum zur Einhaltung der Sprachenrechte, zu dem Amtsträger und Vortragende aus zwei- und mehrsprachigen Rechtssprechungsgebieten zusammentrafen, um das Bewusstsein der örtlichen Institutionen für Sprachenrechte zu schärfen und die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben im Kosovo zu verbessern, die als konform mit modernen internationalen Standards für Mehrsprachigkeit erachtet werden. Das Forum legte das Fundament für das weitere Engagement der Mission in diesem Bereich.

INTERVENTIONEN ZU VOLKSGRUPPEN

Die Mission half Rückkehrern in Lubozhdë/Ljubožde dabei, Ausweisdokumente zu erhalten.

Die Mission vermittelte eine vielgestaltige und multiethnische Reaktion auf Wasserversorgungsengpässe und Viehdiebstahl in Novo Brdo/Novobërdë.

Die Mission war bei der Suche nach einer sowohl für die islamische Gemeinschaft als auch die serbisch-orthodoxe Kirche annehmbaren Lösung für die Sonderschutzzone um die serbisch-orthodoxe Kirche in Lipjan/Lipljan behilflich.

Die Mission ermöglichte den Erwerb bewegungssensoren-gesteuerter Beleuchtung für das Grundstück von Kata Grujić, einer Rückkehrerin, deren Liegenschaft wiederholten

1 Jede Bezugnahme auf den Kosovo in diesem Bericht, sei es auf das Territorium, die Institutionen oder die Bevölkerung, ist ausschließlich im Sinne der Resolution 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu verstehen.

Raubüberfällen ausgesetzt gewesen war, und regte häufigere Polizeipatrouillen in dessen Umgebung an.

LEGISLATIVE UNTERSTÜTZUNG

Die Mission prüfte 20 Gesetzesentwürfe, sechs Verordnungen, sechs Verwaltungsvorschriften und sechs Konzeptpapiere staatlicher Körperschaften. Zur Verbesserung der Einhaltung der Sprachenrechte und Unterstützung der Integration der Justiz prüfte die Mission neun für eine funktionierende Justiz wichtige Gesetze. Sie stellte 49 Fehler in den serbischsprachigen Ausgaben dieser Gesetze fest und setzte sich energisch für die Verabschiedung eines Gesetzesentwurfs über Rechtsakte der Regierung ein. Dies führte zur raschen Verabschiedung verbesserter serbischsprachiger Fassungen aller Gesetze; diese haben einen ihren albanischsprachigen Entsprechungen gleichberechtigten Status. Die Mission verfolgte 2 404 Verhandlungen bei 1 414 sowohl straf- als auch zivilrechtlichen Gerichtsverfahren. Die prioritären Themenbereiche bei der Gerichtsbeobachtung durch die Mission waren Fälle betreffend Terrorismus, Korruption, Frauenrechte, häusliche Gewalt, Kriegsverbrechen und Volksgruppenrechte, dabei insbesondere interethnische Eigentumsstreitigkeiten.

MEDIENENTWICKLUNG

Im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit der Mission mit Journalistenverbänden und Justizeinrichtungen wurde ein koordinierender Staatsanwalt bestellt, der sich mit Fällen von Straftaten gegen Journalisten befassen sollte. Dies führte zur Verurteilung mehrerer Täter im Oktober.

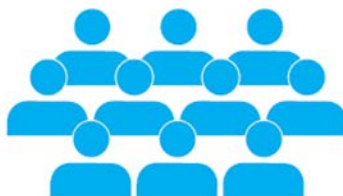
Die Mission rief gemeinsam mit dem Bildungsministerium eine Medienkompetenzinitiative ins Leben und bildete 14 örtliche Lehrer in Medienkompetenz fort. Nach einer Pilotphase an sieben Schulen der unteren Sekundarstufe ist nunmehr geplant, Medienkompetenz in den offiziellen Lehrplan aufzunehmen.

UNTERSTÜTZUNG BEI WAHLEN

Die Mission spielte bei der Ermöglichung von Wahlvorgängen 2017 eine federführende Rolle.



2 April 2017
Collection of votes
operation in Kosovo
for the Serbian
presidential election



11 June 2017
Support in the conducting
of the early Kosovo
Assembly elections in
northern Kosovo



22 October 2017
Support in the
conducting of local
elections in northern
Kosovo

- 2. April 2017
Sammlung der Stimmzettel für die serbischen Präsidentenwahlen im Kosovo

- 11. Juni 2017
Unterstützung bei der Durchführung der vorgezogenen Wahlen zum kosovarischen Parlament im nördlichen Kosovo

- 22. Oktober 2017
Unterstützung bei der Durchführung der Gemeinderatswahlen im nördlichen Kosovo

ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

Zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bevölkerung war die Mission bei der Einrichtung und Schulung neuer örtlicher Ausschüsse für die öffentliche Sicherheit zur bürgernahen Polizeiarbeit behilflich. Damit wurden mittlerweile insgesamt 60 derartige Ausschüsse eingerichtet, davon elf in den vier nordkosovarischen Gemeinden. Etwa 600 Mitglieder sind in diesem Rahmen mit der Umsetzung verschiedener örtlicher Initiativen zur Verbesserung von Schutz und Sicherheit in den jeweiligen Gebieten befasst. Mit Unterstützung der Mission erhielt die Akademie für öffentliche Sicherheit des Kosovo eine Akkreditierung als Gesamteinrichtung sowie eine Akkreditierung ihres Bachelor-Lehrgangs.

ÖFFENTLICHE SICHERHEIT IN ZAHLEN

- 60 örtliche Ausschüsse für die öffentliche Sicherheit mit etwa 600 Mitgliedern, davon 11 in den nordkosovarischen Gemeinden
- 26 Aus- und Fortbildungskurse für mehr als 500 Teilnehmer aus Sicherheitsbehörden und der Zivilgesellschaft
- 68 Workshops, Seminare und Diskussionsrunden für etwa 2.000 Teilnehmer aus Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft
- Workshop zur Prüfung von elf Strategien und Aktionsplänen im Bereich Schutz und Sicherheit
- Mehr als 50 Aktivitäten zur Unterstützung der Umsetzung der Strategie und des Aktionsplans der Regierung gegen gewalttätigen Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen (VERLT)

GENDERFRAGEN

Die Mission arbeitete zusammen mit der Frauenvereinigung der kosovarischen Polizei an der Entwicklung der Management- und Führungskompetenzen von Polizeibeamtinnen und bildete Angehörige der Vereinigung in der Aufnahme von Frauen in operative Führungspositionen fort. Für 2018 plant die Mission die Ausarbeitung eines letzten Moduls für diese Fortbildungsplattform, mit dem Ziel, ein Praktikumsprogramm in europäischen Polizeistrukturen für etwa 14 hochrangige Polizeibeamtinnen zu schaffen, die die vorangegangenen Module absolviert haben.

INTERRELIGIÖSER DIALOG

Die Mission erleichterte weiterhin den Dialog zwischen den Glaubensgemeinschaften und förderte die religiöse Toleranz, indem sie Vertreter der islamischen Religionsgemeinschaft,

der serbisch-orthodoxen Kirche, der katholischen Glaubensgemeinschaft, der protestantisch-evangelischen Kirche, der jüdischen Religionsgemeinschaft und des Tarikat-Ordens in gemeinsame Aktivitäten, Foren, Vorlesungen, Workshops und Besuche an religiösen Stätten einband.

Infolge der Vermittlung interreligiöser Foren durch die Mission wurde der 21. September von der Gemeindeversammlung von Pejë/Peć zum „Tag der religiösen Toleranz“ erklärt.

PARTNERSCHAFTEN

Die Mission unterstützte und förderte die Tätigkeit des Regionalen Büros für Jugendzusammenarbeit (RYCO), im Bemühen um Aussöhnung und regionale Zusammenarbeit. Sie organisierte acht Informationsveranstaltungen, um die Öffentlichkeit über die Schaffung und den Zweck des RYCO sowie die zugehörigen Finanzierungsmöglichkeiten in Kenntnis zu setzen. Bei einem Treffen von regionalen *OSCE Youth Focal Points* und RYCO-Vertretern wurden weitreichende Kooperationspläne erarbeitet. Dabei arbeitete die Mission eng mit der OSZE-Präsenz in Albanien zusammen. Sie beteiligte sich auch an der Organisation eines großen gemeinsamen Planungstreffens von OSZE und RYCO in Tirana, um weitere Gelegenheiten für gemeinschaftliche Aktivitäten zu eruieren.

Die Mission in Montenegro

Leiterin der Mission: **Botschafterin Marise Daviet**

Haushalt: 2 146 200 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 211 333 EUR (aus außerbudgetären Finanzierungszusagen)

Personal: international 8, lokal 29

www.osce.org/mission-to-montenegro

Die Mission setzte auch 2017 ihre Hilfestellung für die laufenden Reformprozesse im Land und ihre Unterstützung des Landes bei der Befassung mit den Empfehlungen des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte zu den montenegrinischen Parlamentswahlen vom Oktober 2016 fort. Zusätzlich unterstützte die Mission die montenegrinische staatliche Wahlkommission bei der Stärkung ihrer Kapazitäten zur administrativen Abwicklung von Wahlen und die montenegrinische Agentur für elektronische Medien bei der Weiterverfolgung der Empfehlungen für politische Werbung. In enger Zusammenarbeit mit nationalen Partnern förderte sie weiterhin die Medienfreiheit, gute Regierungsführung, Menschenrechte, die Sicherheitszusammenarbeit und die Gleichstellung der Geschlechter.

UNTERSTÜTZUNG BEI WAHLREFORMEN

Die Mission lieferte der staatlichen Wahlkommission fachliche Unterstützung bei der Stärkung ihrer institutionellen Kapazitäten. Diese Unterstützung umfasste die Bereitstellung internationaler Wahlexperten, Fortbildungen zur strategischen und operativen Planung für Mitglieder und Bedienstete der staatlichen Wahlkommission und der kommunalen Wahlkommissionen, Schulungen im Einsatz neuer Technologien bei Wahlvorgängen, die Förderung der durchgängigen Beachtung von Genderfragen sowie die Lieferung neuer Ausrüstung zur Steigerung der Effizienz der staatlichen Wahlkommission. Zur Unterstützung der Bemühungen der Agentur für elektronische Medien AEM um die Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für politische Werbung gab die Mission eine vergleichende Studie zu politischer Werbung und Medienkampagnen in Auftrag. Diese Studie, die einen breit angelegten Vergleich der Methoden in unterschiedlichen Rechtssystemen anstellt und Verbesserungsvorschläge für die bestehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen liefert, wurde den beteiligten Akteuren zur Verfügung gestellt.

SCHUTZ VON KINDERN VOR SCHÄDLICHEN MEDIEN- UND INTERNETINHALTEN

In Zusammenarbeit mit der AEM und dem montenegrinischen Amt für den Schutz der Menschenrechte hat die Mission eine Aufklärungskampagne konzipiert und umgesetzt, um die Standards der professionellen Berichterstattung zu verbessern, die Rechte von Kindern zu fördern und Kinder davor zu schützen, für politische Werbung eingesetzt zu werden. Sie unterstützte eine regionale Konferenz, bei der Möglichkeiten zum Schutz von Kindern vor schädlichen Medien- und Internetinhalten untersucht wurden, mit besonderem Augenmerk auf der Verhütung der Ausbeutung von Kindern für politische Werbung.

LEITFADEN ZUR SICHERHEIT VON JOURNALISTEN, DIE ÜBER PROTESTVERANSTALTUNGEN BERICHTEN

Nachdem Journalisten, die von öffentlichen Protestveranstaltungen in Montenegro berichteten, willkürlichen Festnahmen, Misshandlungen und Einschüchterungen durch die Polizei sowie Behinderungen bei der Arbeit ausgesetzt worden waren, erstellte die Mission einen in montenegrinischer Sprache verfassten Leitfaden für Medienunternehmen zur Sicherheit von Journalisten, die von Protestveranstaltungen berichten. Fünfhundert Exemplare des Leitfadens wurden an Journalisten und Medienvertreter verteilt, dazu hundert Journalistenausrüstungskits mit gut sichtbaren Presseabzeichen für mehr Sicherheit bei der Arbeit vor Ort.

UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE SCHAFFUNG EINES NATIONALEN API-SYSTEMS ZUR FLUGGASTDATENÜBERMITTLUNG

Die Mission unterstützte Montenegro bei der Schaffung eines nationalen API-Systems (*Advance Passenger Information*) zur Vorabübermittlung von Fluggastdaten. Zusammen mit dem Referat für Grenzsicherung und Grenzmanagement der Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen der OSZE wurde ein Fahrplan zur API-Umsetzung in Montenegro entwickelt.

UNTERSTÜTZUNG FÜR DAS REGIONALE BÜRO FÜR JUGENDZUSAMMENARBEIT

Durch ihre Unterstützung einer Veranstaltung des Regionalen Büros für Jugendzusammenarbeit (RYCO) leistete die Mission einen Beitrag zur Aussöhnung und Zusammenarbeit unter den Jugendlichen in der Region. Dabei zeigten junge Fotografen aus der Region in einer Ausstellung mit dem Titel *View of My Neighbour* ihre Werke. Die Mission ermöglichte die Projektausschreibung des RYCO, indem es zehn öffentliche Informationsveranstaltungen für ungefähr 340 Studierende in ganz Montenegro mitorganisierte. Bei diesen Veranstaltungen wurde die Entwicklung von Projekten unterstützt, die die Aussöhnung durch Jugendmobilität, -zusammenarbeit und -aktivismus in der Region fördern. Die Mission arbeitete auch an einer Stärkung der Kapazitäten von Nichtregierungsorganisationen zur Entwicklung einschlägiger Vorschläge.

UNTERSUCHUNG DER FRAGE VON ZWANGSEHEN IN FRÜHEM ALTER

Die Mission gab eine Analyse in Auftrag, durch die in sechs Gemeinden (Podgorica, Cetinje, Nikisic, Berane, Bjelo Polje und Herceg Novi) die Faktoren ermittelt werden sollten, die zu frühzeitig geschlossenen Zwangsehen führen, und ließ einen lokalen Modellplan zur Unterstützung der Gemeinden bei der Umsetzung der nationalen Strategie für die Inklusion der Roma und Ägypter entwickeln. Die Schlussfolgerungen aus der Analyse wurden auf einer nationalen Konferenz präsentiert, bei der die Teilnehmer die Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes für die Auseinandersetzung mit frühen Zwangsehen unterstrichen.

AUSARBEITUNG VON LEITLINIEN ZUR WAHRUNG DER RECHTE DER OPFER VON MENSCHENHANDEL

Zur Wahrung der Rechte der Opfer von Menschenhandel unterstützte die Mission in Zusammenarbeit mit dem montenegrinischen Innenministerium eine Arbeitsgruppe bestehend aus Experten der OSZE und des montenegrinischen Amts zur Bekämpfung des

Menschenhandels sowie aus Vertretern der Richterschaft, Staatsanwaltschaft, Polizei und Zivilgesellschaft, die Leitlinien für Polizei, Staatsanwaltschaft und Richterschaft ausarbeiten sollte.

STÄRKUNG DER KAPAZITÄTEN DES PARLAMENTS

In Zusammenarbeit mit dem montenegrinischen Parlament und dem ODIHR bot die Mission Workshops an, bei denen die parlamentarischen Ausschüsse ihre Kenntnisse und Kompetenzen in der Durchführung gendersensibler Analysen von Gesetzestexten verbessern konnten. Bei diesen Workshops wurde auf das ODIHR-Instrument für Gesetzgeber mit dem Titel *Making Laws Work for Women and Men: A Practical Guide to Gender-Sensitive Legislation* zurückgegriffen. Die Mission ermöglichte auch Diskussionen mit Parlamentsmitarbeitern über Möglichkeiten einer besseren Leistungserbringung und lieferte Beispiele für vorbildliche Verfahren für administrative und verfahrenstechnische Tätigkeiten.

HILFESTELLUNG FÜR MONDEM BEI DER ZERSTÖRUNG INSTABILER KONVENTIONELLER MUNITION

Im Rahmen des Programms MONDEM zur Entmilitarisierung Montenegros wurden gemeinsam mit der montenegrinischen Regierung und dem UNDP insgesamt 91,41 Tonnen an instabiler konventioneller Munition sicher zerstört.

PARTNERSCHAFTEN

Bei der Durchführung ihrer Tätigkeit arbeitete die Mission eng mit den verschiedensten Dienststellen und Institutionen der Regierung sowie mit zahlreichen internationalen Partnern zusammen, darunter VN-Sonderorganisationen, der Europarat, die Europäische Rundfunkunion, DCAF und diplomatische Vertretungen in Montenegro.

Die Mission in Serbien

Leiter der Mission: **Botschafter Andrea Orizio**

Haushalt: 6 3238 000 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 3 073 414 EUR (aus außerbudgetären Finanzierungszusagen)

Personal: international 20, lokal 119 (davon elf im Rahmen außerbudgetärer Projekte)

www.osce.org/mission-to-serbia

2017 war die Mission Serbien bei der Stärkung der institutionellen und politischen Rahmenbedingungen für ein rechenschaftspflichtiges und effizientes Polizei- und Justizsystem, eine inklusive Demokratie und unabhängige und qualitätsvolle Medien behilflich. Die Mission passte ihre Aktivitäten an die sich wandelnden Bedürfnisse des Gastlands an und arbeitete mit staatlichen Institutionen, der Zivilgesellschaft und den Medien partnerschaftlich zusammen, wobei sie deren Eigenverantwortung stärkte, ihre Kapazitäten weiter ausbaute und die regionale Zusammenarbeit erleichterte.

BEKÄMPFUNG GRENZÜBERSCHREITENDER BEDROHUNGEN

Aufbauend auf der Absichtserklärung der regionalen Staatsanwälte, die regionale Zusammenarbeit im Kampf gegen die organisierte Kriminalität verstärken zu wollen, unterstützte die Mission weiterhin die Vernetzung der mit der organisierten Kriminalität befassten Staatsanwälte und ermöglichte die Ausrichtung einer dritten regionalen Konferenz in Rom. Bei dieser Gelegenheit konnten solche spezialisierten Staatsanwälte aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Italien, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Montenegro, Rumänien, Serbien, Slowenien und Ungarn ihre Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der schweren grenzüberschreitenden Kriminalität und der schweren grenzüberschreitenden Terrorismus verbessern und Informationen darüber austauschen.

Die Mission arbeitete zusammen mit dem Innenministerium an der Operationalisierung der Taskforce zur Bekämpfung des Migrantenschmuggels, die rasch zu einem Vorbild für andere Länder der Region wurde. Zur weiteren Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit erleichterte die Mission den Informationsaustausch zwischen der Taskforce und ihren Pendanten in den Nachbarländern. Im Rahmen ihrer umfassenden Bemühungen um die Unterstützung Serbiens bei der Bewältigung neuer grenzüberschreitender Bedrohungen arbeitete die Mission bei der Untersuchung neuer Herausforderungen im Bereich der Cybersicherheit und Möglichkeiten zum Umgang damit ebenfalls mit zuständigen Stellen in anderen Ländern zusammen.

UNTERSTÜTZUNG DER MEINUNGSFREIHEIT UND DER PROFESSIONALITÄT DER MEDIEN

2017 förderte die Mission den Dialog zwischen staatlichen Institutionen, Medienschaffenden, wissenschaftlichen Kreisen und der Zivilgesellschaft in der Diskussion über medienpolitische Lösungen:

- Um die Wissenschaft in die Analyse von Medieninhalten von öffentlichem Interesse und eine Neuausrichtung der Medienpolitik einzubinden, organisierte die Mission eine regionale Konferenz für Medienforscher aus Südosteuropa zur Glaubwürdigkeit der Medien.

- Zur Unterstützung der politischen Entscheidungsträger und Medienschaffenden beim Umgang mit den Anforderungen des digitalen Zeitalters organisierte die Mission in Partnerschaft mit Deutschland eine internationale Konferenz in Belgrad, die unter dem Titel *Agenda for Change: Developing Media in the Digital Age* stand.
- Auf örtlicher Ebene vermittelte die Mission zehn Debatten über Medienkompetenz und die Rolle der lokalen Medienunternehmen bei der Bereitstellung von Inhalten von öffentlichem Interesse. An den Diskussionen nahmen mehr als 400 Teilnehmer teil, unter Beteiligung von Vertretern der Zivilgesellschaft und der kommunalen Selbstverwaltungen.
- Die Mission unterstützte einen Austausch zwischen zwei prominenten Journalisten aus Serbien und Albanien. In insgesamt zwölf Artikeln erörterten die beiden Themen, mit denen das gegenseitige Verständnis zwischen ihren jeweiligen Gesellschaften gefördert werden sollte.

INKLUSION NATIONALER MINDERHEITEN – SERBISCH ALS ZWEITSPRACHE

Um Serbien dabei zu unterstützen, den gleichberechtigten Zugang von Jugendlichen, die nationalen Minderheiten angehören, zum Arbeitsmarkt und den staatlichen Institutionen zu gewährleisten, setzte die Mission ihre Arbeit an der Entwicklung von Standards für den Unterricht von Serbisch als Zweitsprache fort. Dieses Fach wird in Schulen der Primar- und Sekundarstufe unterrichtet, in denen in Sprachen nationaler Minderheiten unterrichtet wird. 2017 unterstützte die Mission die Ausarbeitung entsprechender Lehrpläne und ermöglichte die Ausbildung in Unterrichtsstandards für 80 Lehrer aus 90 Schulen der Primar- und 40 Schulen der Sekundarstufe, in denen der Regelunterricht auf Albanisch oder Ungarisch erfolgt.

AUF DEM WEG ZU EINEM MODERNEN JUSTIZSYSTEM

Zur Gewährleistung eines unabhängigen, rechenschaftspflichtigen und wirksamen Justizsystems unterstützte die Mission die laufende serbische Justiz- und Verfassungsreform und war Angehörigen staatlicher Institutionen und juristischer Fachverbände bei der Kompetenzentwicklung behilflich. In Zusammenarbeit mit einer Reihe an Institutionen, von der Korruptionsbekämpfungsbehörde bis hin zur Handelskammer, unterstützte sie Serbien außerdem bei der Korruptionsbekämpfung. In Partnerschaft mit dem Justizministerium half die Mission den Strafvollzugsbehörden bei der Einführung fortschrittlicher Maßnahmen zur Verbesserung der Weiterbildung und Resozialisierung Straffälliger mit besonderem Augenmerk auf Frauen und Jugendlichen.

„Die erfolgreichste Strategie zur Eindämmung von Gewalttätigkeit ist die Verhütung und Entschärfung von Extremismus, bevor er in Gewalt umschlägt. Solche Präventionsmaßnahmen sind etwa Bildung, die Arbeit mit der örtlichen Bevölkerung und den Jugendlichen oder die Förderung der Medienkompetenz. Diese Aufgabe verlangt nach einem mehrdimensionalen, umfassenden Ansatz und koordinierten Bemühungen seitens aller einschlägigen Institutionen und gesellschaftlichen Akteure. Ihre aktive Einbindung und Eigenverantwortung sind entscheidend für die langfristige Nachhaltigkeit der Präventionsmaßnahmen.“

Botschafter Andrea Orizio
Leiter der OSZE-Mission in Serbien

PARTNERSCHAFTEN

Zur Förderung der Vernetzung zwischen den Jugendlichen der Region sowie der Ermächtigung der Frauen arbeitete die Mission mit der OSZE-Präsenz in Albanien, der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina und der OSZE-Mission im Kosovo zusammen. Beim Umgang mit den Langzeitfragen der Vertreibung und Migration setzte die Mission ihre Zusammenarbeit mit dem UNHCR – im Rahmen des Regionalen Wohnraumbeschaffungsprogramms – sowie mit der OSZE-Mission in Skopje fort. Die Mission arbeitete auch mit dem Europarat zusammen, mit dem sie gemeinsam Strafvollzugsbeamte dafür ausbildete, Hinweise auf Radikalisierung und Terrorismus unter den Gefängnisinsassen zu erkennen.

Die Mission in Skopje

Leiterin der Mission: **Botschafterin Nina Suomalainen**

Haushalt: 6 442 600 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 1 090 459 EUR (aus außerbudgetären Finanzierungszusagen)

Personal: international 37, lokal 111 (davon sechs im Rahmen außerbudgetärer Projekte)

www.osce.org/mission-to-skopje

Die OSZE-Mission in Skopje konzentrierte sich 2017 auf die Unterstützung der Umsetzung des Rahmenübereinkommens von Ohrid, die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Volksgruppen, die frühzeitige Meldung sicherheitsrelevanter Entwicklungen und die Unterstützung des Reformprozesses im Lande. Das Jahr 2017 war ein Meilenstein für die Mission, die den 25. Jahrestag ihrer Einrichtung feierte.

FELDPRÄSENZ UND FRÜHWARNUNG

Frühwarnung ist ein zentraler Bestandteil des Mandats der Mission. Als einzige internationale Organisation im Land mit der Kapazität und Expertise für die landesweite Beobachtung sicherheitsrelevanter Entwicklungen schaffte die Mission auch 2017 mit ihrer Präsenz vor Ort einen Mehrwert. Den gesamten Winter hindurch beobachtete die Mission die Lage, während sich eine politische Krise zuspitzte und es über einen längeren Zeitraum täglich zu Demonstrationen kam. Diese politische Krise erreichte am 27. April mit der Stürmung des Parlaments ihren Höhepunkt, wobei die Mission das Sekretariat und den Vorsitz der OSZE in Echtzeit vom Ort des Geschehens aus mit Informationen versorgte.

VERBESSERUNG DER VERFAHREN ZUR DURCHFÜHRUNG VON WAHLEN

Eines der Ziele der Mission bleibt die Verbesserung der Verfahren zur Durchführung von Wahlen. Die Mission unterstützte 2017 die Staatliche Wahlkommission (SEC) bei der Einführung struktureller Veränderungen gemäß den Empfehlungen des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte. Zur Verbesserung des Zugangs zu Wahlen für Menschen mit Behinderungen unterstützte die Mission die SEC bei der Kartierung aller rollstuhlgängigen Wahllokale und lieferte ihr fachkundige Beratung für die Erstellung von Stimmzetteln in Blindenschrift.

PROZESSBEOBACHTUNG

Die Mission setzte ihre Prozessbeobachtungstätigkeit fort und wohnte mehr als 105 Gerichtsverhandlungen zu 16 prominenten Fällen und 96 Verhandlungen zu 21 unter die Zuständigkeit der Sonderstaatsanwaltschaft fallenden Fällen bei. Zusätzlich unterstützte die Mission die Beobachtung von etwa 500 Verhandlungen zu verschiedenen strafrechtlichen Fällen durch die NGO-Koalition *All for Fair Trials*.

STÄRKUNG DER RECHTSSTAATLICHKEIT

Die Mission förderte Diskussionen über die Unabhängigkeit und Transparenz der Justiz zwischen 120 Richtern und bildete mehr als 180 Richter und Staatsanwälte zu Strafverfahren und internationaler Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten fort. Darüber hinaus unterstützte sie die Einrichtung der ersten Rechtsberatungsstelle zu Antikorruptionsgesetzen an der juristischen Fakultät der Universität Skopje.

DEMOKRATISCHE POLIZEIARBEIT UND BEKÄMPFUNG DER ORGANISIERTEN KRIMINALITÄT

Die Mission befasste sich weiterhin mit der Verstärkung der institutionellen Kapazitäten des Innenministeriums, wobei das Hauptaugenmerk den Grundsätzen demokratischer Polizeiarbeit in einer multiethnischen Gesellschaft galt. Sie organisierte Fortbildungskurse für Polizeibeamte, bei denen diese für die Erkennung und Bekämpfung von Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund des Geschlechts, die Untersuchung und Verfolgung von Hasskriminalität und die Reaktion auf kritische Ereignisse geschult wurden. Um die Polizei beim Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen und der Bewältigung der organisierten Kriminalität zu unterstützen, organisierte die Mission Workshops zum Echtzeit-Datenaustausch, zur Beobachtung grüner Grenzen und zum Kampf gegen die Geldwäsche.

BEKÄMPFUNG VON GEWALTTÄTIGEM EXTREMISMUS UND RADIKALISIERUNG, DIE ZU TERRORISMUS FÜHREN

In Partnerschaft mit der Botschaft der Vereinigten Staaten und dem *Partnership for Peace Consortium* (PfPC) organisierte die Mission für mehr als 100 Teilnehmer eine Tabletop-Übung zur Reaktion des Landes und der Region auf das Phänomen der ausländischen terroristischen Kämpfer. Darüber hinaus half sie 75 Schülern und 15 Lehrern mit von der OSZE organisierten Konfliktlösungskursen bei der Stärkung ihrer Widerstandskraft gegen Radikalisierung.

BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS

Zusammen mit der nationalen Kommission zur Bekämpfung des Menschenhandels, dem Büro für Bildungsentwicklung des mazedonischen Bildungsministeriums, der NGO *Open Gate – La Strada* in Skopje und dem *UNITAS Fund* Serbien startete die Mission die Kampagne *#OpenYourEyes* zur Sensibilisierung Jugendlicher für die Gefahren des Menschenhandels mithilfe neuer Technologien.

FÖRDERUNG VON TOLERANZ UND NICHTDISKRIMINIERUNG

Im Bemühen um die Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung bildete die Mission 70 Richter, 130 Jugendbetreuer, 20 Jungpolitiker und 300 Jurastudenten für den angemessenen Umgang mit Diskriminierung und Hasskriminalität fort. Sie arbeitete mit nationalen Behörden zusammen und unterstützte die Ausarbeitung des neuen Antidiskriminierungsgesetzes und der Änderungen am Strafgesetz hinsichtlich Hasskriminalität.

BEMÜHUNGEN UM DIE INKLUSION DER ROMA

Die Mission unterstützte die nationalen Behörden weiterhin in ihren Bemühungen um eine verbesserte Umsetzung der Volksgruppenrechte der Roma und bot dem Arbeits- und Sozialministerium dabei auch technische Unterstützung bei der Entwicklung einer offiziellen Datenbank der nicht gemeldeten Personen in der Roma-Gemeinschaft.

INTEGRATION DURCH BILDUNG

Die Mission setzte ihre Zusammenarbeit mit dem Bildungs- und Wissenschaftsministerium fort und unterstützte die Einführung staatlichen Beihilfen für integrative Unterrichtsaktivitäten sowie die Durchführung einer landesweiten Umfrage zu Wahrnehmungen und Einstellungen zum integrativen Unterricht. Zur Unterstützung der Integration an den Schulen und der Verbesserung der Interaktion zwischen Schülern aus verschiedenen Volksgruppen wurde das Projekt *Building Bridges* auch 2017 weitergeführt.

EIGENVERANTWORTLICHE JUGENDARBEIT

Zur verstärkten Einbindung der Jugendlichen und zur Förderung des Dialogs zwischen Schülern und Studenten verschiedener Volksgruppen unternahm die Mission folgende Aktivitäten:

- Organisation von vier Workshops zur Gemeinwesenarbeit für mehr als 110 Oberstufenschüler aus 6 Schulen aus Kumanovo sowie von Schulungen zu Teamarbeit und Konfliktlösung für mehr als 100 Schüler aus 25 Schulen und sechs ethnisch gemischten Gemeinden
- Unterstützung der Agentur für Jugend und Sport bei der Vorbereitung eines Leitfadens zu wirksam arbeitenden lokalen Jugendräten
- Unterstützung der Vorbereitung der lokalen Jugendstrategie der Gemeinde Shtip und der Überarbeitung der lokalen Jugendstrategie der Gemeinde Cair sowie
- Bereitstellung technischer Unterstützung für die örtliche Niederlassung des Regionalen Büros für Jugendzusammenarbeit (RYCO) in Skopje und Organisation von Schulungen zu Kommunikationskompetenzen für Mitglieder fünf lokaler Jugendräte

PARTNERSCHAFTEN

Die Mission arbeitete eng mit den nationalen Behörden und Agenturen, politischen Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Medienverbänden, diplomatischen Missionen und internationalen Organisationen zusammen sowie mit den OSZE-Feldoperationen in Südosteuropa. Außerdem spielte sie weiterhin eine aktive Rolle innerhalb des Mechanismus der Sicherheitsverantwortlichen, an dem auch die EU-Delegation, die Botschaft der Vereinigten Staaten und das Verbindungsbüro der NATO in Skopje beteiligt sind.

Die Mission in Moldau

Leiter der Mission: **Botschafter Michael Scanlan**

Haushalt: 2 264 000 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 94 567 EUR (aus außerbudgetären Mittelzusagen)

Personal: international 9, lokal 40 (davon 1 im Rahmen eines außerbudgetären Projekts)

www.osce.org/mission-to-moldova

Hauptaufgabe der OSZE-Mission in Moldau ist es, Hilfestellung bei der Herbeiführung einer umfassenden, friedlichen und dauerhaften Lösung für den Transnistrien-Konflikt auf Grundlage der territorialen Integrität und Souveränität der Republik Moldau, mit einem Sonderstatus für Transnistrien innerhalb von Moldau, zu leisten. Mit der Unterzeichnung von Vereinbarungen zu fünf vorrangigen Fragen erzielten die Seiten mit laufender Unterstützung durch die Mission 2017 einen Durchbruch im Beilegungsprozess.

Die Umsetzung dieser Vereinbarungen wird dazu beitragen, die Verhältnisse vor Ort an den von allen 57 Teilnehmerstaaten gutgeheißenen Endzustand heranzuführen. In enger Zusammenarbeit mit den OSZE-Institutionen unterstützte die Mission Moldau auch in diesem Jahr dabei, seine politischen Verpflichtungen in Bezug auf die Einhaltung zu verwirklichen, und förderte eine inklusive staatsbürgerliche Identität und eine Toleranzkultur, die den Beilegungsprozess begleiten müssen.

HISTORISCHER IMPULS ZUR BESCHLEUNIGUNG DES BEILEGUNGSPROZESSES IN DER TRANSNISTRIEN-FRAGE

Am 18. November wurde die Gura-Bîcului-Bytschok-Brücke über den Dnister/Nistru erstmals wieder für den Autoverkehr geöffnet; sie war im bewaffneten Konflikt von 1992 zerstört und 2001 wiederhergestellt worden. Dieser historische Beschluss, der im Büro der Mission unterzeichnet wurde, ebnete den Weg für Vereinbarungen zu mehreren wichtigen Fragen sozialer und wirtschaftlicher Natur, die von den Seiten am 25. November unterzeichnet wurden. Diese Entwicklungen wurden auf dem „5+2“-Treffen am 27. und 28. November in Wien begrüßt, bei dem die Seiten zusagten, im Laufe des Jahres 2018 weitere praktische Ergebnisse auf den Weg zu bringen. Teilnehmer an den Gesprächen im „5+2“-Format waren die Vertreter der Seiten, Mediatoren und Beobachter – Moldau, Transnistrien, die OSZE, die Russische Föderation, die Ukraine sowie die Vereinigten Staaten und die Europäische Union. Ausschlaggebend dafür, dass die Seiten den Verhandlungsprozess nunmehr in gemeinsamer Verantwortung übernahmen, war unter anderem das persönliche Engagement der führenden Politiker in Chişinău und Tiraspol, das die Bemühungen und den Einsatz der Chefverhandler der Seiten und Experten der Arbeitsgruppen ergänzte.

FÖDERUNG EINE INKLUSIVEN STAATSBÜRGERLICHEN IDENTITÄT UND EINER OFFENEN, TOLERANTEN GESELLSCHAFT

Ein wichtiges Ziel für die Erreichung des Endzustandes des Beilegungsprozesses ist die Förderung einer inklusiven Gesellschaft und Identität. Die Mission richtete ihre Aktivitäten auf die jüngsten Verpflichtungen Moldaus aus, die Festigung der Beziehungen zwischen den Volksgruppen im Lande zu fördern, ebenso wie einen hochwertigen Unterricht der Staatssprache und auch die Ausbildung in den Minderheitensprachen, und die Vertretung nationaler Minderheiten im öffentlichen Dienst und deren Zugang zur Justiz sicherzustellen.

Diesbezüglich arbeitete die Mission eng mit dem Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten zusammen. Die Mission ermutigte auch dazu, der Umsetzung dieser internationalen Verpflichtungen in Politik und Handeln größeres Augenmerk zu widmen, und unterstützte die Regierung zu diesem Zweck beim Entwurf eines dreijährigen Aktionsplans für 2017 – 2020; der Plan betrifft die Umsetzung der Strategie für die Festigung der Beziehungen zwischen den Volksgruppen, die vom Ministerkabinett am 15. November 2017 verabschiedet wurde.

Ferner leistete die Mission technische Hilfestellung für die gemeinsame Arbeitsgruppe, in der Vertreter des moldauischen Parlaments und Abgeordnete zur Volksversammlung der Autonomen Territorialen Einheit Gagausien, einem Regionalparlament, zusammenkommen, um die Grundlagen für die Abstimmung der moldauischen Rechtsvorschriften mit dem Gesetz über den Sonderstatus Gagausiens von 1994 zu schaffen und die Autonomie Gagausiens zu klären und festzuschreiben.

HIGHLIGHTS DES JAHRES 2017

- Öffnung der Brücke von Gura Bîcului Bytschok, die die Seiten verbindet, des wichtigsten ehemaligen Ost-West-Verkehrskorridors, der die letzten 25 Jahre für den Verkehr gesperrt war
- Verwirklichung der Bestrebungen in der OSZE-Ministererklärung von 2016 nach einem ergebnisorientierten Ansatz für den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage
- Erzielung von Vereinbarungen zwischen den Seiten betreffend vier vorrangige Fragen, die den Prozess der Definition des Endzustandes auf den Weg bringen
- Umsetzung eines Aktionsplans für die Festigung der Beziehungen zwischen den Volksgruppen sowie für die Forschung zum Holocaust und das Andenken daran.

PARTNERSCHAFTEN

Im Rahmen des regionalen ODIHR-Projekts „Taten statt Worte gegen Antisemitismus“ erörterte die Mission Mittel und Wege zur Bekämpfung des Antisemitismus durch Bildung und Erziehung in Zusammenarbeit mit Behörden, der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und internationalen Organisationen. Die Mission förderte Beziehungen zwischen moldauischen Experten und ihren rumänischen Fachkollegen, um dem Land zu helfen, seine Lehrpläne für den Geschichtsunterricht zu ändern, damit dieser die tragischen Ereignisse des Holocaust im örtlichen Zusammenhang richtig wiedergibt, und ein Museum zu Erinnerung an das jüdische Erbe einzurichten. Die Mission vermittelte auch das Gespräch zwischen moldauischen Amtsträgern und der *International Holocaust Remembrance Alliance*. Im September erteilte die Agentur für öffentliches Eigentum Moldaus der jüdischen Gemeinde in Moldau die Genehmigung für die Wiederherstellung des Gebäudes der ehemaligen Rabbi-Tsirilson-Synagoge in Chişinău.

Die Sonderbeobachtermission in der Ukraine

Leitender Beobachter: **Botschafter Ertuğrul Apakan**

Haushalt: 105 501 500 EUR für den Zeitraum 1. April 2017 bis 31. März 2018, davon 84 401 200 EUR aus festgesetzten Beiträgen und 21 100 300 EUR aus außerbudgetären Beiträgen, 10 175 563 EUR davon zugesagt

Personal: 1 160 (international 785, lokal 375) mit Stand vom 31. Dezember 2017 (davon 695 Beobachter)

www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine

Mit rund 1 200 Mitarbeitern in der gesamten Ukraine trug die Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) zum Abbau von Spannungen und zur Förderung von Frieden, Stabilität und Sicherheit in der ganzen Ukraine bei. Der leitende Beobachter Botschafter Ertuğrul Apakan war in die Arbeit des Formats der Trilateralen Kontaktgruppe (TKG) eingebunden, deren Arbeitsgruppe Sicherheit er koordinierte. Mehrfach rief er die Seiten unter anderem dazu auf, ihre Verpflichtungen zur Waffenruhe zu bekräftigen, wobei die Mission die Umsetzung dieser Verpflichtungen vor Ort genau beobachtete. Das bewirkte kurze Phasen relativer Ruhe. Die SMM trug auch regelmäßig zu den Erörterungen im Normandie-Format bei.

Mit der Einrichtung eines neuen vorgeschobenen Patrouillenstützpunkts in Popasna und der Anbringung zusätzlicher Kamerasysteme entlang der Kontaktlinie weitete die SMM ihre Rund-um-die-Uhr-Präsenz aus. Auch wenn die Minsker Vereinbarungen nach wie vor ihrer vollständigen Umsetzung harren, ist die Mission entschlossen, diese in uneingeschränkter Wahrnehmung ihres Mandats und ihrer Rolle zu unterstützen, zu der auch Monitoring und Berichterstattung über die Sicherheitslage sowie Dialogvermittlung gehören.

SICHERHEITSLAGE

Die Sicherheitslage in der Ostukraine blieb das ganze Jahr hindurch instabil. Im ersten Vierteljahr 2017 erreichte die Gewalt ihren Höchststand, hinterließ beträchtliche Zerstörung und forderte zahlreiche Menschenleben. Die SMM beobachtete auch, dass nach wie vor schwere Waffen auch in der Nähe von Wohngebieten zum Einsatz kamen.

Trotz des Rahmenbeschlusses der TKG vom 21. September 2016 über die Entflechtung von Truppen und Militärgüter in drei Gebieten – Stanyzja Luhanska, Petriwske und Solote – wurde diese nur zum Teil durchgeführt, und die Mission berichtete regelmäßig über Verletzungen der Waffenruhe in diesen Gebieten oder ihrer unmittelbaren Umgebung. Die Mission erweiterte ihre Überwachungskapazität durch die Sicherheitsnachrüstung eines vorgeschobenen Patrouillenstützpunkts und die Anbringung einer neuen Kamera in der Nähe des Entflechtungsgebiets von Stanyzja Luhanska.

Die SMM setzte die Beobachtung der Sicherheitslage auch in anderen Teilen der Ukraine unter anderem durch die Beobachtung öffentlicher Versammlungen fort. Sie verfolgte auch die Lage der Binnenvertriebenen (IDP) in Sammelunterkünften und unterstützte in enger Zusammenarbeit mit dem Projektkoordinator der OSZE in der Ukraine die Vermittlung des Dialogs zwischen den Binnenvertriebenen und der sie aufnehmenden örtlichen Bevölkerung.

SICHERHEITSRISIKEN

In den letzten Apriltagen erlebte die Mission den schwerwiegendsten Zwischenfall ihrer Geschichte; bei einer höchstwahrscheinlich von einer Panzerabwehrmine verursachten Detonation kam ein Mitglied einer Patrouille der SMM ums Leben, zwei weitere wurden verletzt. Nach diesem Zwischenfall verabschiedete die SMM zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen, denen zufolge SMM-Patrouillen in den Regionen Donezk und Luhansk nur mehr Asphalt- oder Betonstraßen benutzen dürfen. Darüber hinaus wurde die Bewegungsfreiheit der Mission unter anderem durch die Verweigerung des Zugangs, die direkte Bedrohung der Beobachter sowie das Vorhandensein von Minen und nicht zur Wirkung gelangter Kampfmittel weiter eingeschränkt.

FERNBEOBACHTUNGSTECHNIK

In Anbetracht der Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit und anderer Erschwernisse, die sie an der Erfüllung ihres Mandats hinderten, setzte die Mission weiterhin diverse Technologien ein, darunter unbemannte Luftfahrzeuge und andere Fernbeobachtungstechnik, und brachte Kamerasysteme an Schlüsselstellen und in Entflechtungszonen an. Damit konnte die SMM ihre Nachtbeobachtungskapazität ausbauen und die erheblichen Risiken und Einschränkungen ausschalten, die mit der Entsendung von Bodenpatrouillen in einem Umfeld mit hoher Gefährdungslage verbunden sind.

AN DER KONTAKTLINIE LEBENDE ZIVILBEVÖLKERUNG

Anhaltende Verletzungen der Waffenruhe unter anderem durch den Einsatz schwerer Waffen forderten Todesopfer, insbesondere unter der Bevölkerung, die unweit der Kontaktlinie lebt; verschärft wurde die Lage noch durch den Beschuss von und aus Wohngebieten durch beide Seiten. Laut Angaben der SMM vom 31. Dezember 2017 betrug die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung 470 Personen (80 Tote und 390 Verletzte), darunter mehr als 40 Kinder. Ein Drittel der Opfer geht auf das Konto von Minen und anderen Sprengvorrichtungen.

Die Bewegungsfreiheit der Zivilbevölkerung war nach wie vor eingeschränkt, da die Überquerung der Kontaktlinie nur an fünf Kontrollpunkten möglich war. Zehntausende Menschen passierten täglich diese Kontrollpunkte, um Familienangehörige zu besuchen oder um benötigte Lebensmittel oder Medikamente zu kaufen. In der Region Luhansk gibt es in der Nähe von Stanyzja Luhanska nur einen Kontrollpunkt für Fußgänger; die Zivilbevölkerung muss dort die Holzrampe einer geborstenen Brücke benutzen, deren Zustand sich laufend verschlechtert. Nach wiederholten Appellen der Mission wurden am 9. und 10. Dezember die nötigsten Ausbesserungen durchgeführt, um die schadhafte Rampe der Brücke auszuwechseln. Die SMM drängte die Seiten auch, neue Kontrollpunkte aufzumachen.

Die Zivilisten waren beim Übertritt und Warten an den Kontrollpunkten der Gefahr bewaffneter Gewalt ausgesetzt. Zur verstärkten Beobachtung der Sicherheitslage an den Kontrollpunkten hat die Mission an den Posten Marinka, Majorsk und Pyschtchewyk Kameras angebracht.

Da durch das Anhalten der Kampfhandlungen nach wie vor wichtige zivile Infrastruktur beschädigt wurde, verschärft sich die Notlage der zivilen Bevölkerung häufig noch durch Unterbrechungen der grundlegenden öffentlichen Versorgungsleistungen wie Wasser,

Elektrizität und Gas. Die Anwesenheit von Truppen und Verbänden in der näheren Umgebung von Versorgungseinrichtungen erhöhte die Gefahr von Schäden durch Kampfhandlungen. Besonderen Anlass zu Besorgnis gaben die beständigen Kämpfe rund um die Filterstation von Donezk, da jede größere Beschädigung der Chlorcontainer in der Anlage eine schwere Umweltkatastrophe nach sich ziehen und die Wasserversorgung von hunderttausenden Menschen beiderseits der Kontaktlinie unterbrechen würde. Aus diesem Grund verstärkte die SMM ihre Beobachtungskapazität durch die Anbringung einer Kamera in der Filterstation und setzte die regelmäßige Berichterstattung über die Sicherheitslage rund um die Einrichtung fort.

Viele brachten gegenüber der SMM ihre Besorgnis über die Wasserknappheit im Sommer und die fehlende Heizung im Winter zum Ausdruck. 2017 beobachtete und erleichterte die Mission rund 700 Mal eine örtliche Waffenruhe, vom JCCC (Gemeinsamen Kontroll- und Koordinierungszentrum) koordinierte sogenannte „Fenster der Stille“, um die Reparatur und Instandsetzung von mehr als 90 wesentlichen Infrastruktureinrichtungen einschließlich der Filterstation zu ermöglichen. Im September ermöglichte die AMM den erfolgreichen Abschluss der Reparaturarbeiten an der Wasserleitung Torezk-Horliwka, über die rund 70000 Menschen beiderseits der Kontaktlinie mit Trinkwasser versorgt werden.

„Die Not der Zivilbevölkerung in der Ostukraine erfordert insbesondere zu Wintereinbruch unmittelbare Aufmerksamkeit und Aktivität.“

Botschafter Ertuğrul Apakan
Leitender Beobachter der SMM der OSZE

PARTNERSCHAFTEN

Die SMM stand in regelmäßiger Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und anderen internationalen im Land tätigen Akteuren wie dem IKRK, mit denen sie einen regelmäßigen Informationsaustausch unterhielt. Sie arbeitete auch eng mit dem JCCC zusammen, insbesondere beim Abbau der Spannungen und der Abgabe von Sicherheitsgarantien.

Der Projektkoordinator in der Ukraine

Projektkoordinator: **Botschafter Vaidotas Verba**

Haushalt: 3 598 800 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 2 797 831 EUR (aus außerbudgetären Mittelzusagen)

Personal: international 4, lokal 72 (davon 26 im Rahmen außerbudgetärer Projekte)

www.osce.org/project-coordinator-in-ukraine

Die Notwendigkeit, die beschleunigten Reformen in der Ukraine zu unterstützen, steigerte auch die Nachfrage nach Hilfestellung durch den OSZE-Projektkoordinator, insbesondere im Hinblick auf die Konsensbildung zwischen den verschiedenen beteiligten Interessengruppen – Regierung, Experten und Zivilgesellschaft – über die wichtigen Veränderungen, die zur Gewährleistung einer stabilen und demokratischen Zukunft des Landes erforderlich sind. Der Koordinator erleichterte Reformprozesse und stellte wertvolle internationale Expertise zur Verfügung. Eine weitere Schwerpunktsetzung in den Bemühungen des Büros galt der Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit der aktuellen Krise, bei der das Büro der Ukraine zur Seite stand.

ANSTÖSSE ZU EINSCHNEIDENDEN VERÄNDERUNGEN AN DER SPITZE DER JUSTIZ

Der Koordinator war der Ukraine bei ihren mehrjährigen Bemühungen behilflich, Recht und Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten und das Justizwesen zu reformieren, mit dem Schwerpunkt auf den höchsten Organen der Rechtsprechung, den Obersten- und Höheren Gerichten ebenso wie den Rechtsgrundlagen des Justizsystems. Das Büro des Koordinators unterstützte ferner die Öffnung des Verfassungsgerichtshofs für Bürger, damit diese den Schutz ihrer verfassungsmäßigen Rechte und Freiheitsrechte einklagen können.

Im Prozess zur Ausarbeitung von Schlüsselbausteinen für Gesetze insbesondere des Handels-, Zivil- und Verwaltungsprozessrechts förderte der Koordinator einen inklusiven Expertendialog, was zu deren zügigen Verabschiedung im Parlament im Oktober 2017 beitrug. OSZE-Experten waren an der Abfassung des jüngst verabschiedeten Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof beteiligt, durch das ein Verfassungsbeschwerdemechanismus geschaffen wurde; mit diesem Instrument verfügen Bürger über ein Rechtsmittel gegen staatliche Maßnahmen, die die Menschen- und Freiheitsrechte beschneiden. Diese Entwicklungen ebneten den Weg zur Schaffung eines neuen Obersten Gerichtshofs der Ukraine.

Zur effizienteren Gestaltung der Diskussionen über den Aufbau, die Grundsätze und den Modus der Schaffung eines Antikorruptionsgerichts in der Ukraine und um ein synergetisches Zusammenwirken der internationalen Unterstützung sicherzustellen, entwickelte und dokumentierte eine auf OSZE-Initiative zustande gekommene informelle Arbeitsgruppe bestehend aus internationalen und nationalen Interessierten ein gemeinsames Verständnis in Bezug auf die Grundprinzipien für die Schaffung eines Antikorruptions-Höchstgerichts in der Ukraine. Das Dokument wurde von der Venedig-Kommission des Europarats in ihrer Beurteilung der Gesetzesentwürfe für ein Antikorruptionsgericht äußerst positiv bewertet.

„Der Weg zum neuen Obersten Gerichtshof war nicht einfach. Verfassungsänderungen, neue Gerichtsverfassungsgesetze, eine komplette Überarbeitung der Prozessrechte, eine neue unabhängige und transparente Justizverwaltung – lauter ungeheuer schwierige, aber mutige Schritte nach vorne. Die Besetzung der höchsten Gerichtsinanz durch ein offenes und transparentes Ausschreibungsverfahren, das auf jeder Stufe und Ebene online übertragen und von der Öffentlichkeit, der Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft peinlich genau kontrolliert wird, hat einen neuen Obersten Gerichtshof hervorgebracht, der in der Lage und willens ist, das gesamte Justizsystem neu aufzustellen. Diese Errungenschaften wären ohne die hilfreiche Hand unserer internationalen Partner und auch des Projektkoordinators der OSZE in der Ukraine undenkbar gewesen.“

Olexij Filatow

Stellvertretender Leiter der Präsidialverwaltung der Ukraine

Koordinator der Justizreformkommission

VERBESSERUNG DES SOZIALEN ZUSAMMENHALTS DURCH DIALOG

Um den direkten Dialog zwischen den Menschen im Land weiter zu verbessern und zu fördern, unterstützte der Koordinator seinerseits Jugendaktivitäten, insbesondere die Initiative der Jugendkontaktgruppen. Mit der Zielsetzung, Stereotype infrage zu stellen und Vertrauen und Dialog aufzubauen, führten die Vertreter der Gruppe in der gesamten Ukraine über zwanzig Workshops zu kritischem Denken, Medienkompetenz und Menschenrechten durch, in die auch nationale Minderheiten und Binnenvertriebene (IDP) eingebunden waren.

Der Koordinator führte auch mehrere Veranstaltungen zu Mediation und Dialogerleichterung für IDP-Aufnahmezentren in den Regionen Lemberg und Kiew durch. Nach ihrem Vorbild sind für andere Regionen Dialogveranstaltungen für IDP zu deren Belangen geplant.

Um die Zahl der Experten zu erhöhen, die in der Lage sind, mit Streitigkeiten zwischen den Gemeinschaften vor Ort umzugehen, lud der Koordinator im März Mediations- und Dialognetzwerke aus der ganzen Ukraine dazu ein, gemeinsam den ersten Online-Kurs für die Vermittlung von grundlegenden Gesprächsführungstechniken als Instrument zur Streitbeilegung auszuarbeiten und einzuführen. An dem Kurs nahmen 2017 über 6 500 Personen teil. Ergänzend dazu wurde eine Reihe viertägiger Schulungsseminare mit persönlicher Anwesenheit für die über 160 erfolgreichen Absolventen des Online-Kurses abgehalten, bei denen sie eine Intensivschulung in Dialogkompetenzen erhielten.

ÜBERARBEITETES KONZEPT FÜR DIE AUSBILDUNG VON JURISTEN

Der Koordinator setzte seine Tätigkeit zur Verbesserung der Qualität der Juristenausbildung fort, einer Schlüsselvoraussetzung für die Stärkung der Justiz und die Einhaltung der Rechtstaatlichkeit. Um das Zulassungsverfahren zur Ausbildung fairer und transparenter zu gestalten, unterstützte der Koordinator das Ministerium für Bildung und Wissenschaft beim Aufbau einer qualitativ hochwertigen Testdatenbank für die Durchführung der allerersten standardisierten Eingangsprüfung zum Jura-Masterstudiengang. Mit der neu eingeführten Prüfung soll den verschiedenen Möglichkeiten für Bestechung und Begünstigung ein Riegel vorgeschoben werden, um gleiche Ausgangsbedingungen für alle Bewerber um einen Studienplatz für das Jurastudium zu schaffen und sicherzustellen, dass erfolgreiche Bewerber über eine grundlegende Kenntnis der juristischen Grundbegriffe und von logischem Denken

verfügen und sich in einer Fremdsprache ausdrücken können. Im Studienjahr 2017/2018 absolvierten mehr als 16 000 Bewerber die Prüfung.

UNTERSTÜTZUNG DURCH DEN PROJEKTKOORDINATOR ERHIELTEN

- die Online-Kurse *European Mechanism for the Protection of Human Rights* (über 2000 angemeldete Nutzer) und *How to Effectively Prepare and Conduct Dialogue* (über 6000 angemeldete Nutzer)
- ein Einführungskurs für elf neu gewählte Richter am Obersten Gerichtshof, die erstmals in der Geschichte der Ukraine ein Auswahlwettbewerbsverfahren durchlaufen mussten
- die erste soziologische Erhebung zum wahrgenommenen Ausmaß der Korruption
- und eine Fortbildung in Verfassungs- und Justizreformfragen für über 600 Rechtsanwälte und über 300 Richter

PARTNERSCHAFTEN

Zur Förderung von Synergien in der menschlichen Dimension tauschten der Koordinator und der Europarat Kooperationsschreiben aus. Als Hilfestellung für die Einrichtung des Anti-korruptionsgerichts rief der Koordinator gemeinsam mit der EU-Delegation in der Ukraine, dem Europarat, der EU-Beratungsmission für die Ukraine (EUAM), der EU-Antikorruptionsinitiative, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), dem US-amerikanischen *Bureau of International Narcotics and Law Enforcement* sowie USAID eine Arbeitsgruppe ins Leben. Zusammen mit der EUAM für die Ukraine, dem internationalen Hilfs- und Ausbildungsprogramm für die Untersuchung von Verbrechen und dem Fonds der Vereinten Nationen für Bevölkerungsfragen befasste er sich mit der Entwicklung von Fortbildungskursen für Beamte mit Polizeibefugnissen und die mobilen Einsatzdienste der Polizei des Netzwerks gegen häusliche Gewalt (POLINA). Darüber hinaus entstand auch eine Partnerschaft mit VN-Frauen.

Die Beobachtermission an den russischen Kontrollposten Gukowo und Donezk

Leitender Beobachter: **György Varga** (ab 15. November 2017), **Flavien Schaller** (bis August 2017)

Bevollmächtigter Leitender Beobachter: **Predrag Stanković** (von August 2017 bis November 2017)

Haushalt: 1 404 400 EUR (für den Zeitraum 1. Februar 2017 bis 31. Januar 2018)

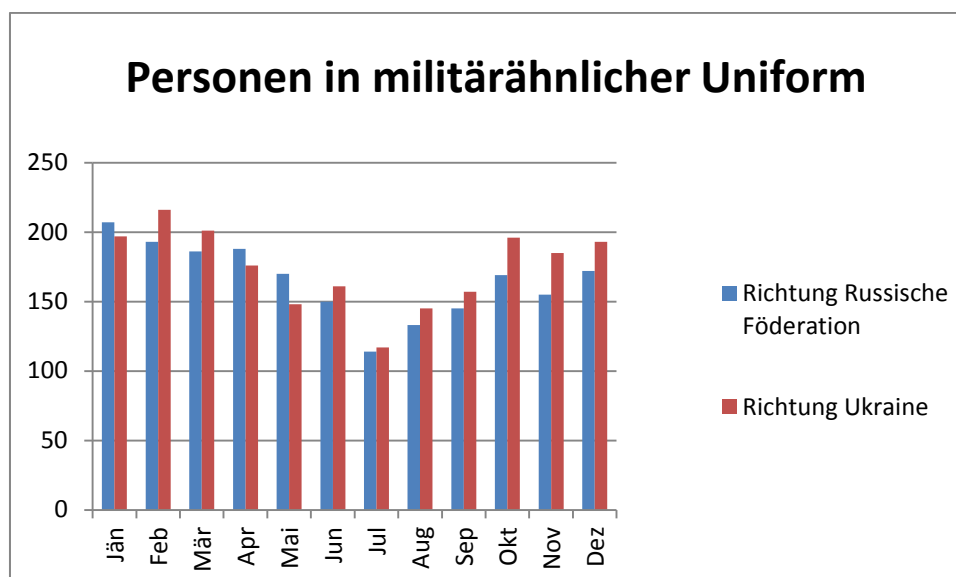
Personal: 22 Beobachter, 3 Mitarbeiter in Wien

www.osce.org/observer-mission-at-russian-checkpoints-gukovo-and-donetsk

Die Beobachtermission war auch 2017 an den beiden russischen Kontrollposten in Gukowo und Donezk ständig präsent und ließ sich dabei wie bisher vom Grundsatz der Unparteilichkeit und Transparenz leiten. Die Mission trug weiterhin zu den Bemühungen der OSZE bei, indem sie mit ihren regelmäßigen Wochenberichten über den aktuellen Stand den Vorsitz und die Teilnehmerstaaten über die Lage an diesen beiden Kontrollposten sowie über die Grenzübertritte auf dem Laufenden hielt. Diese ursprünglich nur auf Englisch zugänglich gemachten Berichte werden seit Juli 2017 auch auf Russisch übersetzt. Die Mission verfasste auch zwölf Spot Reports zu russischen Konvois, die in Richtung Ukraine unterwegs waren. Das Mandat der Beobachtermission wurde vom Ständigen Rat der OSZE bis zum 31. Januar 2018 verlängert.

KONTAKTE MIT RUSSISCHEN BEHÖRDEN UND DEN MEDIEN

Die Beobachtermission verstärkte ihre Arbeitsbeziehung zu den Behörden an den beiden Grenzübergangsstellen, mit der Regionalverwaltung Rostow und dem Büro der Vertretung des Außenministeriums der Russischen Föderation in Rostow sowie mit den lokalen Gebietskörperschaften in Kamensk-Schachtinski, darunter der Bürgermeister und Vertreter der Sicherheits- und Gefahrenabwehrdienste. Die Beobachtermission knüpfte auch stärkere Beziehungen mit den örtlichen Medien, die seither regelmäßig über die Tätigkeit der Mission und die Arbeit ihrer Beobachter schreiben. Das verbessert das Verständnis der örtlichen Bevölkerung für das Mandat der Beobachtermission und die Rolle der OSZE in der Auseinandersetzung mit der Krise in und um die Ukraine.



TRENDS

2017 registrierten die Beobachter der Mission im Vergleich zu 2016 einen 36-prozentigen Rückgang der Anzahl der Personen in militärähnlicher Kleidung, die die beiden Grenzübergangsstellen passierten. Der Pkw- und sonstige Fahrzeugverkehr über die Grenze blieb das Jahr hindurch konstant. Der durchschnittliche Umfang des grenzüberschreitenden Personenverkehrs nahm im Sommer leicht zu.

BEOBACHTETE GRENZÜBERTRITTE IN ZAHLEN 2017

- 4 117 806 Personen
- 4074 Personen in militärähnlicher Kleidung
- 27 Bestattungswagen/Kastenwagen mit der Aufschrift „Cargo 200“ („Cargo 200“ ist in der Militärsprache ein Code für „im Kampf gefallene Soldaten“)
- 12 russische Konvois

LEITENDER BEOBACHTER

Botschafter György Varga ist seit November 2017 Leitender Beobachter. Vor seiner Bestellung hatte der Karrierediplomat Varga verschiedene Dienstposten im ungarischen Außenministerium inne.

PARTNERSCHAFTEN

Die Beobachtermission und die Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM) tauschten regelmäßig Informationen zur Lage aus, in erster Linie über den Zugverkehr in der Nähe von Gukowo und über russische Konvois, die die Grenze am Grenzübergang Donezk überqueren. Sie sondierten auch Möglichkeiten für einen weiteren Datenaustausch auf Arbeitsebene.

Am 24. April 2017 stattete der Direktor des Konfliktverhütungszentrums des OSZE-Sekretariats, Botschafter Marcel Peško, der Mission und den beiden Grenzkontrollposten einen Besuch ab. Er und der Leitende Beobachter Flavien Schaller trafen auch mit dem Leiter des regionalen Büros des Außenministeriums der Russischen Föderation in Rostow zusammen.

Das Büro in Eriwan

Leiter des Büros (bis zu dessen Schließung am 31. August 2017): **Botschafter Argo Avakov**
Haushalt: 1 450 900 EUR (der Gesamthaushalt beinhaltete die tatsächlichen Ausgaben bis zum 5. Mai 2017 und den für die Abwicklung der Schließung des Büros veranschlagten Haushaltsbetrag)

Personal: international 7, lokal 41 (per 1. Januar 2017)

www.osce.org/office-in-yerevan-closed

Nach der Ankündigung des Vorsitzes am 4. Mai, dass die Verhandlungen über ein Mandat nicht fortgesetzt würden, und seiner Anweisung, die Abwicklung einzuleiten, wurde das OSZE-Büro in Eriwan am 31. August 2017 geschlossen. Vor Ablauf seines Mandats am 31. Dezember 2016 war das Büro mit folgenden Aufgaben betraut:

- Förderung der Umsetzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen sowie der Zusammenarbeit der Republik Armenien im Rahmen der OSZE in allen OSZE-Dimensionen – der menschlichen, politischen, wirtschaftlichen und umweltbezogenen Aspekte von Sicherheit und Stabilität
- Erleichterung von Kontakten, Koordinierung von Aktivitäten und Förderung des Informationsaustauschs mit dem Amtierenden Vorsitzenden der OSZE und anderen OSZE-Institutionen sowie Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und Institutionen
- Aufbau und Pflege von Kontakten mit örtlichen Behörden, Universitäten, Forschungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen sowie Hilfestellung bei der Ausrichtung von Veranstaltungen mit OSZE-Beteiligung
- andere Aufgaben, die nach Maßgabe des Amtierenden Vorsitzenden oder anderer OSZE-Institutionen für zweckmäßig erachtet und zwischen der Republik Armenien und der OSZE vereinbart wurden.

Das Zentrum in Ashgabat

Leiterin der Mission: **Botschafterin Natalya Drozd**

Haushalt: 1 655 400 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 1 075 277 EUR (aus außerbudgetären Mittelzusagen)

Personal: international 7, lokal 22 (davon 3 im Rahmen außerbudgetärer Projekte)

www.osce.org/centre-in-ashgabat

2017 verstärkte das Zentrum seine Hilfestellung für die Gastgeberregierung bei der Befassung mit grenzüberschreitenden Bedrohungen, der Stärkung vertrauensbildender Maßnahmen und des Grenzmanagements, der Förderung von guter Regierungsführung im Wirtschaftsbereich und eines soliden Umweltmanagements, und unterstützte sie in ihren Bemühungen um eine unabhängige Justiz, um Medienfreiheit und die Achtung der Menschenrechte.

BEKÄMPFUNG GRENZÜBERSCHREITENDER BEDROHUNGEN

Mit der Organisation von Ausbildungskursen zu Sicherheitsverfahren an Kontrollstellen auf Flughäfen und zur Analyse von Röntgenbildern für den Luftverkehr leistete das Zentrum der Regierung Hilfestellung bei der Vorbereitung der fünften *Asian Indoor and Martial Arts Games* im September in Ashgabat. Es stellte Computerausrüstung und die entsprechende Software für die Einschulung in den Einrichtungen des internationalen Flughafens in Ashgabat zur Verfügung.

Das Zentrum bildete außerdem 36 Zoll- und Strafverfolgungsbeamte darin aus, wie sich der Transport von Drogen und Drogenausgangsstoffen aus ganz Turkmenistan unterbinden lässt.

Gemeinsam mit der OSZE-Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen schulte das Zentrum Strafverfolgungsbeamte im Erkennen von gefälschten Dokumenten und Personalien.

VERTRAUENS- UND SICHERHEITSBILDENDE MASSNAHMEN

Das Zentrum veranstaltete für 20 Offiziere der mittleren Führungsebene ein Fortbildungsseminar über die Umsetzung des Wiener Dokuments 2011 und die Durchführung der damit zusammenhängenden Inspektionen.

Es unterstützte die Erarbeitung einer nationalen Strategie gegen die Proliferation biologischer, nuklearer und chemischer Waffen und organisierte zusammen mit UNODA eine Diskussionsveranstaltung über die Umsetzung der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.

GRENZSICHERHEIT

Das Zentrum befasste sich weiter mit der Durchführung eines Projekts zur Stärkung der Kompetenz von Grenzschutzbeamten und organisierte für 20 turkmenische Grenzsicherungskräfte und 22 afghanische Grenzpolizisten Ausbildungskurse zu den Themen Profiling und Lesen von Körpersprache sowie über Grenzsicherheit und die Stärkung der Zollbehörden. Das Zentrum schulte auch 39 turkmenische Grenzbeamte in Patrouillenführung und organisierte für sie einen Studienbesuch in Belarus zur Grenzfestlegung und Grenzziehung.

Das Zentrum leitete auch eine weitere Phase eines Projekts ein, im Zuge dessen 84 Grenzschutzbeamte, unter anderem im Einsatz von Diensthunden und in Patrouillenführung im Gebirge und in der Wüste, fortgebildet wurden.

UNTERSTÜTZUNG DER REGIONALEN ZUSAMMENARBEIT MIT AFGHANISTAN

Das Zentrum half bei der Organisation des fünften Treffens der regionalen Infrastruktur-Facharbeitsgruppen über vertrauensbildende Maßnahmen im Rahmen des Istanbul-Prozesses für Afghanistan, einer Plattform zur Erörterung regionaler Fragen, insbesondere die Förderung der Sicherheit und der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Afghanistan und seinen Nachbarländern. Ferner organisierte es ein wissenschaftliches Forum im Rahmen der siebten Regionalkonferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Afghanistan.

FÖRDERUNG VON GUTER REGIERUNGSFÜHRUNG

Das Zentrum unterstützte auch in diesem Jahr das Ressourcenzentrum für gute Regierungsführung im Finanz- und Wirtschaftsministerium in seinen Bemühungen, die Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche zu verbessern und die Terrorismusfinanzierung zu bekämpfen (AML/CFT). Durch die Organisation von themenbezogenen Workshops und eines Programms in Belarus zum Austausch von Know-how im Bereich Präventions- und Regulationsmechanismen zur Bekämpfung von Korruption und Geldwäsche verstärkte das Zentrum die Kompetenz für AML/CFT unter Vertretern der entsprechenden Regierungsbehörden, Finanzinstitutionen, Strafverfolgungs- und Regulierungsbehörden.

UMWELTAKTIVITÄTEN

Zusammen mit der Kommission für Umweltschutz und Bodenressourcen war das Zentrum Gastgeber eines zentralasiatischen Seminars über umweltgerechte Abfallwirtschaft. Es bot Regierungsbehörden, Nichtregierungsorganisationen und Vertretern aus Wissenschaft und Wirtschaft eine Plattform für die Erörterung bewährter Verfahren und Standards im Bereich nachhaltiger Abfallwirtschaft.

Mit Unterstützung des Zentrums förderte das turkmenische Aarhus-Zentrum Umweltaktivitäten auf lokaler Ebene und organisierte Veranstaltungen, in deren Rahmen Bäume gepflanzt und Umweltreinigungsarbeiten durchgeführt wurden.

ERNEUERBARE ENERGIE

Das Zentrum unterstützte die Erarbeitung eines nationalen Fahrplans für die Nutzung von erneuerbaren Energiequellen und tauschte mit Vertretern des staatlichen turkmenischen Energieinstituts internationale bewährte Verfahren zum Energieverbrauch aus. Dies beinhaltete auch eine Studienreise nach Österreich für turkmenische Beamte.

VERKEHRSERLEICHTERUNG

Das Zentrum organisierte ein Seminar zum Thema sicheres Verkehrs- und Handelsmanagement für Behörden, die mit Verkehrslogistik, Finanz-, Zoll- und Grenzfragen befasst sind.

MIGRATIONSSTEUERUNG

Gemeinsam mit dem Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE unterstützte das Zentrum eine Veranstaltung zur Förderung des Bewusstseins für internationale Standards im Umgang mit Wirtschaftsmigration.

KATASTROPHENSCHUTZ

Das Zentrum stellte einen Fortbildungslehrgang für Mitarbeiter der staatlichen Katastrophenschutzkommission über Mechanismen für Notfallmaßnahmen bei Naturkatastrophen bereit.

UNTERSTÜTZUNG DES OMBUDSMANNS

Das Zentrum unterstützte das Büro des neugewählten Ombudsmanns Turkmenistans und organisierte zusammen mit den im Land tätigen VN-Sonderorganisationen eine hochrangig besetzte Diskussionsveranstaltung zur Umsetzung des neuen Ombudsmanngesetzes durch.

Bei einem vom Zentrum unterstützten Studienbesuch in Finnland konnte sich der Ombudsmann ein Bild von der Arbeit der staatlichen finnischen Menschenrechtsinstitutionen machen.

RELIGIONS- UND WELTANSCHAUUNGSFREIHEIT

Das Zentrum ermöglichte 16 turkmenischen Beamten, die sich mit Religionsfragen befassen, die Teilnahme an einem Train-the-Trainer-Kurs in Warschau und an zwei Ausbildungskursen in Aschgabat über Religions- und Weltanschauungsfreiheit sowie über Sicherheit für Staatsbeamte und Vertreter der Zivilgesellschaft. Diese Veranstaltungen waren Teil des regionalen Projekts des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte zur Förderung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit.

FÖRDERUNG DER MENSCHENRECHTE

Das Zentrum organisierte ein Seminar für Strafvollzugsbeamte über die psychologische Betreuung von Häftlingen und deren Vorbereitung auf ihre Wiedereingliederung nach der Haftentlassung.

Es unterstützte die öffentliche Einrichtung *Keik Okara* weiterhin dabei, Unterkunft und Hotline-Dienste für Opfer von häuslicher Gewalt zu betreiben und Aufklärungsseminare für die Öffentlichkeit durchzuführen.

UNABHÄNGIGKEIT DER JUSTIZ

Mit Unterstützung der britischen Botschaft veranstaltete das Zentrum Seminare zur Rolle einer unabhängigen Justiz im Strafrechtskontext. Die Seminare für 60 Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Strafverfolgungsbeamte fanden in Mary und Daschogus statt.

MEDIENENTWICKLUNG

Bei einem Runden Tisch mit Vertretern des Parlaments, interessierter Institutionen und Medien- und Bildungseinrichtungen wurden Modelle der Medienfinanzierung, private Medien und Wettbewerb erörtert. Das Zentrum unterstützte Turkmenistan bei der Umsetzung des nationalen Aktionsplans für Menschenrechte 2016 – 2020 und bot für Richter, Rechtsanwälte und Medienvertreter einen Ausbildungskurs über die Rechte und Pflichten von Journalisten an.

Zwanzig Redakteure und Kameraleute turkmenischer Fernsehsender erhielten eine Fortbildung für die Berichterstattung über Großereignisse. Fünfundzwanzig Journalisten staatlicher Druck- und Rundfunkmedien erweiterten ihre digitale Medienkompetenz in einem von der OSZE geförderten Ausbildungskurs.

Das Zentrum organisierte auch einen Kurs zur Verbesserung der fachlichen Kompetenzen von Pressereferenten staatlicher Einrichtungen Turkmenistans und einen Studienbesuch in Polen für Vertreter aus Schlüsselministerien zur Einrichtung und dem Betrieb von Pressediensten in staatlichen Institutionen.

PARTNERSCHAFTEN

Mit VN-Sonderorganisationen und der britischen Botschaft in Turkmenistan als Partnern unterstützte das Zentrum in Aschgabat die Aktivitäten des Ombudsmanns und befasste sich mit Fragen betreffend Grenzmanagement, Nichtverbreitung und die Unabhängigkeit der Justiz.

Das Programmbüro in Astana

Leiter des Büros: **Botschafter György Szabó**

Haushalt: 2 174 500 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 23 000 EUR (aus außerbudgetären Mittelzusagen)

Personal: international 7, lokal 22

www.osce.org/programme-office-in-astana

2017 baute das OSZE-Programmbüro in Astana auf wirksamen und erfolgreichen Langzeitprojekten auf, um die größten sicherheitspolitischen Herausforderungen in Kasachstan und in der zentralasiatischen Region besser ermitteln zu können. Es baute verstärkte seine Beziehungen zu Regierungsbeamten, zu führenden Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft und zu internationalen Akteuren aus, um die regionale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und organisierter Kriminalität zu fördern. Es setzte sich für die grenzüberschreitende Bewirtschaftung von Wasserressourcen, die Erleichterung effizienterer Handelspraktiken sowie für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und eine „grüne“ Wirtschaft ein. Das Büro unterstützte Kasachstan auch bei dessen Bemühungen zur Förderung von demokratischer Polizeiarbeit und der Grundfreiheiten. Es half dem Gastland beim Aufbau sozialer Dienste für die Opfer von Menschenhandel und unterstützte Justiz- und Strafvollzugsreformen. Jugendliche und Wissenschaftler wurden in den regionalen Sicherheitsdialog einbezogen. Insgesamt führte das Büro über 150 Veranstaltungen im Rahmen von mehr als 51 Projekten in allen drei Dimensionen mit landesweit über 7200 Teilnehmern durch.

GRENZÜBERSCHREITENDE BEDROHUNGEN

Bei der Unterstützung der Bemühungen des Landes zur Verhütung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen (VERLT), einschließlich des Phänomens ausländischer terroristischer Kämpfer, bezog das Büro die Zivilgesellschaft, die Jugend, religiöse Führer und Strafverfolgungsorgane mit ein. Rund 300 Parlamentarier, hohe Regierungsbeamte, Richter, Aktivisten der Zivilgesellschaft und internationale Experten nahmen an sechs von der OSZE unterstützten Veranstaltungen mit dem Schwerpunkt Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen teil. Strafverfolgungsbeamte aus dem ganzen Land erhielten eine Ausbildung in der Bekämpfung von grenzüberschreitender organisierter Kriminalität, Terrorismus, Internetkriminalität sowie des illegalen Drogenhandels und Schmuggels von nachgeahmten Waren sowie in der Stärkung der Grenzsicherheit und der Strafverfolgung, insbesondere in bürgernaher Polizeiarbeit. Auf dem achten Zentralasiatischen Internet-Forum standen Möglichkeiten zur Bekämpfung des Missbrauchs des Internets zur Verbreitung von Hassreden im Zentrum. Bei dieser Veranstaltung kamen 120 Fachleute und Experten aus der Region und deren Umgebung nach Almaty. Das Büro führte gemeinsam mit dem OSZE-Programmbüro in Duschanbe die jährlich stattfindenden Regionalseminare über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen nach dem Wiener Dokument 2011 und über den Umgang mit explosiven Kampfmitteln durch.

RELIGIONS- UND WELTANSCHAUUNGSFREIHEIT

In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für religiöse Angelegenheiten und die Zivilgesellschaft und dem Verband religiöser Organisationen Kasachstans organisierte das Büro eine Diskussionsrunde zu Rechtsvorschriften, die für die Religions- und Weltanschauungs-

freiheit von Belang sind. Rund 80 Teilnehmer, darunter Vertreter verschiedener religiöser Gemeinschaften und Nichtregierungsorganisationen in Kasachstan, Wissenschaftler, Staatsbeamte und Strafverfolgungsbehörden diskutierten neue Gesetzesentwürfe, die unter anderem die Erlangung einer Religionsausbildung im Ausland, die Teilnahme von Minderjährigen an religiösen Riten sowie zusätzliche Anforderungen für die Anmeldung missionarischen Aktivitäten betrafen und für die lokalen religiösen Gemeinschaften von besonderem Interesse waren.

GUTE REGIERUNGSFÜHRUNG

Rund 850 Vertreter der Regierung, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft, die sich mit guter Regierungsführung befassen, nahmen an Projekten teil, die der Erarbeitung von Standards für die Bekämpfung von Korruption, der Regulierung von digitalen Währungen, der Bekämpfung der Geldwäsche und der Verbesserung der Migrationssteuerung dienten. Durch die Zusammenarbeit mit der kasachischen staatlichen Steuerkommission und durch die Verbesserung des Risikomanagements, der Versandverfahren und der befristeten Freigabe von Waren förderte das Büro den Handel.

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Das Büro förderte Energieeffizienz, biologische Landwirtschaft, die Wasserbewirtschaftung und Aktivitäten zur Einbeziehung der Jugend. Um die Gleichstellung von Mann und Frau als Querschnittsaufgabe voranzubringen, unterstützte das Büro das *Women's International Forum* bei der Förderung umweltfreundlicher Technologien und sozialen Unternehmertums für Frauen. Es setzte sich für die Ratifizierung des Protokolls über Schadstofffreisetzung- und Verbringungsregister nach der Aarhus-Konvention ein. Insgesamt waren rund 1655 Regierungsbeamte, Jugendaktivisten, Unternehmer, Nichtregierungsorganisationen und Vertreter der Aarhus-Zentren in die Aktivitäten des Büros eingebunden.

RECHTSREFORM

Das Büro förderte konsequent die Strafrechts-, Verwaltungsrechts- und Zivilrechtsreform durch Erleichterung öffentlicher Debatten und von Expertengesprächen für Richter, Staatsanwälte und Strafverteidiger über die Anwendung jüngst verabschiedeter Vorschriften und Gesetze. Es unterstützte Seminare über Mechanismen des Menschenrechtsschutzes für annähernd 900 Vertreter örtlicher Vertretungsbehörden, der Zivilgesellschaft und der Justiz. Rund 110 Regierungsbeamte und Strafverteidiger nahmen an den vom Büro geförderten Seminaren über die Entwicklung der Rechtsberufe teil. Im Bereich Bekämpfung des Menschenhandels baute das Büro die Kompetenzen von rund 80 Mitgliedern des nationalen Präventionsmechanismus aus, mit besonderem Schwerpunkt auf Methodik und praktischen Aspekten der Überwachung der Einhaltung der Rechte von Kindern in geschlossenen Einrichtungen. Das Büro organisierte Ausbildungskurse zum Istanbul-Protokoll für 25 Staatsanwälte, Strafverteidiger und Gerichtssachverständige und schulte 30 Strafverteidiger in der Arbeit mit Folteropfern. Ferner förderte es Fortbildungsseminare für 400 Richter im Umgang mit Fällen von Menschenhandel und häuslicher Gewalt.

EINBINDUNG DER JUGEND

Gemäß den vom österreichischen Vorsitz gesetzten Schwerpunkten Förderung des Jugendaustauschs und politische Teilhabe von Jugendlichen organisierte das Büro dimensionen-

übergreifende Aktivitäten, in die 350 Nachwuchsführungskräfte der Region eingebunden waren. Es unterstützte das jährlich stattfindende Seminar des Zentralasiatischen Jugendnetzwerks für Studierende aus Zentralasien, Afghanistan und der Mongolei, das zum Teil auf dem Gelände der EXPO-2017 stattfand. Ferner unterstützte es ein Jugendcamp, das Schas-Camp, in drei Städten mit über 200 Teilnehmern und das zentralasiatische Leadership-Programm für junge Umweltexperten.

PARTNERSCHAFTEN

Das OSZE-Programmbüro in Astana unterhielt eine enge Zusammenarbeit mit VN-Sonderorganisationen, der EU, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Botschaften Deutschlands, Kanadas, Österreichs und der Vereinigten Staaten, der Internationalen Organisation für Migration, *Penal Reform International*, der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bereichen wie Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus, Grenzsicherheit, Umweltschutz und Förderung der Medienfreiheit.

Das Programmbüro in Bischkek

Leiter des Zentrums: **Botschafter Pierre von Arx**

Haushalt: 6 797 400 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 825 321 EUR (aus außerbudgetären Mittelzusagen)

Personal: international 12, lokal 68 (davon 2 im Rahmen außerbudgetärer Projekte)

www.osce.org/programme-office-in-bishkek

Mit der Verabschiedung eines neuen Mandats im Jahr 2017 konnte das OSZE-Programmbüro in Bischkek an seiner Unterstützung Kirgisistans bei der Umsetzung von dessen unter nationaler Federführung stehenden Bemühungen um die Stärkung der Sicherheit in allen drei Dimensionen der OSZE festhalten. Das Büro befasste sich mit einer ganzen Reihe von Sicherheitsfragen, von grenzüberschreitenden Bedrohungen wie Menschenhandel und Terrorismus über die mit Wirtschafts- und Umweltfragen verbundenen Risiken, die Stärkung eines fairen und demokratischen Wahlsystems bis zur Förderung der Jugend und der Geschlechtergleichstellung. Es wurden auch neue Initiativen im Gastland unterstützt.

UNTERSTÜTZUNG DER NEUEN STAATLICHEN INITIATIVE *TASA KOOM*

Das Büro leistete der Regierung Hilfestellung bei der Umsetzung der e-Governance-Initiative *Tasa Koom*. Sie förderte insbesondere die Einrichtung eines Forschungszentrums zur Unterstützung des Entscheidungsfindungsprozesses der Regierung, indem diese mit eigenen Forschungs- und Analysefähigkeiten ausgestattet wurde. Auf Ersuchen des Gastlandes ermöglichte das Büro auch die Bewertung der nationalen Plattform für den sicheren Datenaustausch „Tunduk“ und deren Erweiterung.

UNTERSTÜTZUNG DER WAHLBEHÖRDE

Das Büro leistete Hilfestellung bei der Verstärkung der Kapazitäten staatlicher Einrichtungen für die Durchführung von Wahlen und bei der Verbesserung der Wahlordnung. Es förderte die wirksame Nutzung des Wähleridentifizierungssystems und richtete ein Zentrum für die Ausbildung des Bedienpersonals in neu eingeführten Technologien ein. Außerdem erhielten über 700 Wahlbeobachter eine Einschulung.

VERSTÄRKTE BEMÜHUNGEN IM KAMPF GEGEN DEN TERRORISMUS

Das Büro unterstützte das Gastland im Berichtsjahr weiter, indem es sich für eine bessere Koordinierung zwischen den einzelnen Behörden einsetzte, deren Aufgabe es ist, gewalttätigen Extremismus und Radikalisierung zu bekämpfen. Dank der Antiterror-Übung *Issyk-Kul 2017* konnte die Koordination zwischen den wichtigsten staatlichen Dienststellen von Kirgisistan wesentlich verbessert werden; sie vermittelte überdies ein Bild vom derzeitigen Stand der Einsatzbereitschaft zur Abwehr von Terroranschlägen.

STÄRKUNG DER UMWELTSICHERHEIT

Die Stärkung der Umweltsicherheit war auch 2017 eine der Prioritäten des Büros. Als Beitrag zur Umsetzung der Grundprinzipien der Aarhus-Konvention in Kirgisistan förderte das Büro die Eröffnung eines dritten Aarhus-Zentrums in der Region Issyk-Kul.

BEFÄHIGUNG DER JUGEND AUS DER REGION

Fast 2000 junge Reporter, Studierende und Berufsanfänger aus Kirgisistan und Zentralasien besuchten Schulungskurse, um ihre Fähigkeit zur objektiven und unparteiischen Berichterstattung über die Sicherheit betreffende Fragen zu verbessern. Das Büro förderte auch die regionale Zusammenarbeit zwischen jungen Führungskräften durch die Unterstützung des Zentralasiatischen Jugendnetzwerks.

STÄRKUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Das von der OSZE unterstützte Projekt „Stärkung der ordnungspolitischen Governance“ half Kirgisistan bei der Verbesserung seiner wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, es stimulierte ein von den Marktkräften bestimmtes Wirtschaftswachstum und verringerte die Korruption. Als Ergebnis des dreijährigen Projekts

- wurden 1068 normative Rechtsakte und 604 Verwaltungsverfahren unter Anwendung der e-Guillotine-Methodik einer Überprüfung unterzogen
- gab das Büro Empfehlungen zur Verringerung der administrativen und Befolgungskosten für Unternehmen und zur Höherstufung Kirgisistans im *Doing Business Index* der Weltbankgruppe ab.

DIE OSZE-AKADEMIE IN BISCHKEK

Die OSZE-Akademie in Bischkek ist eine bekannte Bildungs- und Forschungseinrichtung, an der junge Leute aus Zentralasien, Afghanistan und der Mongolei eine hochwertige Hochschulausbildung erhalten. 2017 feierte sie ihr 15-jähriges Bestehen. Für das Studienjahr 2016/2017 bewarben sich 1500 junge Leute um Studienplätze für zwei Graduiertenlehrgänge. 50 Studierende wurden nach einem strengen Wettbewerbsverfahren zugelassen.

PARTNERSCHAFTEN

Das Programmbüro verstärkte sein Kooperationsnetzwerk weiter durch die Zusammenarbeit mit verschiedenen VN-Sonderorganisationen und -Dienststellen, internationalen Organisationen, staatlichen Partnern und OSZE-Feldoperationen. Diese Partnerschaften betrafen vornehmlich die Bereiche Grenzkontrolle, Polizei- und Strafvollzugsreform, Genderfragen, die Verbesserung des Wahlsystems, gute Regierungsführung und den Umweltschutz.

Das Programmbüro in Duschanbe

Leiter des Büros: **Botschafterin Tuula Yrjölä**

Haushalt: 7 554 800 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 759 975 (aus außerbudgetären Mittelzusagen)

Personal: international 19, lokal 154 (davon 10 im Rahmen außerbudgetärer Projekte)

www.osce.org/programme-office-in-dushanbe

Nach Inkrafttreten seines neuen Mandats am 1. Juli 2017 war das OSZE-Programmbüro in Duschanbe weiter in enger Partnerschaft mit der tadschikischen Regierung und zivilgesellschaftlichen Organisationen sowohl in Duschanbe als auch in ländlichen Gebieten Tadschikistans in allen drei Dimensionen der Sicherheit der OSZE tätig. Es befasste sich vor allem mit dem Aufbau von Kapazitäten in den Strafverfolgungsbehörden, auch für afghanische und andere regionale einschlägige Behörden. Es unterstützte auch die Entwicklung von „grüner“ Wirtschaft und Energieeffizienz und förderte Verbesserungen in der Wasserbewirtschaftung, bei den Menschenrechten, der guten Regierungsführung und der Rechtsstaatlichkeit.

GRENZSCHUTZ UND GRENZÜBERSCHREITENDE BEDROHUNGEN

Das Büro bildete rund 350 tadschikische und 40 kirgisische Grenzbeamte sowie 56 afghanische Beamte der Grenzpolizei in der Überwachung von Personenbewegungen in Grenzgebieten aus. In Kooperation mit einem Experten der Grenztruppen der Russischen Föderation unterstützte das Büro das Land auch bei der Beurteilung der Effizienz und Effektivität der Grenzübertrittsstellen des Landes, einschließlich jener auf Flughäfen, hinsichtlich des Personen- und Warenverkehrs in das Land und aus dem Land.

Als Maßnahme gegen die Terrorismusfinanzierung organisierten das Büro und UNODC einen Kurs für Mitarbeiter des Bankensektors und der Strafverfolgungsbehörden über die Identifizierung illegaler Finanztransaktionen.

Im Sinne des Nationalen Aktionsplans für die Umsetzung der Resolution 1540 (2004) des VN-Sicherheitsrats über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen half das Büro mit, die Bedingungen für interaktive Schulungen in einem 2017 geschaffenen regionalen Aus- und Fortbildungszentrum zu verbessern. Außerdem unterstützte es das von der Internationalen Atomenergie-Organisation zertifizierte Zentrum bei der Renovierung von zwei Unterrichtsräumen und stellte 30 Computer-Arbeitsstationen zur Verfügung.

UMWELTSCHUTZ UND SICHERHEIT DER WASSER- UND ENERGIEVERSORGUNG

Das Büro förderte im Berichtsjahr wieder die Einführung der Grundsätze der grünen Wirtschaft durch die Schulung von Beamten, Vertretern der Aarhus-Zentren und der Zivilgesellschaft in nachhaltiger Entwicklung und Energieeffizienz, wodurch Brücken zwischen Kommunen, staatlichen Behörden und dem Privatsektor gebaut wurden.

Die Bedeutung von Energieeffizienz und erneuerbarer Energie stand in einer weiterführenden Schule in Nurek auf dem Prüfstand, wo sich die Schüler an Ort und Stelle vom Nutzen der vom Büro installierten Wärmedämmung, von Solarpaneelen und isolierten Fenstern überzeugen konnten.

Wie im Reformprogramm für die nationale Wasserwirtschaft vorgesehen, half das Büro bei der Stärkung von Wassernutzergemeinschaften. Außerdem unterstützte es den Bau eines Kleinwasserkraftwerks im Osten Tadschikistans und den Anschluss entlegener Ortschaften an das nationale Stromnetz.

MENSCHENRECHTE UND RECHTSSTAATLICHKEIT

Das Büro unterstützte weiter das staatliche Programm für Menschenrechtserziehung durch Qualifizierungsmaßnahmen für rund 36 Vertreter staatlicher und zivilgesellschaftlicher Einrichtungen in den Bereichen Menschenrechte und Abhaltung von Train-the-trainer-Kursen.

Das Büro unterstützte Lobbying-Aktivitäten zugunsten der Unterzeichnung des VN-Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Ferner unterstützte es nationale Bemühungen zur Beseitigung der Folter durch die Schulung von Anwälten in internationalen Normen und wirksamer Prozessführung, einschließlich der Entschädigung der Opfer und ihrer Familien. Als Ergebnis kam es in sieben Entschädigungsfällen zu Fortschritten und in zwei Fällen wurden Geldforderungen befriedigt. Das Büro organisierte zehn Monitoring-Besuche von Mitarbeitern der Volksanwaltschaft und Vertretern der Zivilgesellschaft an Orten des Freiheitsentzugs; die Erkenntnisse aus diesen Besuchen könnten zur Verbesserung des bereits bestehenden Instrumentariums zur Überwachung der Menschenrechte beitragen.

DIE STABSAKADEMIE FÜR GRENZMANAGEMENT (BMSC)

2017 wurden in der BMSC 14 Ausbildungsmaßnahmen durchgeführt, darunter drei einmonatige Kurse für Mitarbeiter. Im Zuge dieser Maßnahmen wurden 348 Teilnehmer, unter ihnen 120 Frauen, aus 20 OSZE-Teilnehmerstaaten, sechs Kooperationspartnern sowie Afghanistan für die Umsetzung des Grenzsicherungskonzepts der OSZE ausgebildet.

Bei Expertentagungen wurden Fragen der Migrationssteuerung, virtueller Grenzschutz und die Zusammenhänge zwischen der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität und Terrorismus behandelt.

Die BMSC vollendete ihren zweiten einjährigen Lehrgang zum Thema Grenzsicherheit und Grenzmanagement für leitende Führungskräfte, wobei 16 Grenz- und Zollbeamte den Lehrgang im Juni in Duschanbe erfolgreich mit einer Prüfung abschlossen.

PARTNERSCHAFTEN

In Zusammenarbeit mit UNDP und aufbauend auf der nationalen Grenzmanagementstrategie unterstützte das Büro die Einrichtung eines interinstitutionellen Sekretariats für Grenzmanagement, eine staatliche Stelle, die für eine bessere Koordinierung zwischen allen mit Grenzfragen befassten Dienststellen sorgen soll, sowie die Sanierung radioaktiv verseuchter Uran-Produktionsstätten, um die Gefahren für die Umwelt und die menschliche Gesundheit zu verringern.

Das Büro organisierte gemeinsam mit der VN-Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten einen internationalen Workshop über die Umsetzung des VN-Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Die BMSC setzte ihre Zusammenarbeit mit UNDP im Rahmen des Projekts für Grenzmanagement in Nordafghanistan fort. Weitere Partner waren unter anderen das DCAF und das UNODC.

Der Projektkoordinator in Usbekistan

Projektkoordinator: **Botschafter John MacGregor**

Haushalt: 2 134 200 EUR (aus dem Gesamthaushalt), 60 000 EUR (aus außerbudgetären Mittelzusagen)

Personal: international 44, lokal 24 (davon 1 im Rahmen eines außerbudgetären Projekts)

www.osce.org/project-coordinator-in-uzbekistan

2017 setzte der OSZE-Projektkoordinator in Usbekistan seine Unterstützung für die Bemühungen des Gastlandes zur Befassung mit grenzüberschreitenden Bedrohungen, zur Förderung einer transparenten Regierungsführung, zur Bekämpfung von Korruption und Geldwäsche sowie des Menschen- und Drogenhandels fort.

BEKÄMPFUNG GRENZÜBERSCHREITENDER BEDROHUNGEN

Der Projektkoordinator unterstützte Usbekistan weiterhin in der Terrorismusbekämpfung, bei der Verhütung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen (VERLT) sowie in der Frage des Umgangs mit zurückkehrenden ausländischen terroristischen Kämpfern, wobei Jugendliche und Frauen im Mittelpunkt standen.

Im Rahmen der Kampagne OSCE #UnitedCVE in den sozialen Medien unterstützte der Projektkoordinator die Entwicklung eines informellen Web-Portals als Ressource für Privatpersonen, politische Entscheidungsträger, Lehrkräfte, örtliche Gemeinschaften und NGOs sowie für Eltern und Familien. Das Portal dient der Verhütung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und soll die Anwerbung potenzieller Terroristen eindämmen.

Gemeinsam mit Vertretern von elf staatlichen Dienststellen befasste sich der Projektkoordinator mit der Überarbeitung und Aktualisierung des nationalen Aktionsplans Usbekistans für die Umsetzung der Resolution 1540 (2004) des VN-Sicherheitsrats.

In Kooperation mit dem nationalen Drogenbekämpfungszentrum unterstützte der Projektkoordinator die Umsetzung eines nationalen Antidrogenprogramms mit dem Schwerpunkt auf landesweiten Präventionsmaßnahmen zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Drogen und chemischen Vorläufersubstanzen.

CYBER/IKT-SICHERHEIT

Der Projektkoordinator förderte die Umsetzung der vertrauensbildenden Maßnahmen der OSZE zur Verringerung des Konfliktrisikos, das sich durch die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) ergeben kann, etwa betreffend den Schutz von kritischer Infrastruktur, indem er die wichtigsten nationalen Dienststellen für diese Gefahr sensibilisierte. Über 60 Amtsträger und Experten aus sechs OSZE-Teilnehmerstaaten nahmen an einer subregionalen Konferenz in Taschkent über die Rolle der IKT für die regionale und internationale Sicherheit teil, bei der praktische Maßnahmen zur Erhöhung der Cyber-Stabilität zwischen Staaten besprochen wurden.

UNTERSTÜTZUNG VON GUTER REGIERUNGSFÜHRUNG

Der Projektkoordinator leistete den nationalen Behörden weiter Hilfestellung bei der Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie bei der Erhöhung der Transparenz staatlicher Stellen durch Einführung der Grundsätze der transparenten Führung (*Open Government*).

2017 stieß eine Kampagne zur Förderung von Null-Toleranz für Korruption auf beachtliche Resonanz in der Öffentlichkeit. Besondere Aufmerksamkeit galt Projekten für öffentliche Bildungseinrichtungen, einen Sektor, der besonders anfällig für Korruption ist.

Der Projektkoordinator hielt auch Veranstaltungen zum Aufbau von Kapazitäten für staatliche Stellen und den Privatsektor ab, deren wichtigste Themen die Identifizierung, Analyse und Reduzierung des Risikos von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung waren.

FÖRDERUNG EINER „GRÜNEN“ WIRTSCHAFT

Der Projektkoordinator trug zur Förderung einer Politik der „grünen“ Wirtschaft im Gastland bei, indem er zum Beispiel nationale Akteure bei der Förderung eines umweltverträglichen Verkehrs durch die Einrichtung der ersten Fahrradspur in Usbekistan und eines Wohngebiets mit einem durch erneuerbare Energie betriebenen nachhaltigen Beleuchtungssystem unterstützte. Es ist geplant, diese Pilotprojekte an anderen Standorten im ganzen Land zu übernehmen.

Ferner wurde eine nachhaltige Abfallwirtschaft umfassend gefördert. Der Projektkoordinator moderierte Diskussionen über Investitionschancen, Hindernisse für die Entwicklung nachhaltiger Prozesse der Abfallverwertung in Usbekistan und die nötigen Regulierungsmechanismen.

STÄRKUNG DES PARLAMENTARISCHEN JOURNALISMUS IN USBEKISTAN

Im Interesse von mehr Transparenz in der Arbeit des Parlaments förderte der Projektkoordinator Aktivitäten zur Höherqualifizierung von rund 60 Parlamentsjournalisten in parlamentarischer Berichterstattung, um die Veröffentlichung und Ausstrahlung genauer, objektiver und relevanter Informationen über die Tätigkeit des Parlaments für die Bürger zu gewährleisten. Außerdem war er dem Parlament bei der Entwicklung und Einführung eines Informationssystems behilflich, das in die offizielle Website der gesetzgebenden Kammer des Parlaments von Usbekistan (Oliy Madschlis) übernommen wurde. Diese bietet eine Plattform für die Protokollierung und Bearbeitung statistischer Daten über eingegangene Beschwerden und für die direkte Beantwortung an den Beschwerdeführer, einschließlich Journalisten.

VERBESSERUNG DER UMSETZUNG DER VERPFLICHTUNGEN IM BEREICH DER MENSCHENRECHTE

Der Projektkoordinator unterstützte das nationale Menschenrechtszentrum bei der Erstellung eines Fahrplans für die Strategien des Staates zur Umsetzung der Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Grundlage dazu waren eine Analyse jüngst verabschiedeter Gesetze und Verordnungen sowie bei staatlichen Stellen und Menschenrechtsmonitoringsystemen eingeholte Informationen, unter anderem betreffend die öffentliche Kontrolle über die Arbeit der Behörden. Ferner leistete der Projektkoordinator

Menschenrechtsinstitutionen Hilfestellung bei der Koordinierung zwischen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, um eine Qualitätsberichterstattung in Bezug auf Menschenrechtsindikatoren zu entwickeln.

PARTNERSCHAFTEN

Der Projektkoordinator kooperierte mit diversen internationalen Partnern, darunter dem VN-Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus und UNODC im Kampf gegen VERLT, illegalen Drogenhandel und andere grenzüberschreitende Bedrohungen, mit UNODC bei einem nationalen Schülerwettbewerb für kreative Korruptionsbekämpfungslösungen, mit der Eurasischen Gruppe für die Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung bei der Abhaltung eines regionalen Schulungskurses für Evaluatoren für die Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, mit UNDP und dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für die Menschenrechte in Zentralasien bei der Stärkung der Kompetenzen nationaler Menschenrechtseinrichtungen und schließlich mit USAID in Fragen der Bekämpfung des Menschenhandels.

FÖRDERUNG VON SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT DURCH PARTNERSCHAFTEN

Die OSZE hält eine enge Zusammenarbeit mit ihren Nachbarregionen und Partnerorganisationen für die Förderung von Frieden und Stabilität im euroatlantischen und eurasischen Raum für unerlässlich. Sie setzte den politischen Dialog und den Erfahrungsaustausch mit ihren Kooperationspartnern in Asien und im Mittelmeerraum im Berichtsjahr fort und baute ihre engen Arbeitsbeziehungen zu anderen internationalen und regionalen Organisationen weiter aus, um sich gemeinsamen Herausforderungen zu stellen.

Die Partner in Asien und im Mittelmeerraum

DIE KOOPERATIONSPARTNER IN ASIEN

Die Teilnehmerstaaten und die asiatischen Kooperationspartner der OSZE verstärkten 2017 ihre Zusammenarbeit vor allem in Bezug auf gemeinsame Herausforderungen für die Sicherheit und gemeinsame Schwerpunktbereiche, um die Mitwirkung der Partner am politischen Dialog und an den Aktivitäten der OSZE zu verstärken. Besondere Aufmerksamkeit galt der Sicherheitslage auf der koreanischen Halbinsel, der Sicherheitsdynamik im indopazifischen Raum sowie der Befähigung der Jugend zur Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus. Im Sinne der Empfehlungen der Basler Ministererklärung von 2014 über die Zusammenarbeit mit den Partnern in Asien setzte sich der deutsche Vorsitz der Kontaktgruppe für die asiatischen Partner wieder für eine konkrete und projektorientierte Form der Zusammenarbeit ein, wodurch die Partnerschaft einen verstärkt an der Nachfrage orientierten und operativen Charakter annahm. Die Kooperationspartner in Asien trugen aktiv zum Dialog in der OSZE bei und stellten 2017 beträchtliche finanzielle und personelle Ressourcen für die Aktivitäten der Organisation zur Verfügung.

Zur Förderung einer bestandfähigen und umfassenden Sicherheit in allen drei OSZE-Dimensionen förderte der Generalsekretär mit seinem Team den politischen Dialog mit den asiatischen Kooperationspartnern sowohl durch Konsultationen auf hoher Ebene als auch durch informelle Gespräche, in denen Erfahrungen und vorbildliche Methoden der OSZE erörtert wurden.

Der Generalsekretär pflegte Kontakte mit führenden Politikern der asiatischen Partner, traf mit leitenden Regierungsbeamten aus allen fünf Partnerstaaten zusammen und lud den Bürgermeister von Seoul, Park Won-soon, als Gastredner zu einer Veranstaltung im Rahmen der OSZE-Sicherheitstage mit dem Titel „Wie man Städte inklusiv, sicher und nachhaltig macht – lokale Konzepte für globale Herausforderungen“ ein, die der Gast aus Seoul um eine asiatische Perspektive bereicherte. Ferner hielt der Generalsekretär die Eröffnungsansprache und moderierte eine hochrangig besetzte politische Sitzung auf der OSZE-Asienkonferenz am 19. und 20. Juni in Berlin zum Thema „Vertrauensbildung in Zeiten des geopolitischen Wandels“.

Die Asien-Konferenz in Berlin befasste sich mit dem Thema „Gemeinsame Herausforderungen und gemeinsame Chancen“. Sie bot hohen Beamten aus den asiatischen Partnerländern Gelegenheit zu Erörterungen über Vertrauensbildung, Konnektivität, wirtschaftliche Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung. Das OSZE-Sekretariat unterstützte überdies die Republik Korea bei der Organisation der ersten interregionalen

IKT/Cybersicherheitskonferenz in Seoul, bei der unter anderem die Erfahrungen und bewährten Vorgehensweisen der OSZE zur Förderung der Cyberstabilität auf der Tagesordnung standen.

DER PARTNERSCHAFTSFONDS

Der Partnerschaftsfonds finanziert gemeinsame Aktivitäten und übernimmt die Kosten für die Teilnahme von Vertretern der Partnerstaaten an OSZE-Veranstaltungen.

Mittelzusagen seit seiner Einrichtung 2007: **3 244 191 EUR**

Mittelzusagen 2017: **1 302 035 EUR**

SEIT SEINER EINRICHTUNG ENTWICKELTE PROJEKTE: **51**

Davon abgeschlossen: **41**

2017 DURCHGEFÜHRTE PROJEKTE: **7**

3 neue Projekte

4 mehrjährige Projekte

DIE KOOPERATIONSPARTNER IM MITTELMEERRAUM

Den Bemühungen des italienischen Vorsitzes der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner im Mittelmeerraum war es zu verdanken, dass die Partnerschaft mit dem Mittelmeerraum 2017 durch neue Impulse aufgewertet wurde und auf großes Interesse bei den Teilnehmerstaaten und Kooperationspartnern stieß. In den Partnerschaftsfonds flossen mehr außerbudgetäre Beiträge des Vorsitzes der Kontaktgruppe und anderer Geber als in den Jahren zuvor. Die Sitzungen der Kontaktgruppe standen unter dem Motto „eine positive Agenda“ und befassten sich mit dem Thema Chancen, nicht nur mit Herausforderungen. An neuen Themen wurden unter anderem der Schutz des gemeinsamen Cyberraumes und die Erhaltung des kulturellen Erbes des Mittelmeerraumes behandelt. Wichtige Themen galten ferner Wirtschafts- und Umweltfragen, vor allem dem Umstieg auf erneuerbare Energieträger und der Rolle kleiner und mittlerer Unternehmen für die Förderung von Wirtschaftswachstum und wirtschaftlicher Sicherheit im gesamten Mittelmeerraum. Mehrere OSZE-Treffen unter Beteiligung der Partner widmeten sich dem Thema Frauen für Frieden und Sicherheit und sollten damit die Rolle von Mediatorinnen in der Mittelmeerregion stärken. Eine außerordentlich erfreuliche Entwicklung waren konkrete Folgeveranstaltungen einiger Kontaktgruppensitzungen in Form außerbudgetärer Projekte.

Im Verlauf des Jahres nahmen Vertreter der Kooperationspartner im Mittelmeerraum an zahlreichen Workshops teil, die vom OSZE-Sekretariat speziell an ihre Bedürfnisse angepasst wurden. Der Teilnehmerkreis der Mittelmeerkonferenz 2017 in Palermo war größer denn je und lenkte die Aufmerksamkeit wieder verstärkt auf das zentrale Thema Migrationsmanagement. Der Generalsekretär bekräftigte das Bekenntnis der OSZE zu ihrer Mittelmeerdimension und trat für verstärkt strategisch ausgerichtete Beziehungen zu den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum ein, etwa in Form mehrjähriger Programme und Zusagen.

Das Track-II-Netzwerk *New-Med (New Mediterranean)* förderte weiterhin kreatives Denken in Bezug auf die Kooperation mit den Mittelmeerländern. Es lieferte eine Reihe von

Forschungsergebnissen als Hintergrund für die laufenden Diskussionen in der OSZE und setzte neue Initiativen zur Förderung der Jugend in den Mittelmeerländern, unter anderem durch die Verleihung von Preisen an eine ausgewählte Gruppe von vielversprechenden jungen Denkern und Führungspersönlichkeiten.

Zusammenarbeit mit internationalen und regionalen Organisationen

Generalsekretär: Thomas Greminger (seit 18. Juli 2017)
Lamberto Zannier (bis 30. Juni 2017)

VEREINTE NATIONEN (VN)

Die Partnerschaft zwischen den VN und der OSZE entwickelte sich 2017 in mehreren Schwerpunktbereichen weiter, darunter Konfliktverhütung und -beilegung, Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung, Abrüstung, grenzüberschreitende Bedrohungen, Migration und Frauen sowie Frieden und Sicherheit. Die 2016 aufgenommenen Kontakte zum VN-Verbindungsbüro für Frieden und Sicherheit in Wien sowie die jährlichen Gespräche auf Mitarbeiterebene ebenfalls in Wien trugen zur weiteren Vertiefung der Arbeitskontakte und des institutionellen Dialogs zwischen den Organisationen bei.

Der OSZE-Generalsekretär nahm im September 2017 am Tagungsteil auf hoher Ebene der VN-Generalversammlung teil, wo er zusagte, für die Dauer seiner Amtszeit eng mit den VN zusammenzuarbeiten. Er vertrat die OSZE auch bei mehreren VN-Veranstaltungen. Er hielt am 19. Februar 2017 in New York das Impulsreferat in der offenen Debatte des VN-Sicherheitsrats zum Thema Konflikte in Europa.

Auf operativer Ebene ist zu berichten, dass das OSZE-Sekretariat eine Vereinbarung mit der VN-Hauptabteilung Unterstützung der Feldeinsätze unterzeichnete, durch die die operative Reaktionsgeschwindigkeit der OSZE verstärkt wird.

EUROPARAT

Die Zusammenarbeit mit dem Europarat entwickelte sich – vor allem in den Bereichen Toleranz und Nichtdiskriminierung, Schutz der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten, Bekämpfung des Terrorismus und Bekämpfung des Menschenhandels – stetig weiter. Die zweimal im Jahr stattfindenden Treffen der Europarat/OSZE-Koordinierungsgruppe waren wieder das Format der Wahl für die gemeinsame Erörterung unterschiedlichster Fragen von beiderseitigem Interesse. Die Gruppe unterstützte Kontakte auf hoher Ebene und gemeinsame Aktivitäten der beiden Organisationen und sprach sich für eine nachhaltige Zusammenarbeit auch in den kommenden Jahren aus. Sie tauschte Informationen aus, um aus den jeweiligen Stärken beider Organisationen in Fragen der Terrorismusbekämpfung größtmöglichen Nutzen zu ziehen. Sie regte außerdem eine engere Zusammenarbeit zwischen der OSZE und dem Europarat in Minderheitenfragen an, insbesondere was die Integration von durch zunehmende Vielfalt geprägten Gesellschaften betrifft. Dank der bewährten Praxis eigener Briefings über die Schwerpunkte der jeweiligen Vorsitze wurden auch die politischen Kontakte verstärkt.

EUROPÄISCHE UNION (EU)

2017 konzentrierten sich die institutionellen Beziehungen zwischen dem OSZE-Sekretariat und der EU auf eine Reihe von Schlüsselfragen von beiderseitigem Interesse.

Aus thematischer Sicht waren der Konfliktzyklus und die Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen Gegenstand des regelmäßigen Dialogs mit EU-Institutionen, wobei die geografischen Schwerpunkte auf den Entwicklungen in Zentralasien sowie in Ost- und Südosteuropa lagen.

Die Münchner Sicherheitskonferenz und die VN-Generalversammlung boten Gelegenheit zu Treffen auf hoher Ebene zwischen den beiden Organisationen. Am 22. Mai kamen die Botschafter des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees der EU zu einem Besuch nach Wien. Sie trafen mit dem Generalsekretär der OSZE zusammen und wurden vom Leitenden Beobachter der OSZE in der Ukraine und vom Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE in der Ukraine und in der Trilateralen Kontaktgruppe zur Ukraine über die Lage informiert.

Die Gespräche auf Mitarbeiterebene zwischen EU und OSZE boten erneut eine wichtige Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch über Fragen von beiderseitigem Interesse, wobei der Konfliktzyklus im Mittelpunkt stand. Am 18. Oktober fand erstmals ein dreiseitiges Mitarbeitertreffen auf Direktorenebene zwischen den VN, der EU und der OSZE statt. Durch diese Gespräche sollten die bereits bestehenden, einander stärkenden Beziehungen zwischen den drei Organisationen weiter vertieft werden, wobei jede Organisation über ihre eigene Rolle, Kompetenz und besonderen Stärken verfügt und andererseits das Potenzial ihrer Komplementarität vor Ort voll ausgeschöpft werden kann.

NORDATLANTIKVERTRAGS-ORGANISATION (NATO)

Die Zusammenarbeit zwischen NATO und OSZE entwickelte sich 2017 stetig weiter, sowohl durch hochrangige Besuche als auch durch Kontakte auf Expertenebene. Botschafter Florian Raunig, der Leiter des Sonderarbeitsstabes für den österreichischen OSZE-Vorsitz 2017, besuchte am 22. Februar gemeinsam mit Botschafter Christian Strohal, dem Sonderbeauftragten des österreichischen Vorsitzes, das NATO-Hauptquartier, wo sie mit der neu ernannten Stellvertretenden Generalsekretärin des Bündnisses, Rose Gottemoeller, zusammentrafen.

Der Generalsekretär und sein NATO-Amtskollege Jens Stoltenberg nutzten die VN-Generalversammlung im September zu einem Gedankenaustausch. Das jährliche OSZE/NATO-Treffen auf Mitarbeiterebene am 23. und 24. November gab Gelegenheit zum Meinungsaustausch und zur gegenseitigen Unterrichtung über die Aktivitäten und Perspektiven ihrer jeweiligen Organisation. Es fanden auch informelle themenspezifische Gespräche auf technischer Ebene in Form von Videokonferenzen statt. Die Atlantische Allianz verfolgte aufmerksam den Strukturierten Dialog der OSZE.

ORGANISATION DES VERTRAGS ÜBER KOLLEKTIVE SICHERHEIT (OVKS)

Die Generalsekretäre der OSZE und der OVKS trafen im Laufe des Jahres mehrmals zu Gesprächen zusammen, bei denen sie sich zu verschiedenen Fragen der Sicherheitsagenda austauschten und Möglichkeiten erörterten, wie die Zusammenarbeit zwischen ihren Organisationen verstärkt werden könnte. Bei der Reise des Generalsekretärs nach Moskau stand auch ein Besuch des OVKS-Amtssitzes auf der Tagesordnung, während der OVKS-Generalsekretär seinerseits dem Ministerrat in Wien beiwohnte; die beiden führten auch Gespräche am Rande der VN-Generalversammlung in New York. Offizielle Vertreter der OVKS nahmen an mehreren Veranstaltungen der OSZE teil, bei denen sie über die Aktivitäten der OVKS zur Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen und

Herausforderungen berichteten und zu Sicherheitsfragen im Zuständigkeitsbereich der OVKS Stellung nahmen.

ANDERE ORGANISATIONEN

Der Generalsekretär absolvierte bilaterale Treffen mit den Leitern vieler regionaler Partnerorganisationen, um die Zusammenarbeit zu verstärken und gemeinsame Ansätze in Fragen von beiderseitigem Interesse und Belang zu fördern. Die Zusammenarbeit mit der Zentraleuropäischen Initiative (CEI) wurde dank der Einrichtung des CEI-Geberfonds zur OSZE verstärkt, der die Kofinanzierung gemeinsamer Projekte erleichtern soll. Das Sekretariat verstärkte den Austausch mit der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, der Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit und der Liga der Arabischen Staaten zu verschiedenen Themen, die für die Kooperationsagenda der OSZE von Bedeutung sind.

DURCHFÜHRUNGSORGANE UND PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG

DAS SEKRETARIAT

DAS KONFLIKTVERHÜTUNGSZENTRUM (KVZ)

- Die VN-Hauptabteilung Politische Angelegenheiten und der Europäische Auswärtige Dienst der EU stellten Kursleiter für den Mediationskurs der OSZE zur Verfügung; beide Organisationen schickten auch je einen Teilnehmer zu dieser Ausbildungsveranstaltung.
- Das KVZ führte einen Besuch bei der VN-Gruppe für Vermittlungsunterstützung im Rahmen des Mitarbeiteraustausches durch.
- Das KVZ setzte seine langjährigen engen Arbeitsbeziehungen mit der EU und den VN bei den Internationalen Genfer Gesprächen fort.
- Das KVZ entwickelte die operativen Partnerschaften mit einschlägigen Hauptabteilungen am Sitz der Vereinten Nationen weiter.
- Zur Erhöhung der operativen Reaktionsgeschwindigkeit der OSZE unterzeichneten die OSZE und die VN eine Vereinbarung mit der VN-Hauptabteilung Unterstützung der Feldeinsätze, die Kooperationsformen festlegt und Möglichkeiten zur Verstärkung der technischen Kapazitäten und des Fachwissens vorsieht.
- Die OSZE und UNHCR unterstützten gemeinsam das Regionale Wohnraumbeschaffungsprogramm (RHP) in Südosteuropa, indem sie in Betracht kommende Begünstigte ermittelten, deren Auswahl überwachten und dafür sorgten, dass sie angemessenen Schutz erhielten. Beide Organisationen spielen weiterhin eine außerordentlich wichtige Rolle als Garanten dafür, dass das RHP bestandfähige Unterbringungslösungen für die bedürftigsten unter den Flüchtlingen und Vertriebenen bereitstellt.
- Das KVZ arbeitete auch bei der Unterstützung von Aktivitäten anhand ihrer gemeinsamen *Protection Checklist* wieder eng mit UNHCR zusammen. Hier seien

insbesondere Workshops zum Aufbau von Kapazitäten mit Mitarbeitern des OSZE-Projektkoordinators in der Ukraine und der SMM erwähnt.

- Das KVZ gab das von UNHCR, ODIHR und dem HKNM verfasste *Handbook on Statelessness in the OSCE Area* in englischer und russischer Sprache heraus. Nach Erscheinen des Handbuchs veranstalteten OSZE und UNHCR am 2. Oktober in Wien gemeinsam ein Seminar über die Weitergabe bewährter Verfahren in Fragen der Staatenlosigkeit unter den Teilnehmerstaaten der OSZE.

DIE ABTEILUNG GRENZÜBERSCHREITENDE BEDROHUNGEN (TNTD)

Bei der Umsetzung der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus arbeitete die TNTD wieder eng mit internationalen und regionalen Organisationen zusammen, darunter die Vereinten Nationen, das Globale Forum Terrorismusbekämpfung, die EU, die NATO die OVKS und die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit.

Im Bereich Grenzsicherheit und Grenzmanagement arbeitete die TNTD mit FRONTEX, Interpol, dem Zentrum der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus, mit UNHCR und UNODC beim Kapazitätsaufbau zusammen. Die Unterstützung erstreckte sich unter anderem auf behördenübergreifende und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, den Umgang mit den Grenzübertritten ausländischer terroristischer Kämpfer, das Vorgehen gegen den illegalen grenzüberschreitenden Handel, wobei die irreguläre Migration und die Nutzung neuer Technologien im Mittelpunkt standen.

Bei den polizeibezogenen Aktivitäten arbeitete die Abteilung grenzüberschreitende Bedrohungen eng mit UNODC im Rahmen des Gemeinsamen Aktionsplans 2016 – 2017 der beiden Organisationen zusammen. Andere wichtige Partner waren CEPOL (Agentur der Europäischen Union für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung), die OVKS, der Europarat, Europol, Interpol, die Europäische Gruppe für Schulung und Ausbildung in Bezug auf Cyberkriminalität und SELEC. Alle Aktivitäten der Abteilung in den Bereichen Menschenhandel und migrationsbezogene Kriminalität wurden vom Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels koordiniert und in Kooperation mit UNODC und IOM organisiert.

DAS BÜRO DES KOORDINATORS FÜR WIRTSCHAFTS- UND UMWELTAKTIVITÄTEN DER OSZE (OCEEA)

Auf dem Gebiet der Wirtschaft widmete sich das OCEEA in Partnerschaft mit dem UNODC, dem Netzwerk für Korruptionsbekämpfung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Weltbank, der FATF, der Eurasischen Gruppe und OLAF (Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung) der Förderung von guter Regierungsführung sowie der Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.

Im Dezember 2017 unterzeichnete das OCEEA eine Vereinbarung mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), durch die die Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen vertieft werden und eine strategische Partnerschaft zur Förderung der Kooperation in den Bereichen gute Regierungsführung, Konnektivität, wirtschaftliche Entwicklung und Umwelt entstehen soll.

Die Partnerschaften der OSZE mit UNDP, UNEP, UNECE und dem Regionalen Umweltzentrum für Mittel- und Osteuropa im Rahmen der ENVSEC-Initiative erwiesen sich erneut als wirkungsvolle Plattform für koordiniertes Handeln bei Herausforderungen im Umwelt- und Sicherheitsbereich. Das OCEEA erweiterte seine Partnerbasis durch die Aufnahme engerer Beziehungen zu anderen Organisationen, darunter die Union für den Mittelmeerraum.

Im Bereich Energiesicherheit arbeitete das OCEEA eng mit den Netzwerken der Energiegemeinschaft und des *Vienna Energy Club* zusammen und ging eine Partnerschaft mit der UNECE und dem Internationalen Institut für angewandte Systemanalyse ein.

BÜRO DER SONDERBEAUFTRAGTEN UND KOORDINATORIN FÜR DIE BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS

Das Büro sah eine seiner wichtigsten Aufgaben darin, die Zusammenarbeit zwischen den Durchführungsorganen und Feldoperationen der OSZE sowie mit den für die Bekämpfung des Menschenhandels zuständigen maßgeblichen Dienststellen und Personen zu verbessern. Die *Allianz gegen Menschenhandel* war wieder die wichtigste Plattform für die Unterstützung der OSZE-Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung tragfähiger Strategien zur Bekämpfung des Menschenhandels. In Vincenza wurde, unter anderem unter aktiver Beteiligung der italienischen Carabinieri, von UNHCR, Europol, Interpol, des Internationalen Zentrums für Migrationspolitikentwicklung (ICMPD) sowie von Studenten und Mitarbeitern der Universität Padua – eine simulationsbasierte Fortbildung abgehalten. Es nahmen auch Vertreter der Kommunen Venedig und Vincenza an der Veranstaltung teil, ebenso wie OSZE-Kollegen aus der Abteilung TNTD und dem KVZ.

Das Büro bemühte sich auch um neue Partnerschaften, unter anderem über die Interinstitutionelle Koordinierungsgruppe der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Menschenhandels (ICAT). Eine gemeinsam mit der Ständigen Vertretung der Republik Belarus bei der OSZE organisierte Parallelveranstaltung am Rande des 24. Ministerrats der OSZE widmete sich der Verbesserung der internationalen Koordination der Maßnahmen gegen den Menschenhandel. Teilnehmer waren unter anderem Vertreter von UNODC, IOM, ICMPD und UNHCR. Als weiteres Zeichen der konstruktiven Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen konnte die Sonderbeauftragte auf mehreren hochrangigen Sitzungen der VN-Generalversammlung und des VN-Sicherheitsrats das Wort ergreifen, vor allem zum Thema Menschenhandel in Konflikt- und Krisensituationen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der OSZE war ebenfalls intensiv. Beide Organisationen informierten einander über ihre Pläne und koordinierten ihre Besuche.

DIE ABTEILUNG GENDERFRAGEN

Die Abteilung Genderfragen verstärkte ihre Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und internationalen und nationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Ihre Partnerschaften mit dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) und VN-Frauen wurden im Kontext des Umfrage-Projekts der Abteilung sowie durch die Organisation einer gemeinsamen Veranstaltung über die Verhütung von Gewalt gegen Frauen weiter gestärkt. Internationale Organisationen, darunter UNFPA, VN-Frauen, der Europarat und die EU, zivilgesellschaftliche Organisationen und andere, nahmen an der von der Abteilung Genderfragen, dem österreichischen Vorsitz und dem ODIHR organisierten zweiten Überprüfungskonferenz zur Geschlechtergleichstellung teil.

DIE HOHE KOMMISSARIN FÜR NATIONALE MINDERHEITEN (HKNM)

Die Hohe Kommissarin für nationale Minderheiten (HKNM) arbeitete auch 2017 eng mit internationalen Organisationen zusammen, darunter die VN, die EU und der Europarat. 2017 verfasste sie gemeinsam mit dem ODIHR und UNHCR das *Handbook on Statelessness in the OSCE Area: International Standards and Good Practice*. Die HKNM wohnte auch der zehnten Tagung des VN-Forums für Minderheitenfragen in Genf bei.

DAS BÜRO FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE (ODIHR)

Das ODIHR arbeitete wie bisher eng mit dem Europarat in den Bereichen legislative Unterstützung, demokratische Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit sowie mit der Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) zusammen. In Partnerschaft mit parlamentarischen Delegationen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und des Europäischen Parlaments führte das ODIHR regelmäßig Wahlbeobachtungen durch. Seine Tätigkeit in Fragen der Roma und Sinti führte das Büro in Kooperation mit UNHCR durch. Darüber hinaus kooperierte es mit der Kommission des Europarats gegen Rassismus und Intoleranz, der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte und der IOM.

DER BEAUFTRAGTE FÜR MEDIENFREIHEIT

Im Februar gab der Beauftragte in Kooperation mit dem VN-Sonderberichterstatter über die Förderung und den Schutz des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, dem Sonderberichterstatter über freie Meinungsäußerung der Organisation der amerikanischen Staaten (OAS) und dem Sonderberichterstatter über freie Meinungsäußerung und den Zugang zu Information der Afrikanischen Kommission für Menschenrechte und Rechte der Völker (ACHPR) eine gemeinsame Erklärung mit dem Titel „Freie Meinungsäußerung und Fake News, Desinformation und Propaganda“ heraus.

Im September folgte eine gemeinsame Erklärung des Beauftragten und des VN-Sonderberichterstatters über die Förderung und den Schutz des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, in der die Türkei aufgefordert wurde, Journalisten aus dem Gefängnis freizulassen und Einschränkungen der Medienfreiheit zurückzunehmen.

DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG

Die Parlamentarische Versammlung stand in engem Kontakt mit Kollegen aus der OSZE und bemühte sich weiter um die Entwicklung partnerschaftliche Beziehungen. Zu diesem Zweck führte sie Gespräche mit Vertretern der VN, der EU, des Internationalen Strafgerichtshofs, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, des Europarats, der Parlamentarischen Konferenz der Ostseestaaten, der Interparlamentarischen Union, der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum und der NATO. Diplomatische Besuche führten OSZE-Parlamentarier außerdem nach Nordamerika, Südosteuropa, in den Südkaukasus, nach Zentralasien sowie in die Türkei, nach Marokko und nach China.

ANHÄNGE

Liste der Abkürzungen

ASEAN	Verband Südostasiatischer Nationen
BMSC	Stabsakademie für Grenzmanagement in Duschanbe
CEPOL	Agentur der Europäischen Union für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung
DCAF	Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte
ENVSEC	Umwelt- und Sicherheitsinitiative
EU	Europäische Union
Europol	Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung
FATF	Arbeitsgruppe „Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung“
FRONTEX	Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache
FSK	Forum für Sicherheitskooperation
GID	Internationale Genfer Gespräche
HKNM	Hohe/r Kommissar/in der OSZE für nationale Minderheiten
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IAO	Internationale Arbeitsorganisation
IOM	Internationale Organisation für Migration
IPRM	Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen
KVZ	Konfliktverhütungszentrum
KVINFO	Dänisches Zentrum für Gender, Gleichstellung und Ethnizität
MASHAV	Israelische Agentur für internationale Entwicklungszusammenarbeit
NATO	Nordatlantikvertrags-Organisation
OCEEA	Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE
ODIHR	Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte
OHCHR	Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte
OLAF	Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OVKS	Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit
PACE	Parlamentarische Versammlung des Europarats
PV	Parlamentarische Versammlung der OSZE
RHP	Regionales Wohnraumbeschaffungsprogramm
SALW	Kleinwaffen und leichte Waffen
SELEC	Südosteuropäisches Zentrum für Strafverfolgung
SMM	Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine
TNTD	Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNDPA	Hauptabteilung Politische Angelegenheiten der Vereinten Nationen
UNECE	Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa
UNEP	Umweltprogramm der Vereinten Nationen

UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
UNHCR	Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen
UNICEF	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNODC	Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung
UNODA	Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen
UNSCR	Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen
USAID	United States Agency for International Development
VBM	Vertrauensbildende Maßnahmen
VERLT	Gewalttätiger Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen
VN	Vereinte Nationen
VSBM	Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen

Gesamthaushalt

	Gesamthaushalt 2017	% vom Gesamtbetrag
DAS SEKRETARIAT UND DIE INSTITUTIONEN		
Sekretariat	41,164,000	30%
Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte	16,279,300	12%
Hoher Kommissar für nationale Minderheiten	3,407,600	2%
Beauftragter für Medienfreiheit	1,481,600	1%
DAS SEKRETARIAT UND INSTITUTIONEN GESAMT	62,332,500	45%
DIE OSZE-FELDOPERATIONEN		
Südosteuropa		
Mission im Kosovo	17,510,500	13%
Mission in Bosnien und Herzegowina	11,373,600	8%
Mission in Serbien	6,238,000	4%
Präsenz in Albanien	2,892,700	2%
Mission in Skopje	6,442,600	5%
Mission in Montenegro	2,146,200	2%
Südosteuropa gesamt	46,603,600	34%
Osteuropa		
Mission in Moldau	2,264,000	2%
Projektkoordinator in der Ukraine	3,598,800	3%
Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige	5,500	0%
Osteuropa gesamt	5,868,300	4%
Kaukasus		
Büro in Eriwan	1,450,900	1%
Hochrangige Planungsgruppe	264,000	0%
Minsk-Prozess	911,200	1%
Persönlicher Beauftragter des AV für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst	1,235,800	1%
Kaukasus gesamt	3,861,900	3%
Zentralasien		
Programmbüro in Astana	2,174,500	2%
Zentrum in Aschgabat	1,655,400	1%
Programmbüro in Bischkek	6,797,400	5%
Projektkoordinator in Usbekistan	2,134,200	2%
Programmbüro in Duschanbe	7,554,800	5%
Zentralasien gesamt	20,316,300	15%
OSZE-FELDOPERATIONEN	76,650,100	55%
GESAMTBETRAG	138,982,600	100%

* Die OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine und die Beobachtermission an den russischen Kontrollposten in Gukowo and Donezk sind nicht im Gesamthaushalt enthalten.

*Der OSZE-Gesamthaushalt 2017 wurde gemäß StR-Beschluss Nr. 1252 verabschiedet.

Beiträge der Teilnehmerstaaten

TEILNEHMERSTAAT	GESAMTBEITRÄGE ZUM GESAMTHAUSHALT 2017 (€)	% DES GESAMTBETRAGS
Albanien	88,459	0.1%
Andorra	88,459	0.1%
Armenien	45,129	0.0%
Aserbaidshan	45,129	0.0%
Belarus	194,251	0.1%
Belgien	4,649,212	3.3%
Bosnien und Herzegowina	88,459	0.1%
Bulgarien	358,361	0.3%
Dänemark	2,878,030	2.1%
Deutschland	15,195,626	10.9%
die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	88,459	0.1%
Estland	126,012	0.1%
Finnland	2,676,749	1.9%
Frankreich	14,407,903	10.4%
Georgien	45,129	0.0%
Griechenland	1,159,008	0.8%
Heiliger Stuhl	88,459	0.1%
Irland	1,074,853	0.8%
Island	182,858	0.1%
Italien	14,407,903	10.4%
Kanada	7,531,441	5.4%
Kasachstan	256,712	0.2%
Kirgisistan	45,129	0.0%
Kroatien	199,100	0.1%
Lettland	130,073	0.1%
Liechtenstein	88,459	0.1%
Litauen	130,073	0.1%
Luxemburg	474,559	0.3%
Malta	92,520	0.1%
Moldau	45,129	0.0%
Monaco	88,459	0.1%
Mongolei	45,129	0.0%
Montenegro	45,129	0.0%
Niederlande	5,418,093	3.9%
Norwegen	2,865,385	2.1%
Österreich	3,204,233	2.3%
Polen	1,632,639	1.2%
Portugal	1,020,953	0.7%
Rumänien	444,094	0.3%
Russische Föderation	5,496,655	4.0%
San Marino	88,459	0.1%
Schweden	4,641,091	3.3%
Schweiz	3,832,323	2.8%
Serbien	97,125	0.1%
Slowakische Republik	283,580	0.2%
Slowenien	269,218	0.2%
Spanien	6,706,479	4.8%
Tadschikistan	45,129	0.0%
Tschechische Republik	670,388	0.5%
Türkei	1,192,582	0.9%
Turkmenistan	45,129	0.0%
Ukraine	506,555	0.4%
Ungarn	655,237	0.5%
Usbekistan	242,813	0.2%
Vereinigte Staaten von Amerika	18,013,214	13.0%
Vereinigtes Königreich	14,407,903	10.4%
Zypern	199,100	0.1%
Differenz zum Verteilerschlüssel	-56,138	0.0%
Gesamt	138,982,600	100.0%

Außerbudgetäre Mittelzusagen und Ausgaben

Außerbudgetäre Mittelzusagen sind alle 2017 eingegangenen und genehmigten Zusagen.

Außerbudgetäre Ausgaben sind Mittel, die 2017 für alle Projekte, für die es sowohl in diesem als auch in vorhergehenden Jahren Zusagen gab, ausgegeben wurden.

Nr.	Geber	Genehmigte Zusage Betrag in €	%
1	Andorra	10,000	0.02%
2	Österreich	81,578	0.17%
3	Bulgarien	2,447,400	5.03%
4	Kanada	1,169,236	2.40%
5	Zentraleuropäische Initiative	9,015,855	18.52%
6	Tschechische Republik	1,720,321	3.53%
7	Dänemark	11,481,777	23.58%
8	Europäische Union	520,000	1.07%
9	Finnland	30,000	0.06%
10	Frankreich	34,980	0.07%
11	Deutschland	3,989,000	8.19%
12	Irland	880,802	1.81%
13	Italien	2,029,104	4.17%
14	Japan	77,195	0.16%
15	Liechtenstein	45,000	0.09%
16	Litauen	160,000	0.33%
17	Luxemburg	112,500	0.23%
18	Monaco	1,163,086	2.39%
19	Niederlande	67,203	0.14%
20	Norwegen	235,541	0.48%
21	Polen	1,135,690	2.33%
22	Slowakei	23,232	0.05%
23	Südkorea	1,369,260	2.81%
24	Spanien	1,653,098	3.40%
25	Schweden	33,000	0.07%
26	Schweiz	20,000	0.04%
27	Nordischer Ministerrat (NCM)	106,392	0.22%
28	Türkei	137,570	0.28%
29	Vereinigtes Königreich	22,000	0.05%
30	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)	33,630	0.07%
31	Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNPF)	7,839,945	16.10%
32	UN-Women	1,013,093	2.08%
33	Vereinigte Staaten von Amerika	30,000	0.06%
Gesamt:		48,687,486	100%

* Die außerbudgetären Mittelzusagen und Ausgaben für die Sonderbeobachtermission in der Ukraine sind inbegriffen.

Nr.	Durchführungsorgane	Genehmigte Zusagen	%
1	Sekretariat	18,738,279.18	38.49%
2	ODIHR	7,296,195.37	14.99%
3	HKNM	342,270.00	0.70%
4	Beauftragter Medienfreiheit	582,868.67	1.20%
5	Mission im Kosovo	348,952.83	0.72%
6	Mission in Bosnien und Herzegowina	932,889.27	1.92%
7	Mission in Serbien	3,073,414.39	6.31%
8	Präsenz in Albanien	259,290.68	0.53%
9	Mission in Skopje	1,090,458.52	2.24%
10	Mission in Montenegro	211,333.00	0.43%
11	Mission in Moldau	94,567.00	0.19%
12	Projektkoordinator in der Ukraine	2,797,831.15	5.75%
13	Programmbüro in Astana	23,000.00	0.05%
14	Zentrum in Aschgabat	1,075,277.05	2.21%
15	Programmbüro in Bischkek	825,321.14	1.70%
16	Projektkoordinator in Usbekistan	60,000.00	0.12%
17	Programmbüro in Duschanbe	759,975.00	1.56%
18	Sonderbeobachtermission i.d. Ukraine	10,175,562.93	20.90%
Gesamt:		48,687,486	100%

Nr.	Geber	Ausgaben (€)	%
1	Andorra	26,760	0.08%
2	Österreich	633,767	1.85%
3	Austrian Development Agency (ADA)	73,225	0.21%
4	Belgien	17,648	0.05%
5	Kanada	916,814	2.67%
6	Zentraleuropäische Initiative (CEI)	39,420	0.11%
7	Wohltätigkeitsball	29,691	0.09%
8	Tschechische Republik	206,193	0.60%
9	Dänemark	178,216	0.52%
10	Europäische Agentur für Wiederaufbau (EAR)	2,234	0.01%
11	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)	99,648	0.29%
12	Europäische Union	10,739,009	31.30%
13	Finnland	591,280	1.72%
14	Folke Bernadotte Academy (Schweden)	2,604	0.01%
15	Frankreich	571,620	1.67%
16	Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF)	51,222	0.15%
17	Deutschland	5,987,292	17.45%
18	Ungarn	112,503	0.33%
19	Internationale Organisation für Migration (IOM)	347,039	1.01%
20	Irland	92,684	0.27%
21	Irish Aid	22,997	0.07%
22	Italien	1,247,427	3.64%
23	Japan	636,743	1.86%
24	Kasachstan	2,494	0.01%
25	Liechtenstein	184,709	0.54%
26	Litauen	36,199	0.11%
27	Luxemburg	139,963	0.41%
28	Monaco	91,489	0.27%
29	Niederlande	1,913,607	5.58%
30	Norwegen	1,228,306	3.58%
31	Norwegisches Institut für internationale Angelegenheiten (NUPI)	41,024	0.12%
32	Polen	11,128	0.03%
33	Russische Föderation	3,112	0.01%
34	Serbien	6,937	0.02%
35	Slowakei	31,809	0.09%
36	Südkorea	148,972	0.43%
37	Spanien	34,728	0.10%
38	Swedish International Development Agency (SIDA)	1,248,146	3.64%
39	Schweiz	744,768	2.17%
40	ENVSEC-Treuhandfonds	26,517	0.08%
41	Türkei	67,219	0.20%
42	Vereinigtes Königreich	979,140	2.85%
43	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)	84,347	0.25%
44	Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA)	29,389	0.09%
45	Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste (UNOPS)	61,289	0.18%
46	Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA)	61,852	0.18%
47	Vereinigte Staaten von Amerika	4,508,071	13.14%
Total:		34,311,253	100%

Personal

Entsandtes Personal und Personal mit befristetem Dienstvertrag mit Stand 31. Dezember 2017*

(einschließlich des aus außerbudgetären Beiträgen finanzierten Personals)

Land	Mission in Kosovo	Mission in Bosnien und Herzegowina	Mission in Skopje	Mission in Serbien	Mission in Montenegro	Präsenz in Albanien	Pers. Beauftr. d. A.V f. d. Minsk-Konferenz	Mission in Moldau	Projektkoordinator in der Ukraine	Programmbüro in Astana	Zentrum in Ashgabat	Programmbüro in Bischkek	Programmbüro in Dushanbe	Projektkoordinator in Usbekistan	Sonderbeobachtermission in der Ukraine	Beobachtermission an zwei russ. Kontrollposten Gukowo	Feldoperationen gesamt	Sekretariat	Beauftragter Medienfreiheit	HKNM	ODHR	Sekretariat und Befragungen gesamt	SUMME
Albanien	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	6	0	10	2	0	0	0	2	12
Andorra	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Armenien	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	1	0	2	0	5	1	0	0	0	1	7
Aserbajdschan	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	3	1	0	0	1	2	5
Belarus	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	8	0	10	2	0	0	2	4	14
Belgien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	2	1	0	0	0	1	3
Bosnien und Herzegowina	8	0	2	0	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	44	0	57	4	0	0	4	6	65
Bulgarien	1	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	34	2	39	0	0	0	0	2	39
Dänemark	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4	0	4	0	0	2	0	2	6
Deutschland	4	0	0	0	0	2	1	0	0	1	1	1	2	1	26	1	40	22	1	2	3	28	68
die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	14	1	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	1	0	28	1	47	4	0	1	4	9	56
Estland	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	5	0	6	0	0	0	0	0	6
Finnland	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	21	1	24	3	0	0	2	5	29
Frankreich	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	16	2	20	11	1	1	2	15	35
Georgien	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	14	1	18	4	0	0	1	5	23
Griechenland	1	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	23	1	27	3	0	0	1	4	31
Heiliger Stuhl	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Irland	1	1	1	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	9	0	14	7	0	0	0	7	21
Island	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	2	3	3
Italien	10	6	6	8	1	1	0	0	0	0	0	0	1	0	23	2	58	12	0	4	4	20	78
Kanada	3	4	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	1	27	0	39	5	0	0	3	8	47
Kasachstan	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	4	0	5	2	1	0	0	3	8
Kirgisistan	2	0	0	2	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	24	0	30	0	0	0	1	1	31
Kroatien	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	9	0	11	1	0	1	0	2	13
Lettland	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	7	0	7	1	0	0	2	3	10
Liechtenstein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Litauen	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	3	0	4	1	0	0	0	1	5
Luxemburg	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	2	2
Malta	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1
Moldau	1	1	1	1	0	1	2	0	0	1	0	2	1	1	38	1	51	4	0	0	1	5	56
Monaco	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Mongolei	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1
Montenegro	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	3	0	6	0	0	0	0	0	6
Niederlande	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	5	0	8	6	1	2	2	11	19
Norwegen	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	15	0	16	5	0	0	3	8	24
Österreich	0	0	1	1	0	1	0	0	0	0	1	1	1	1	14	0	21	8	1	0	1	10	31
Polen	0	0	3	1	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	40	0	46	3	0	0	9	12	58
Portugal	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	0	4	0	0	0	0	0	4
Rumänien	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	36	0	37	3	0	0	3	6	43
Russische Föderation	1	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	3	0	40	0	49	9	1	1	4	15	64
San Marino	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Schweden	3	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	16	0	20	6	1	0	0	7	27
Schweiz	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	9	0	11	8	1	0	1	10	21
Serbien	0	1	0	0	1	2	0	0	0	0	1	0	0	0	12	2	19	3	0	0	4	7	26
Slowakei	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	12	0	14	2	0	0	0	2	16
Slowenien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	2	0	3	1	0	0	0	1	2	5
Spanien	1	2	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	14	0	19	8	0	0	0	8	27
Tadschikistan	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	12	4	19	0	0	0	0	0	19
Tschechische Republik	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	17	0	20	3	0	0	1	4	24
Türkei	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	10	0	11	2	0	0	0	2	13
Turkmenistan	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1	0	0	0	1	2
Ukraine	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	7	0	0	2	9	10
Ungarn	1	0	3	0	0	0	0	1	1	1	0	0	0	0	26	4	37	2	1	0	1	4	41
Usbekistan	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	2	1	0	0	0	1	2	4
Vereinigte Staaten von Amerika	5	6	3	4	0	0	0	3	1	1	1	2	0	0	65	0	92	13	1	2	10	26	118
Vereinigtes Königreich	6	2	5	1	1	2	1	0	0	0	0	0	0	0	56	0	74	7	2	1	7	17	91
Zypern	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Internationales Personal	76	29	37	20	8	16	6	9	4	7	7	12	19	4	785	22	1061	194	12	17	84	307	1368
Ortspersonal	370	290	111	119	29	62	10	40	72	22	22	68	145	24	375	0	1759	195	3	14	77	289	2048
Personal gesamt	446	319	148	139	37	78	16	49	76	29	29	80	164	28	1160	22	2820	389	15	31	161	596	3416

*Enthält das aus dem Gesamthaushaltsplan und aus außerbudgetären Beiträgen finanzierte Personal mit Stand vom 31. Dezember 2017.